

Neues aus der Redaktion der „Mitteilungen“

Zeitungsausschnitte als historische Quelle

Wir freuen uns, auch in diesem Heft wieder eine Reihe wichtiger archivalischer Beiträge präsentieren zu können. Dazu zählt der Beitrag von Harald Wachowitz über die Geschichte und die Inhalte des „Zeitgeschichtlichen Archiv“ im Zentrum für Kultur- und Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts Berlin. Indem er die Bedeutung von Zeitungsausschnitten als historische Quelle aufzeigt, entspricht er in besonderer Weise dem Charakter unseres Vereins und dem Profil seiner „Mitteilungen“. Beim „Zeitgeschichtlichen Archiv“ handelt es sich weitgehend um eine DDR-Hinterlassenschaft, die es trotz widriger Umstände aufrechtzuerhalten gilt, damit deren Schätze auch weiterhin pädagogisch und wissenschaftlich genutzt werden können.

Zum 125. Bestehen des Arbeitersamariterbundes stellt Fiona Leswal das Archiv des ASB-Bundesvorstandes vor. Günter Wehner verdeutlicht anhand einer erstmals veröffentlichten Karte, die er im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde in Ermittlungsakten der Gestapo fand, den wenig bekannten illegalen Widerstand der SAP zu Beginn der faschistischen Diktatur. Kurt Metschies fügt seinen vielen Findmittelbeiträgen einen weiteren hinzu, und Günter Benser berichtet über eine Podiumsdiskussion unter Beteiligung des Präsidenten des Bundesarchivs in Berlin über die Notwendigkeit, das Bundesarchivgesetz aktuellen Erfordernissen anzupassen. Als Anlage ist die Zusammenstellung „Archive, Bibliotheken, Digitalisierungsstrategie im Koalitionsvertrag“ beigelegt. Aus Anlass des 200. Geburtstags von Jenny Marx rezensiert Manfred Neuhaus das soeben im Karl Dietz Verlag erschienene Buchpaket „Jenny Marx. Die Briefe“ und „Jenny Marx. Die Biographie“. Dem 100. Geburtstag Willy Brandts sind ein Beitrag über die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung von deren stellvertretenden Geschäftsführer Bernd Rother sowie die Besprechung zweier aktueller Brandt-Publikationen aus der Feder Günter Bensors gewidmet. Den Bericht über die Linzer Konferenz fertigte diesmal unser Vereinsmitglied Dietmar Lange, und über die I-ALHI-Tagung berichtet dankenswerterweise erneut der Schweizer Archivar Urs Kälin. Bernd Hüttner macht uns mit den Ergebnissen der internationalen Konferenz „History is unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft“ bekannt. Ulrike Breitsprecher nutzt die Möglichkeit, ihr Promotionsprojekt „Der ‚sozialistische Hochschullehrer‘“ vorzustellen. Marga Voigt schildert in der Rubrik „Aktivitäten“, wie sie die Vorstellung von Günter Bensors Buch „Aus per Treuhand-Bescheid“ bei der edition bodoni erlebte.

Herzlichen Glückwunsch unserem Gründungsmitglied Annelies Laschitzka zu ihrem 80. Geburtstag. Wir berichten über die festliche Veranstaltung zu ihren Ehren am 15. Februar in Berlin und veröffentlichen eine Rezension unseres Redaktionsduos über den von ihr und Eckhard Müller erarbeiteten und herausgegebenen neuen Rosa-Luxemburg-Editionsband.

Der Geschäftsbericht belegt die erfolgreiche Bilanz unseres Förderkreises. Dazu trug Rainer Holze durch seine langjährige, engagierte Tätigkeit im Vorstand bei, wofür wir ihm herzlich danken. Wir begrüßen es, dass er weiterhin Redakteur unserer „Mitteilungen“ bleibt.

Reiner Zilkenat

Archive und Bibliotheken

Novellierung des Bundesarchivgesetzes ist angesagt

Podiumsdiskussion vom 27. November 2013

Im gutgefüllten Saal der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz (der Stammsitz des Bundesarchivs ist bekanntlich Koblenz) verfolgten die Anwesenden aufmerksam die Erörterung dringlicher aktueller Fragen des Archivwesens und der Datensicherheit. Nach Begrüßung durch den Präsidenten des Bundesarchivs Dr. Michael Hollmann umriss Ministerialdirektor Günter Winand die Situation und den Handlungsbedarf, der auch seinen Ausdruck im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD gefunden hat (siehe die angehangenen Auszüge aus diesem Vertrag). Das 1988 verabschiedete, seinerzeit wegweisende Bundesarchivgesetz enthält keine Regelungen für viele im Zeitalter der Digitalisierung neu aufgetretenen Probleme, die sich in der Praxis zeigen und die mit der geplanten Datenschutz-Grundverordnung der EU-Kommission noch schärfer hervortreten werden. Auch kollidieren Normen des Bundesarchivgesetzes mit manchen in den Archivgesetzen der Länder getroffenen Festlegungen, besonders in Bezug auf Schutzfristen. Ein krasser Widerspruch offenbart sich in der Tatsache, dass dank des Informationsfreiheitsgesetzes den Bürgern Einsicht in Vorgänge ermöglicht wird, die wieder aufgehoben ist, wenn die entsprechenden Akten ins Bundesarchiv gelangen und den dort üblichen Schutzfristen unterliegen. Vor allem aber besteht ein Spannungsverhältnis zwischen dem Bemühen der Archive, das Recht einer Gesellschaft auf Erinnerung und Identitätsfindung zu wahren, und einem postulierten „Recht auf Vergessen werden“.

Somit war reichlich Gesprächsstoff für das Podium gegeben, an dem sich Michael Hollmann, Peter Schaar (Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit), Dr. Konstantin von Notz (MdB, Bündnis 90/Die Grünen) und Prof. Dr. Sönke Neitzel (Historiker) sowie als Moderator Dr. Klaus Wiegrefe (Journalist, „Der Spiegel“) beteiligten. Unmöglich, die vorgetragenen Standpunkte hier im Einzelnen zu referieren. Gar soweit lagen sie auch nicht auseinander, denn wie so oft, steckt der Teufel im Detail. Natürlich plädierten der Historiker und der Journalist für mehr Offenheit im Zugang, für kürzere Schutzfristen und für das Aufheben der Vertraulichkeit von Verschlusssachen. Als großes Hindernis erweist sich – so betonten mehrere Redner – das Beamtengeheimnis, mit dem der Zugang selbst zu zeitlich weit zurückliegenden Personalakten versperrt wird. Neitzel verwies auf anders geartete Praktiken in Großbritannien und in den USA. Der Datenschutzbeauftragte machte geltend, dass es ein verbrieftes „Recht auf Vergessen“ überhaupt nicht gibt. Es gehe nicht so sehr um Bewahren oder Löschen von Daten, „Verwertungsverbote“ seien erforderlich. Der Bundestagsabgeordnete verwies auf die Schwierigkeiten, klare Linien zwischen überbordenden Datenerfassungen, die eine totalitäre Tendenz in sich bergen, und den Bedürfnissen der Erinnerungskultur zu ziehen. Er räumte ein, dass hier auch der Legislative beträchtliche Aufgaben erwachsen. Für den Archivpräsidenten beginnt die Schwierigkeit schon damit, dass die relevanten Überlieferungen überhaupt von den Behörden dem Bundesarchiv angeboten werden, denn es gebe so manche Möglichkeiten, Regelungen zu umgehen, und das Bundesarchivgesetz böte keine Handhabe, um alle Akten fristgemäß einzufordern. Aufschlussreich war seine Information, dass die wissenschaftliche Benutzung nur

einen Bruchteil der Aktivitäten des Bundesarchivs ausmacht. Er appellierte, den Archiven zu vertrauen, dass diese ihnen in Verwahrung gegebene Überlieferungen treuhänderisch sorgsam verwalten. Schließlich ist auch zu bedenken, dass inzwischen die Aktenbildner schon auf das Informationsfreiheitsgesetz reagiert haben und zugängige und separierte Vorgänge anlegen, dass Dokumente aktualisiert werden, indem Texte überschrieben werden. Somit tut sich die Frage auf, ob der Forscher künftig Entscheidungswege noch so rekonstruieren kann, wie dies im Papierzeitalter möglich war.

Der Präsident des Bundesarchivs konnte abschließend konstatieren, dass die Debatte weniger kontrovers verlief, als vielleicht zu erwarten war. Wie auch immer – einfach wird es nicht werden, den angestauten Handlungsbedarf in einem novellierten Bundesarchivgesetz zu kodifizieren.

Wer sich über die hier skizzierte Problematik eingehender informieren möchte, der sei auf das unter dem Titel „Forum“ erscheinende neue „Fachmagazin des Bundesarchivs“ verwiesen. Es erscheint einmal im Jahr und löst die „Mitteilungen aus dem Bundesarchiv“ ab. Das erste Heft befasst sich mit „Zugang zu Kulturgut. Archivrecht im Wandel“. Fünf versierte Autoren behandeln Themen wie Archive und Erinnerung, Urheberrechtsreform, Lösungsgebote und Anbietungspflicht, Nutzung und Weiterverwendung von Archivgut sowie Konsequenzen aus der geplanten EU-Datenschutz-Grundverordnung. Die Zeitschrift lässt sich als PDF-Datei auf der Website des Bundesarchivs bequem einsehen.

Günter Benser

Anlage:

Archive, Bibliotheken, Digitalisierungsstrategie im Koalitionsvertrag¹

Die Koalition wird das Bundesarchivgesetz novellieren, insbesondere durch Verbesserung der Nutzer- und Wissenschaftsfreundlichkeit. Das Bundesarchiv muss in die Lage versetzt werden, die E-Verwaltung einführen zu können. [S. 132]

Die Stiftung Deutsche Kinemathek ist als eine der zentralen Einrichtungen zur Bewahrung und Zugänglichmachung des deutschen Filmerbes zu stärken. Die Koalition wird auch das Bundesarchiv personell und finanziell stärken. [S. 136]

Die Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Die entsprechende Koordinierungsstelle bei der Staatsbibliothek zu Berlin wird auf Basis einer bereits geplanten Evaluierung und in Abstimmung mit den Ländern, gegebenenfalls über ein Bund-Länder-Förderprogramm, über 2015 hinaus fortgeführt. [S. 131]

Eine wichtige Aufgabe zur Sicherung unseres kulturellen Erbes übernimmt die Deutsche Digitale Bibliothek als deutscher Beitrag zur europäischen digitalen Bibliothek Europeana. Der Bund ist sich der Verantwortung für die digitale Erschließung der kulturellen und wissenschaftlichen Überlieferungen bewusst und treibt auf dieser Grundlage mit den Ländern und Kommunen eine abgestimmte Digitalisierungsstrategie voran. Die vom Bund geförderten Einrichtungen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Bestände einzubringen. [S. 136]

¹ Auszüge aus: Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag von CDU, SPD und CSU, 18. Legislaturperiode, siehe www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2013/48077057_kw48_koalitionsvertrag/koalitionsvertrag.pdf.

Wir werden den wichtigen Belangen von Wissenschaft, Forschung und Bildung stärker Rechnung zu tragen und eine Bildungs- und Wissenschaftsschranke einführen. Wir werden prüfen, ob den öffentlichen Bibliotheken gesetzlich das Recht eingeräumt werden sollte, elektronische Bücher zu lizenzieren. [S. 134]

Deutschland soll sich zu einem digitalen Kulturland weiterentwickeln. Unser kulturelles Erbe muss digitalisiert werden, um es für die kommenden Generationen zu sichern. [S.136]

Wir wollen das vom Bundesverfassungsgericht entwickelte Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme mit Leben füllen. Die Nutzung von Methoden zur Anonymisierung, Pseudonymisierung und Datensparsamkeit müssen zu verbindlichen Regelwerken werden. [S. 148]

Das Archiv des ASB-Bundesverbandes¹

Mit einer Reihe von Festlichkeiten, Fachveranstaltungen und einer großen Ausstellung hat der Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V. im Jahr 2013 sein Bestehen gefeiert und seine Geschichte, die vor 125 Jahren begann.

Am Ende des 19. Jahrhunderts geschahen durch den Mangel an Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften auf Baustellen, in Bergwerken, Industrie- und Handwerksbetrieben häufig Arbeitsunfälle, bei denen immer wieder Arbeiter schwere Verletzungen erlitten oder starben. Es gab keine Sanitätsdienste in diesen Bereichen, so dass die Arbeitskollegen versuchten zu helfen, so gut sie konnten. Um dieser Selbsthilfe eine fundierte fachliche Grundlage zu geben, initiierten sechs Berliner Zimmerleute den ersten „Lehrkursus über die Erste Hilfe bei Unglücksfällen“, der am 29.11.1888 in Berlin stattfand. 100 Arbeiter nahmen an dieser ersten Schulung durch einen Mediziner teil, weitere sogenannte Samariter-Kurse folgten. Schließlich gründeten sich die ersten Arbeiter-Samariter-Kolonnen, und schnell folgten Gründungen deutschlandweit. Neben Sanitätsdiensten in den Betrieben übernahm man zunehmend auch die sanitätsdienstliche Betreuung von Veranstaltungen, Einsätze bei großen Unglücken und erweiterte die Tätigkeitsfelder um Sexualaufklärung und Armenfürsorge. Nachdem sich im April 1909 die bestehenden Kolonnen im Arbeiter-Samariter-Bund zusammengeschlossen hatten, entwickelte sich der Verband in den 1920er Jahren mit den Angeboten der Kinderhilfe, der Hauskrankenpflege für sozial Schwache und nicht zuletzt dem Kampf für verbesserte Arbeitsschutzgesetze endgültig zu einer Einrichtung der umfassenden Wohlfahrtspflege.

Bereits 1912 veröffentlichte die Bundesleitung – zu dieser Zeit noch in Berlin tätig – im Publikationsorgan des Verbandes „Der Arbeiter-Samariter“ einen Aufruf an die Kolonnen, mit der Einsendung überzähliger früherer Ausgaben der Verbandszeitung Bestandslücken „in unserem Archiv“ zu schließen.

¹ Der Beitrag wurde uns von Frau Fiona Leswal, Mitarbeiterin des Archivs des ASB-Bundesverbandes, zur Verfügung gestellt. Die abgebildeten Gegenstände wurden von ihr aus dem Fundus des Archivs ausgewählt.

1928 bekamen der ASB und sein Archiv in Chemnitz ein großes neues Bundeshaus mit Bundesgeschäftsstelle, Bundesschule, Verkaufsstelle für Vereinsbedarf, Krankenpflege- und Hygieneartikel sowie einer Sattlerei, die neben vielen anderen Artikeln auch die ASB-Verbandtasche „Chemnitz“ herstellte.

In den Schlussstein des neu errichteten Gebäudes wurde eine Blechkiste eingelassen, die Dokumente, Fotos und Gebrauchsgegenstände aus der Tätigkeit der Arbeiter-Samariter enthielt, damit das Wissen um den Arbeiter-Samariter-Bund, seine Geschichte und sein Wirken für die Nachwelt erhalten würde. Wie gefährdet der Bund und seine Überlieferung tatsächlich waren, sollten die folgenden Jahre bald zeigen.

Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933 wurden die ASB-Kolonnen aufgelöst und mit ihrem Besitz – Verbandmaterial, Einrichtungsgegenstände, Geld, Akten – soweit er nicht zerstört worden war, im Wesentlichen in das Deutsche Rote Kreuz überführt. Auch die Bundesgeschäftsstelle wurde geschlossen, und die dort archivierten Unterlagen waren verloren. Ein Zeugnis dieser Vorgänge findet sich heute im Archiv des DRK Kreisverbandes Gelnhausen. Dort wird eine Aktenhülle verwahrt, auf die mit breiten Streifen ein rotes Kreuz aufgeklebt ist. Darunter zeigt eine Röntgenaufnahme eine Aufschrift, die die Mappe als Sammlungsort von Rundschreiben und Schriftverkehr des ASB Bad Orb aus dem Jahr 1933 ausweist. Das Bundesbanner hingegen, das dem Verband anlässlich der Bundeshauseinweihung 1928 von der Kolonne Chemnitz gestiftet worden war, wurde bei der Besetzung des Hauses durch die Nationalsozialisten in der Schultasche eines kleinen Mädchens aus dem Bundeshaus geschmuggelt, überstand den Krieg und hängt heute im Vorstandszimmer der Kölner Bundesgeschäftsstelle. Ein Banner der Kolonne Köln hat die Zeit des Verbots, eingenäht in einen Kissenbezug, ebenfalls überstanden und befindet sich nun in den Räumen des Ortsverbandes Köln.

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde an verschiedenen Orten Deutschlands mit dem Wiederaufbau des Arbeiter-Samariter-Bundes begonnen. Schriftgut aus dieser Zeit ist erhalten geblieben: Genehmigungen der Besatzungsmächte, Geld, Material und die Kontaktaufnahme zu noch lebenden Arbeiter-Samaritern waren zu organisieren, etwas später die Anträge auf Wiedergutmachungsleistungen.

Eine erste Initiative zum Aufbau eines Bildarchivs ergriff der Bundesvorstand mit einem Rundschreiben an alle Organisationsstufen im Jahr 1966. Zehn Jahre später wurde ein ähnlicher Aufruf gemacht, diesmal mit der ausdrücklichen Bitte um Unterlagen aus der Zeit bis 1933. Auch auf diese Weise wurde langsam und über Jahre beim Bundesverband Material angesammelt, das schließlich Anfang der 1990er Jahre als Archiv der Bundesgeschäftsstelle einen Rahmen bekam, in dem die Dokumente, Fotos und Objekte unter archivistischen Gesichtspunkten gesichtet, geordnet und verzeichnet werden konnten, schon bald nach Beginn mit Hilfe der Datenbankanwendung FAUST. Von der Archivleitung gingen in der Folge und gehen bis heute immer wieder Initiativen aus, verlorenes Archivmaterial wiederzuerlangen. Schenkungen von altgedienten Samaritern oder deren Nachlässe haben dem Archiv zahlreiche Materialien hinzugefügt. Verbandspublikationen, Protokolle der Bundestage, Geschäftsberichte, Adresslisten, Mitgliedsausweise und Prüfungszeugnisse, Fotos, Ehrenabzeichen, Dienstkleidung und weitere Objekte aus der Tätigkeit der Samariter kamen in den Bestand. Staats- und Stadtarchive in ganz Deutschland wurden angeschrieben mit der Bitte, in ihren Beständen nach Unterlagen zu suchen, die die Geschichte des ASB betreffen; zahlreiche Kopien - insbesondere von behördlichem Schriftgut aus der Zeit vor 1933 - konnten so für das ASB-Archiv erworben werden.

Das Ende der DDR, in der der ASB nach dem Zweiten Weltkrieg verboten blieb, und die Wiedervereinigung 1990 brachten zahlreiche Neugründungen von Ortsverbänden in den neuen Bundesländern. Im Jahr 1998 wurde das ehemalige Chemnitzer Bundeshaus umgebaut, das 1928 feierlich eröffnet worden war. Man fand die unversehrte Blechkiste im Schlussstein, und der ASB-Ortsverband Chemnitz überreichte sie dem Kölner Archiv.

Heute umfasst der Bestand des Archivs des ASB-Bundesverbandes ca. 11.000 Fotos von 1895 bis heute, 6.000 Akten, 23.000 Zeitungsausschnitte, 600 Werbemittel wie Broschüren, Plakate, Faltblätter und Postkarten. Hinzu kommen zahlreiche Eigenpublikationen, darunter die nahezu lückenlosen Ausgaben der Verbandszeitung „Der Arbeiter-Samariter“ seit 1910 und ihrer Nachfolger bis heute, weiterhin historische Objekte wie Fahnen, Abzeichen oder Sanitätstaschen. Publikationen und Werbemittel von Orts- und Kreis-, Regional- und Landesverbänden werden, soweit sie dem Archiv des Bundesverbandes zur Verfügung gestellt werden, ebenso dauerhaft aufbewahrt. Die Datenbank enthält Informationen zu 2.500 Orten, an denen der ASB tätig war und zum großen Teil heute noch ist, sowie Daten zu 900 Personen, die die ASB-Geschichte geprägt haben. Eine der wesentlichen Dienstleistungen des Archivs besteht darin, die Gliederungen mit Informationen und nach Möglichkeit mit Fotos und Dokumenten aus ihrer eigenen Geschichte zu beliefern, wenn beispielsweise die Feier eines Jahrestages ansteht. Fragen von interessierten ASB-Mitgliedern werden ebenso beantwortet wie die von wissenschaftlich arbeitenden Personen. Es wird eine Arbeitsbibliothek vorgehalten mit Fachbüchern u.a. zur Arbeiterbewegung und zur Erste-Hilfe-Ausbildung.

Daneben betreut das Archiv die Literaturbeschaffung und Zeitschriftenverwaltung für alle Abteilungen des Bundesverbandes, hatte maßgeblichen Anteil an der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems und ist auch jetzt Ansprechpartner für die Beratung von dessen Anwendern in der Bundesgeschäftsstelle. An dieser Schnittstelle gehören die Behandlung zunehmender digitaler Aktenführung und die damit zusammenhängenden Weichenstellungen für die Langzeitarchivierung ebenfalls zu den Aufgaben des Archivs.

Zum 125-jährigen Jubiläum des Arbeiter-Samariter-Bundes im Jahr 2013 hat der Verband seine Gegenwart gefeiert, seine Zukunft und seine Vergangenheit, deren Zeugnisse das Archiv des ASB-Bundesverbandes zusammenträgt und bewahrt. Im Jahr zuvor hatte das Archiv selbst einen Jahrestag zu feiern. Seine offizielle Gründung mit Einsetzung einer hauptamtlichen Leitung im Jahr 1992 jährte sich zum zwanzigsten Mal, und seit seiner ersten Erwähnung im „Arbeiter-Samariter“ waren genau 100 Jahre vergangen.

Fiona Leswal

Literaturhinweis:

Anlässlich des ASB-Jubiläums 2013 erschien das Buch „Der Arbeiter-Samariter-Bund. Eine Biografie“. Bestellung gegen Vorkasse (37,00 € incl. Versandkosten) wie folgt:

Mail: publikationen@asb.de

Fax: 0221 – 476 05-337

postalisch: Arbeiter-Samariter-Bund, Bundesverband, Sülzburgstr. 140, 50937 Köln.

Der Bestand „Zeitgeschichtliches Archiv“ im Zentrum für Kultur- und Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin¹

Das Zentrum für Kultur- und Zeitgeschichte entwickelt zeithistorische Projekte unter Nutzung seines Zeitgeschichtlichen Archivs (ZGA). Das ZGA besteht vor allem aus Zeitungsausschnittarchiven verschiedener Institutionen. Die historischen Sammlungen des ZGA umfassen ca. 18,56 Mio. Artikel in den Hauptsammlungen sowie diverse gebundene Zeitungsjahrgänge und Pressebildarchive.

Geschichte der Sammlungen

Unter dem Titel „Deutschlandarchiv“ zusammengefasst sind Presseausschnittarchive, die dem Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) der DDR gehörten. Das IPW, 1971-1990, hatte im Zuge seiner Gründung aus Vorgängerinstitutionen übernommen: den wissenschaftlichen Bereich des Staatssekretariats für westdeutsche Fragen (1965-1971) sowie Presseausschnittarchive des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte (DIZ, 1949-1971) und des Deutschen Wirtschaftsinstituts (DWI, 1949-1971). Entsprechend der Aufgaben und der Funktion der jeweiligen Institutionen strukturierte sich die inhaltliche Ausrichtung dieser Presseausschnittarchive.

Das DIZ² arbeitete zunächst als Zentralstelle für politische Dokumentation. Es war mit verschiedenen Beständen aus Bibliotheken und Sammlungen der Weimarer Republik und der Zeit des Faschismus eine der bedeutendsten Einrichtungen zur Zeitgeschichte, spezialisierte sich auf die Herausgabe von Quellenpublikationen und Chroniken jüngster Geschichte und betrieb zeitgeschichtliche Forschung im Bereich deutscher und internationaler Politik. Tägliche Informationsdienste wurden herausgegeben zu den Bundesländern und den Parlamenten der BRD, zu Fragen von Krieg und Frieden, zur Wirtschaft und zu ausländischen Pressestimmen über westliche Länder. „Stefan Doernberg gab den Bestand der Bibliothek des DIZ im Jahre 1971 mit über 65.000 Bänden an. Es würden mehr als 600 periodische Publikationen wie Tages- und Wochenzeitungen, Zeitschriften, Bulletins und dergleichen ausgewertet. Das DIZ hätte auch eine große Anzahl von gebundenen Jahrgängen von Zeitungen und Zeitschriften. Das Archiv von Zeitungsausschnitten hätte eine Anzahl von etwa sechs Millionen angenommen.“³

Das DWI⁴ diente der Erforschung und Analyse der Wirtschaftslage in Deutschland. Zu seinen Aufgaben gehörte die wissenschaftliche Bearbeitung wirtschaftlicher Entwicklungen und Probleme. Im Fokus standen die BRD und ab der 1960er Jahre auch die EWG und die USA. Das Presseausschnittarchiv des DWI soll etwa 5,5 Mio. Artikel umfasst haben.

¹ Der Autor des Beitrags, Dr. Harald Wachowitz, ist Geschäftsführer des Berlin-Brandenburger Bildungswerkes e.V.

² Vgl. Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, Bd. 1: Lexikon der Organisationen und Institutionen, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1994, Stichwort: Deutsches Institut für Zeitgeschichte, 1949-1971, S. 247-149 sowie Einträge verschiedener Autoren bei Wikipedia (Stand: Oktober 2013).

³ Wikipedia, Oktober 2013 (http://de.wikipedia.org/wiki/Deutsches_Institut_fuer_Zeitgeschichte).

⁴ Vgl. Andreas Herbst..., Bd. 1, a.a.O., Stichwort: Deutsches Wirtschaftsinstitut, 1949-1971, S. 252/253.

Das *IPW*⁵ „war in drei Hauptabteilungen – Ökonomie, Politik (Innen- wie Außenpolitik) und Ideologie – gegliedert, die neben der Grundlagenforschung hauptsächlich auf die aktuelle Analyse der Gesellschaften der BRD und der USA orientiert waren. Die wissenschaftliche Tätigkeit lief unter dem Leitbegriff Imperialismusforschung, der ab Mitte der 80er Jahre durch Friedensforschung zunächst ergänzt und schließlich weitgehend ersetzt wurde, da sich die wissenschaftlichen Gegenstände entsprechend verlagert hatten. Eine in das Institut von Anbeginn an eingeordnete ‚Arbeitsgruppe des Ministerrates im IPW‘ hatte... die zusätzliche Aufgabe, mit den Möglichkeiten des IPW weiterreichende Ideen und Konzeptionen zur Gestaltung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD zu entwickeln und auf ihre Tragfähigkeit zu erproben. Das Institut arbeitete auf Anfrage direkt dem Generalsekretär des ZK der SED, einzelnen Bereichen des Politbüros der SED, dem Apparat des ZK sowie dem Ministerrat und dessen Ministerien zu.“⁶

Im IPW wurden 82 westdeutsche Tages- bzw. Wochenzeitungen sowie „The Times“ (1947-1988), „Financial Times“ (1947-1990), „International Herald Tribune“ (1967-1990), „Le Monde“ (1947-1989) für das Zeitungsausschnittarchiv ausgewertet (Stand 1992). Die Presse der DDR hatte nachrangige Bedeutung. 1992 enthielt das IPW-Archiv rd. 13 Mio. Ausschnitte. Das Zeitungsausschnittarchiv wurde bis 1992 in der Berliner Humboldt-Universität weiterbetrieben. Die Ergebnisse der Jahre 1991/92 sind dem IPW-Bestand zugerechnet.

Das *Staatssekretariat für westdeutsche Fragen*⁷, ursprünglich im Rahmen der Konföderationspläne der DDR Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen, arbeitete für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR, bahnte Kontakte zur Bundesregierung an und hatte die Aufgabe der Verbreitung deutschlandpolitischer Vorstellungen der DDR und von Informationen über die DDR. Über ein Ausschnittarchiv des Staatssekretariats liegen keine Informationen vor.

Unter dem Titel *Länderarchiv* beinhaltet das ZGA das Zeitungsausschnittarchiv des Verlages Neues Deutschland. Die Tageszeitung „Neues Deutschland“ erschien mit Lizenz der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMSD) ab dem 23. April 1946 in Berlin.⁸ Im Zeitungsverlag entstand in der Zeit von 1946 bis 1992 die Zeitschriftenauschnittsammlung deutschsprachiger internationaler Printmedien, gegliedert nach Ländern der Erde, für die Bedarfe der Redaktion.

Das *Tagesspiegelarchiv* im ZGA ist das Zeitungsausschnittarchiv der Zeitung „Der Tagesspiegel“, Berlin, sowie überörtlicher Zeitschriften, die unter den Rubriken Personen, Länder, Autoren und zeitungsrelevante Sachthemen zur Unterstützung der Redaktionsarbeit gesammelt wurden. Der „Tagesspiegel“ wurde am 27. September 1945 durch die US-amerikanische Militärregierung in Deutschland lizenziert.

⁵ Ebenda, Stichwort: Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, 1971-1990, S. 416-420.

⁶ Wolfgang Schwarz: Neues sicherheitspolitisches Denken in der der DDR (1979-1990). Teil-Studie: IPW. In: Das Blättchen. Zweiwochenschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft, 07/2013 (<http://das-blaettchen.de/2013/07/neues-sicherheitspolitisches-denken-in-der-der-ddr-1979-1990-teil-studie-ipw-25626.html>).

⁷ Vgl. Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, Bd. 2: Lexikon der Organisationen und Institutionen, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1994, Stichwort: Staatssekretariat für westdeutsche Fragen, 1965-1971, S. 1007/1008.

⁸ Ebenda, Stichwort: Pressewesen der SPD/KPD und der SED von 1945/46-1989/90, S. 919-923.

Das Biografienarchiv stammt aus dem Redaktionsarchiv der Zeitung „Der Morgen – Zentralorgan der LDPD“, die am 3. August 1945 ihre Zulassung durch die SMAD erhielt und bis November 1989 in Berlin als parteioffizielles Organ der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD) erschien. Von Dezember 1989 bis Anfang Juni 1991 trug die Zeitung den Titel „Der Morgen – Die liberale Tageszeitung Deutschlands“.⁹ Das Biografienarchiv wurde vom Axel-Springer-Verlag, Berlin, durch das Zentrum für Kultur- und Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts, Berlin, übernommen.

Das Bildarchiv besteht aus Pressefotografien.

Privatarchive wurden als Zeitungsausschnittsammlungen von Menschen aus beruflichem Interesse oder privater Neigung zusammengestellt und durch das ZGA als Schenkungen übernommen.

Inhalte der Überlieferungen

Deutschlandarchiv – zeitlicher Umfang: 1946-1990 (1992); BRD, Berlin (West), DDR. Das Auswertungsprofil folgte der Aufgabenstellung des IPW und seiner Vorgängerinstitutionen. Diese verschiedenen Archivbestandteile wurden im IPW nicht zusammengeführt, daher existieren mehrere Systematiken nebeneinander. Die Zeitungsausschnitte sind mit Herkunftsnachweisen (Titel, Datum) auf A4-Bögen geklebt und gefaltet. Es wurde kein Umbruch geklebt. In den Bänden befinden sich bis zu 400 Ausschnitte.

Bestand DIZ: 9.362 Bände (Aktenordner), zeitlicher Umfang: 1946-1971

Archivsystematik: DIZ-Dezimalklassifikationen: 1946-1960, 1960-1971

Inhalt: Gesamtdeutsche Probleme seit 1945, DDR, Berlin, Westdeutschland seit 1945, Deutsche Geschichte bis 1945, Internationale Probleme, Marxismus-Leninismus, Literatur etc., Weltanschauung – Ideologie, Geschichtswissenschaft.

Bestand DWI: 208 Bände, zeitlicher Umfang: 1946-1971 (Der Hauptteil der historischen Überlieferung soll nach 1990 makuliert worden sein. Das ZGA übernahm nur einen geringfügigen Bestand.)

Archivsystematik: DWI-Archivsystematik Nummernfolge, Länder/Sachgebiete

Inhalt: Berlin (West); Firmen A-Z sowie Banken, Versicherungen, Treuhandgesellschaften A-Z.

Bestand IPW: 8.488 Bände, zeitlicher Umfang: 1971-1992

Archivsystematik: IPW-Thesaurus, systematischer und alphabetischer Teil, Konkordanzregister

Inhalt: BRD und Bundesländer, DDR und Bezirke, Berlin (West)

Systematischer Aufbau: u.a. Produktionsverhältnisse, Parteien, Gewerkschaften, Jugendbewegung, Soziale Lage, Staat, Verfassung, Regierung, Militär, Wirtschaft, Produktion, Industrie, Landwirtschaft, Außenwirtschaft, Wirtschaftsinternationalisierung, Geld- und Kreditwirtschaft, Unternehmen, Außenpolitik, Völkerrecht, UNO, Systemauseinandersetzung,

⁹ Vgl. Andreas Herbst..., Bd. 1, a.a.O., Stichwort: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 592-598, besonders Abschnitt: Publikationen/Archive, S. 598.

Globalstrategie, Politisch-militärische Integration, Kultur, Bildung, Kommunikation, Wissenschaft, Ideologie, Religion.

Länderarchiv – 19.076 Bände, zeitlicher Umfang: 1946-1990

Archivsystematik: Kataloge, Verzeichnisse oder ähnliche Nachweise wurden nicht ermittelt. Im ZGA wird der Bestand systematisch artikelkonkret in einer Datenbank (eigene Softwarelösung) erfasst.

Inhalt: Länder und Ländergruppen; am umfangreichsten BRD und DDR

Systematischer Aufbau: u.a. Kunst und Kultur, Regierung, Politik, Wirtschaft, Parteien, Gewerkschaft, Wahlen, Friedensfragen, Militär, Polizei, Bevölkerung, Frauenfragen, Volksbildung, Wissenschaft, Massenmedien, Kirche, Arbeits- und Lebensbedingungen, Sport, Geschichte, Fest- und Gedenktage, Reiseberichte.

Tagesspiegelarchiv – 513 lfm Mappen mit Lose-Blatt-Sammlungen; zeitlicher Umfang: 1945-1993

Archivsystematik: alphabetische Ablage, Schlagwortverzeichnis

Inhalt: Länder (Innen- und Außenpolitik, Wirtschaft, Kunst und Kultur, Soziales), Wirtschaft, Deutschlandarchiv, Personen, Sachthemen (alphabetisch von Attentate bis Zwillinge); biografische Sammlung von Zeitungsausschnitten zu Autoren der Zeitung „Der Tagesspiegel“, Berlin.

Biografienarchiv – 486 Bände, zeitlicher Umfang: 1946-1991

Archivsystematik: alphabetische Ablage. Kataloge, Verzeichnisse oder ähnliche Nachweise wurden nicht ermittelt.

Inhalt: Personen aus Politik, Wirtschaft, Kunst

Bildarchiv – ca. 200.000 Fotografien

Archivsystematik: Es sind Karteien überliefert. Die historische Ablage erfolgte in Themenmappen.

Inhalt: Kunst, Kultur, Politik, Wirtschaft, Soziales, Persönlichkeiten, Sport, Architektur, Landschaft.

Gebundene Jahrgänge von Zeitungen – Berliner Illustrierte Zeitung (1904-1937), Berliner Lokalanzeiger (1914-1915), Berliner Morgenpost (1953-1986), Berliner Tageblatt (1914-1915), Berliner Zeitung (1950-1961), Der freie Bauer (1949-1959), Der Kampf (1957-1961), Der Morgen (1946-1954), Der Tagesspiegel (1945-1999), Deutsche Allgemeine Zeitung (1939-1945), Deutsche Volkszeitung (1946), Die Neue Zeitung (1946-1954), Tribüne (1947), Die Welt (1948-1971), Die Weltbühne (1946-1983), Frankfurter Zeitung (1943), Für Dich (1963-1972), Grüne Post (1938-1941), Illustrierte Zeitung (1917-1941), Lokalanzeiger (1939-1944), Neue Deutsche Literatur (1961-1980), Neues Deutschland (1947-1989), Neue Zeit (1946-1954), Start (1946-1947), Tägliche Rundschau (1946-1955), Vossische Zeitung (1914-1919), Völkischer Beobachter (1929-1933), Wochenpost (1954-1990).¹⁰

Zugang zu den Inhalten des ZGA

¹⁰ Stand November 2013.

Alle Zeitungsausschnitte haben Präsenzcharakter. Es gibt keine Ausleihe. Die Bereitstellung von Artikel-Printkopien erfolgt über die Homepage des Zeitgeschichtlichen Archivs (www.zga-berlin.de) nach Onlinebestellung. Ein wachsender Teil des Länderarchivs (1,5 Mio. Artikel – Stand: 2012) kann online recherchiert werden. Persönliche Recherche nach Vereinbarung – Anmeldung unter 030 - 97891831.

Hinweis auf ergänzende Überlieferungen

Bundesarchiv: Die Aktenbestände des DIZ¹¹, DWI¹², IPW¹³ und des Staatssekretariats für westdeutsche Fragen¹⁴ befinden sich heute in der Verwaltung des Bundesarchivs, Dienstort Berlin-Lichterfelde. Ferner ist auf eine Reihe von persönlichen Fonds bzw. Nachlässen einzelner Direktoren des DIZ¹⁵ und DWI¹⁶ in verschiedenen Archiven zu verweisen. Zu den Direktoren des IPW¹⁷ liegen keine Nachlässe vor.

Zentrum für Zeithistorische Forschung e.V. (ZZF), Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, Potsdam: 4.376 Ordner des biografischen Archivs des IPW mit Zeitungsausschnitten zu mindestens 30.000 Personen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft beider deutscher Staaten des Zeitraums von 1946 bis 1992 befinden sich in der Bibliothek des ZZF.

¹¹ Bestand DC 201 Deutsches Institut für Zeitgeschichte (zusammengefasster Bestand folgender Institutionen: Zentralstelle für Zeitgeschichte (1946-1947) und Deutsches Institut für Zeitgeschichte (1947-1971). Vgl. hierzu Verzeichnis der Bestände der Abteilung DDR. Bearb. v. Doris Boissier, Beate Friedrich, Margret Fruth u.a., Gesamted.: Hermann Schreyer, Koblenz 1998, S. 15 (= Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs, Bd. 64).

¹² Bestand DC 202 Deutsches Wirtschaftsinstitut (Juni 1949-1971). In: Ebenda, S. 15.

¹³ Bestand DC 204 Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (1971-1990). In: Ebenda, S. 16.

¹⁴ Bestand DD 2 Staatssekretariat für westdeutsche Fragen (1965-1971). In: Ebenda, S. 18.

¹⁵ Zu den Direktoren des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte liegen folgende archivalische Quellen vor:

– Karl Bittel (Direktor 1951-1957). Im Bundesarchiv – SAPMO, Berlin, unter Bestandssignatur NY 4127. Zur Biografie von Karl Bittel vgl. Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Supplement. Ein biografisches Handbuch 1918 bis 1945, Karl Dietz Verlag, Berlin 2013, S. 44-45.

– Walter Bartel (Direktor 1957-1962). Zu den verschiedensten Aspekten der politischen und wissenschaftlichen Tätigkeit, so auch zu seiner Tätigkeit als Direktor des DIZ, vgl. Kurt Metschies: Walter Bartel – Stationen seines Lebens. In: Siegfried Prokop/Siegfried Schwarz (Hrsg.): Zeitgeschichtsforschung in der DDR. Walter Bartel (1904-1992). Ein bedrohtes Leben. Beiträge zum 100. Geburtstag von Walter Bartel, Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, Potsdam 2005, S. 34-66; bes. Hinweise auf archivalische Quellen in Archiven des In- und Auslandes enthalten die S. 59-66.

– Stefan Doernberg (Direktor 1963-1971). Im Archiv Demokratischer Sozialismus, Berlin, liegt ein Teilnachlass vor. Vgl. hierzu Bestand Dr. Stefan Doernberg (1948-2002), bearb. v. Jochen Weichold (= Findbücher/10), Berlin 2011, XIV, 23 S. Zur Biografie von Stefan Doernberg vgl. Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgoths/Dieter Hoffmann/Andreas Herbst/Ingrid Kirschey-Feix (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biografien, 5. aktualisierte und erweiterte Neuausgabe, Ch. Links Verlag, Berlin 2011, Bd. 1, S. 242-243.

¹⁶ Zu den Direktoren des Deutschen Wirtschaftsinstituts liegt folgende archivalische Überlieferung vor:

– Jürgen Kuczynski (Direktor 1949-1951). In der Zentral- und Landesbibliothek Berlin. Vgl. hierzu: Agnieszka Brockmann: Der Kuczynski-Nachlass in der Zentral- und Landesbibliothek Berlin, Eigenverlag, Berlin 2011, 103 S., Abb. Die Publikation enthält auf den S. 93-96 eine Biografie von Jürgen Kuczynski.

– Siegbert Kahn (Direktor 1951-1965). Der Nachlass befindet sich im Bundesarchiv – SAPMO, Berlin, unter Bestandssignatur NY 4329. Zur Biografie siehe Helmut Müller-Enberg u.a.: Wer war wer in der DDR?, Bd. 1, a.a.O., S. 624.

– Zum Direktorat von Lutz Maier (1965-1971) liegt kein Nachlass vor. Zur Biografie siehe ebenda, Bd. 2, a.a.O., S. 835.

¹⁷ Von den Direktoren des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft liegen keine Nachlässe vor.

– Herbert Häber (Direktor 1971-1973). Zur Biografie siehe ebenda, Bd. 1, a.a.O., S. 466/467.

– Max Schmidt (Direktor 1973-1990). Zur Biografie siehe ebenda, Bd. 2, a.a.O., S. 1157.

Bibliothek der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, Strausberg. Hier befinden sich die Teile des Sacharchivs des IPW zu NATO und Warschauer Pakt.

Bibliothek des Ibero-Amerikanischen Instituts der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin: Ca. 76.000 weltweit gesammelte Zeitungsausschnitte des DIZ und IPW zu Lateinamerika – Schwerpunkte Kuba, Nicaragua, Chile und Argentinien – gehören als eigenständiges Archiv zur Bibliothek des Instituts, der größten europäischen Spezialbibliothek für den ibero-amerikanischen Kulturraum.

neues deutschland – Sozialistische Tageszeitung, Berlin: Die Ordner des Biografischen Archivs sowie Bestände u.a. zur Berlingeschichte und zur Berlin-Frage befinden sich im Bereich Information und Dokumentation der Zeitung „neues deutschland“ in Berlin.

Harald Wachowitz

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung¹

Am 18. Dezember jährte sich der Geburtstag von Willy Brandt zum 100. Mal. In Deutschland und im Ausland fanden zahlreiche Gedenkveranstaltungen statt. An mehreren davon war die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung beteiligt, die 1994 vom Bundestag errichtet wurde, um an das politische Lebenswerk des Friedensnobelpreisträgers und früheren Bundeskanzlers zu erinnern. Diesen Auftrag erfüllt die vom Bund finanzierte Stiftung mit zwei Dauerausstellungen, wissenschaftlicher Forschung sowie durch regelmäßige Vorträge und Gesprächsrunden.

Die erste Ausstellung wurde 1996 im Rathaus Schöneberg, dem damaligen Sitz der Stiftung, eröffnet. 2010 zog sie zum heutigen Standort Unter den Linden 62-68 um, wo im Juni 2012 eine komplett neue Dauerausstellung ihre Pforten öffnete. Seit Dezember 2007 unterhält sie auch in Lübeck, Brandts Geburtsort, eine Ausstellung. In Berlin kommen jährlich weit über 120.000 Besucher, in Lübeck etwa 50.000. Der Eintritt ist in beiden Städten frei.

Das wichtigste Ergebnis der wissenschaftlichen Forschung ist die zehnbändige Edition ausgewählter Schriften und Reden Brandts, die 2009 abgeschlossen werden konnte. Die „Berliner Ausgabe“ basiert im Wesentlichen auf dem Nachlass im Willy-Brandt-Archiv in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Er umfasst 400 lfm. Akten. Die 50 bis 100 Seiten langen Einleitungen zu den Bänden stehen bereits auf der Homepage der Stiftung (www.willy-brandt.de) der Öffentlichkeit zur Verfügung. In Kürze sollen auch die gesamten zehn Bände dort freigeschaltet werden. In weiteren Reihen der Stiftung werden Studien über Willy Brandt und Dokumente publiziert. Dazu gehören die erste vollständige deutsche Übersetzung des 1946 erschienenen Berichts aus Nachkriegsdeutschland „Verbrecher und

¹ Den Beitrag stellte uns Dr. Bernd Rother, wissenschaftlicher Mitarbeiter und stellvertretender Geschäftsführer der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, zur Verfügung.

andere Deutsche“ und eine Sammlung von Brandts Reden zur deutschen und sozialdemokratischen Geschichte: „Im Zweifel für die Freiheit“. Alle Bücher erschienen bei J.H.W. Dietz Nachf.

Brandt war also schon vor dem Jubiläumsjahr nicht aus dem öffentlichen Gedächtnis verschwunden. Aber zum 100. Geburtstag war die mediale Reaktion beeindruckend umfangreich. Nach Zählung der Stiftung erschienen etwa 250 Artikel im In- und Ausland. 16 TV-Sendungen und noch mehr Radiobeiträge widmeten sich Willy Brandt, darunter eine gänzlich neu produzierte TV-Dokumentation, die auf Arte und im Ersten gesendet wurde. 23 neue Bücher über Brandt erschienen, neun wurden wieder aufgelegt. Wenn es denn einen gemeinsamen Nenner fast all dieser Beiträge gegeben hat, dann den, dass Willy Brandt eine Persönlichkeit war, die für heutige Politiker ein Vorbild abgeben sollte. Ausgesprochen negative Kommentare gab es überhaupt nicht. Kritik wurde nur am so genannten Radikalerlass aus dem Jahr 1972 laut. Viele Artikel und Sendungen kamen gänzlich mit Positivem aus. Erinnert man sich daran, wie umstritten Brandt in der Bundesrepublik während des größten Teils seiner politischen Karriere gewesen war, selbst noch unmittelbar vor 1989, dann muss man sagen: Das war nicht selbstverständlich. Noch weniger war damit zu rechnen, dass aus dem Hause Springer „Mea Culpa“-Töne zu vernehmen waren. Aber genau dies geschah. Springer und Brandt wurden nun als zwei Patrioten porträtiert, die eigene Kampagne gegen die Ostpolitik als heute nicht mehr nachvollziehbar beschrieben. Auch ein Konservativer wie Jan Fleischhauer wusste in seinem Spiegel-Titel über Brandt nur Gutes zu berichten, bis hin zu der Falschmeldung, er sei musikalisch gewesen.

Nicht nur beim Axel-Springer-Verlag wurde Brandt als demokratischer Patriot gewürdigt, der für seine politischen Ziele Risiken einging – bis hin zur Lebensgefahr beim konspirativen Aufenthalt in Berlin 1936 und kurz darauf im Spanischen Bürgerkrieg – und der politische Visionen besaß. Nun ist gerade Letzteres für manche eher ein Pejorativ. Doch selbst Helmut Schmidt, dem der Rat nachgesagt wird, bei Visionen solle man den Arzt aufsuchen, beschränkte sich in seiner aktiven politischen Zeit nicht damit, ein Problem nach dem anderen abzuarbeiten. Vielleicht unterschied sich Brandt von ihm dadurch, dass er längerfristige und grundsätzliche Ziele noch weiter in die Zukunft projizierte als Schmidt. Die Jubiläumsberichterstattung machte jedenfalls deutlich, dass eine verbreitete Sehnsucht nach Orientierungshilfen besteht. Eine Politik nach Lage der Demoskopie erfüllt nur eingeschränkt die Erwartungen des Wahlvolks – auch wenn z. B. der vermutlich durch Resultate der Meinungsumfragen initiierte Schwenk Angela Merkels in der Frage der Atomenergie ja auch bedeutet, dem erkennbaren Mehrheitswillen des Volkes nachzukommen, anders als Helmut Kohl in der Frage der Nachrüstung vor über 30 Jahren.

Brandt wird heute hoch angerechnet, Grundsatztreue und Führungswillen gezeigt zu haben, ohne dadurch zum halsstarrigen Dogmatiker zu werden. Das Paradebeispiel dafür ist die Ostpolitik. Mit ihr ist Brandt in die Weltgeschichte eingegangen, der Begriff wurde in mehrere Sprachen übernommen. Lange Zeit stand keine klare Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hinter ihr. Als Brandt 1970 vor dem Denkmal für die Helden des Ghettoaufstands von 1943 in Warschau auf die Knie fiel, hielten dies mehr Deutsche für übertrieben

als für angemessen. Erst die Bundestagswahl 1972 gab der Ostpolitik den festen Rückhalt des Wahlvolkes.

Dass Willy Brandt heute weitestgehend unumstritten ist, liegt auch an seiner Haltung zur deutschen Einheit in den entscheidenden zwölf Monaten vom November 1989 bis zum Oktober 1990. Obwohl er eine Mehrheit der Aktivisten seiner Partei gegen sich hatte, plädierte er seit dem 10. November 1989 dafür, auf die deutsche Einheit zuzusteuern. Von Helmut Kohl unterschied er sich darin nicht. Der Dissens zwischen beiden betraf den Umgang mit Polen. Brandts Motto „Nie wieder eine Politik über Polen hinweg“ vertrug sich nicht mit Kohls wahltaktischer Weigerung, vor dem Vollzug der Einheit die polnische Westgrenze endgültig anzuerkennen.

Welchen Stellenwert Willy Brandt dauerhaft im historischen Gedächtnis der Deutschen haben wird, wird sich wohl immer wieder neu erweisen müssen. Aber schon heute kann man feststellen, dass sein Rang als der große Gestalter der internationalen Einbettung Nachkriegsdeutschlands neben Konrad Adenauer unbestritten ist.

Bernd Rother

INFORMATION

Ein bedeutender Komintern-Dokumentenband

INFORMATION

Deutschland, Russland, Komintern - Überblicke, Analysen, Diskussionen. Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die deutsch-russischen Beziehungen (1918–1943). Hrsg. v. Bernhard H. Bayerlein/Hermann Weber/Jakov Drabkin /Aleksandr Galkin. Red. Gleb J. Albert. Unter diesem Titel erschien im Dezember 2013 im Verlag De Gruyter der Bd. 1 eines dreibändigen Werkes mit meist unveröffentlichten Dokumenten zur Komintern und ihrer Vorgeschichte. Das aus der Deutsch-Russischen Geschichtskommission hervorgegangene Projekt leistet einen wertvollen Beitrag, den deutschen Kommunismus und das deutsch-sowjetische Verhältnis systematisch und transnational zu beleuchten. Der 1. Band mit lesenswerten ausführlichen Einleitungen der Herausgeber und einem Verzeichnis der Dokumente ist kostenlos im Internet einzusehen: <http://www.degruyter.com/viewbooktoc/product/186108>. Die beiden Dokumentenbände befinden sich in der Endredaktion, so dass mit ihrem Erscheinen im Laufe dieses Jahres gerechnet werden kann. ISBN 978-3-11-030134-2.



Besondere Zeitdokumente



Neues zum illegalen Wirken der SAP – 1933 bis 1934/35

Beim Durchforschen bisher kaum gesichteter Akten eines ZC-Bestandes im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (ehemals „NS-Archiv“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR),

der überwiegend Verfahrensakten des Volksgerichtshofs und anderer Gerichte des damaligen deutschen Reichs, des Reichsjustizministeriums und der Staatsanwaltschaften gegen Antifaschisten beinhaltet, fand ich umfangreiches Prozessaktenmaterial gegen Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Aus den Ermittlungsakten ist zu entnehmen, dass die SAP unmittelbar nach Errichtung der NS-Diktatur in Deutschland den illegalen Kampf aufnahm und erfolgreich Aktionen gegen das braune Regime durchführte. Bemerkenswert an den vorliegenden Prozessakten ist u.a. die Tatsache, dass die Gestapo nur durch die zufällige Festnahme eines Kuriers in Dresden auf das illegale Wirken der SAP gestoßen ist.

Die am 2. Oktober 1931 gegründete SAP setzte sich aus linken Sozialdemokraten zusammen, die nicht länger gewillt waren, die Tolerierungspolitik der Parteiführung und der Reichstagsfraktion gegenüber dem Kabinett Heinrich Brünnings mitzutragen und wegen ihrer Haltung aus der SPD ausgeschlossen wurden. Zu der neuen Partei stießen auch Kommunisten, die mit den dogmatischen Tendenzen in der KPD nicht einverstanden waren. Die SAP setzte sich vehement für die Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen den Faschismus ein. Anfang 1932 gehörten der Partei 57.000 Mitglieder¹, Anfang 1933, nach interfraktionellen Auseinandersetzungen, noch 15.600 Mitglieder² an.

Es ist davon auszugehen, dass sich etwa die Hälfte der Parteimitglieder am illegalen Kampf beteiligte. Zu den herausragenden Persönlichkeiten der SAP im Ringen gegen den deutschen Faschismus gehörten die beiden Co-Vorsitzenden Dr. Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz sowie Jacob Walcher. Die zur Emigration gezwungenen Funktionäre bemühten sich, den Widerstand der in Deutschland verbliebenen SAP-Mitglieder zielstrebig zu organisieren: Max Seydewitz zunächst von der Tschechoslowakei aus. Seine weiteren Exilstationen waren die Niederlande, Norwegen und ab 1940 Schweden. Jacob Walcher leitete in Paris die Exil-SAP und setzte sich im Lutetia-Kreis für die Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten ein. Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Frankreich interniert, gelang ihm die Flucht nach Lissabon und von dort die Einreise in die USA. Hier setzte er sein antifaschistisches Engagement fort und entwickelte im Council for a Democratic Germany Vorschläge für den Wiederaufbau der Gewerkschaften im Nachkriegsdeutschland. Kurt Rosenfeld trat im Frühjahr 1933 aus der SAP aus. Er emigrierte nach dem Reichstagsbrand zunächst nach Frankreich, wo er dem Sekretariat des Internationalen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des Reichstagsbrandes angehörte und im Ausschuss zur Vorbereitung einer Deutschen Volksfront mitwirkte, später in die USA. Seit Ende der 1930er Jahre Mitglied der KPD, gab er hier gemeinsam mit Gerhart Eisler die Exilzeitschrift *The German-American* heraus und setzte sich bis zu seinem Tod 1943 aktiv für die Einheit aller deutschen und deutschsprachigen Hitlergegner auf dem amerikanischen Kontinent ein.

Die Gestapo-Unterlagen aus dem Jahr 1934 heben die Auslandskontakte der illegalen SAP-Mitglieder im Land als besonders „hochverräterisch“ hervor. Dem Lagebericht der Gestapo-Leitstelle Berlin vom 2. September 1933 ist zu entnehmen, dass die NS-Repressivorgane zwar die Selbstauflösung der Partei Anfang Februar 1933 zur Kenntnis nahmen, nicht aber bemerkten, dass sich die SAP unmittelbar darauf konspirativ neu organisierte. So gelang es der SAP, unbemerkt weitere Regimegegner zu gewinnen: Angehörigen des Anti-

¹ Sachwörterbuch Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2: L – Z, Dietz Verlag, Berlin 1970, S. 525.

² http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialistische_Arbeiterpartei_Deutschlands_%281931%29 (5.2.2014).

faschistischen Kampfbundes, der SPD sowie der KPD. Entscheidenden Anteil am antifaschistischen Widerstand im Lande hatten Edith Baumann, Walter Fabian, Jacob Walcher und Dr. Klaus Zweiling.

Auf der illegalen Funktionärstagung am 11. März 1933 in Dresden legten Walcher und Zweiling die Ziele der Partei im Ringen gegen die NS-Diktatur fest. Im Mittelpunkt ihrer Referate stand die Schaffung einer Einheitsfront aller Hitlergegner zum Sturz der Naziregierung und zur Errichtung eines neuen demokratischen Deutschlands. Ausgehend von dieser Zielstellung gingen die Funktionäre der Partei bzw. des von Edith Baumann geleiteten Jugendverbandes SJV zielstrebig daran, die vorhandenen illegalen Stützpunkte auszubauen.

In den Ermittlungsakten der Gestapo fand ich eine auf den 22. März 1934 datierte, als „Geheim!“ eingestufte Karte mit dem Titel „Schematische Darstellung der Organisation der illegalen S.A.P.“³. Daraus geht hervor, dass bis zum September 1933 konspirativ wirkende Gruppen der SAP und des SJV in Berlin, Braunschweig, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt/M, Hamburg, Hannover, Köln, Nürnberg, Saarbrücken, Solingen, Stettin und Stuttgart entstanden, die eng miteinander verknüpft waren und feste Kontakte zum Ausland unterhielten. Der Sitz der illegalen Reichsleitung der SAP befand sich in Berlin. Trotz wiederholter Verhaftungen im Jahre 1933 nahm im Januar 1934 zum vierten Male eine Reichsleitung ihre Tätigkeit auf. Die Leitung der SAP im Lande verfügte über einen außerordentlich gut organisierten Nachrichtendienst, dessen Verbindungen über Dresden unmittelbar nach Prag gingen. Die Mehrzahl der Nachrichten (mit Geheimtinte zwischen den Zeilen) wurde, als harmlose Briefsendungen getarnt, an unverfängliche Deckadressen übermittelt. Vom Saargebiet gab es feste Kontakte nach Paris, wo sich die Exilleitung etablierte, über Stettin liefen die Verbindungen in die skandinavischen Länder. Verbindungen bestanden ferner von Berlin nach London und über Stuttgart und Ulm in die Schweiz. Die Karte weist den Kenntnisstand der Ermittler hinsichtlich der personellen Zusammensetzung der letzten legalen sowie der drei folgenden illegalen Reichsleitungen ebenso aus wie die Fluchtwege verfolgter SAP-Mitglieder ins Ausland und die im März 1934 bestehenden bzw. zuvor abgerissenen In- und Auslandsverbindungen.

Im Abschlussbericht der Gestapoleitstelle Berlin vom Herbst 1933 wurde hervorgehoben, dass die SAP allein in der „Reichshauptstadt“ über 20 Ortsgruppen unter Führung einer Bezirksleitung sowie einer Reichsleitung des SJV verfügte, und im übrigen Reichsgebiet streng konspirativ gegliederte Ortsgruppen illegal wirkten. Den Anklageunterlagen ist zu entnehmen, dass die SAP eine umfangreiche antifaschistische Aufklärungsarbeit leistete und Hilfe für inhaftierte Antifaschisten und deren Familien organisierte. Laut Gestapo-Bericht wurden ca. 15 bis 20 Zentner Flugblattmaterial, marxistische und kommunistische Literatur erfasst und vernichtet.⁴

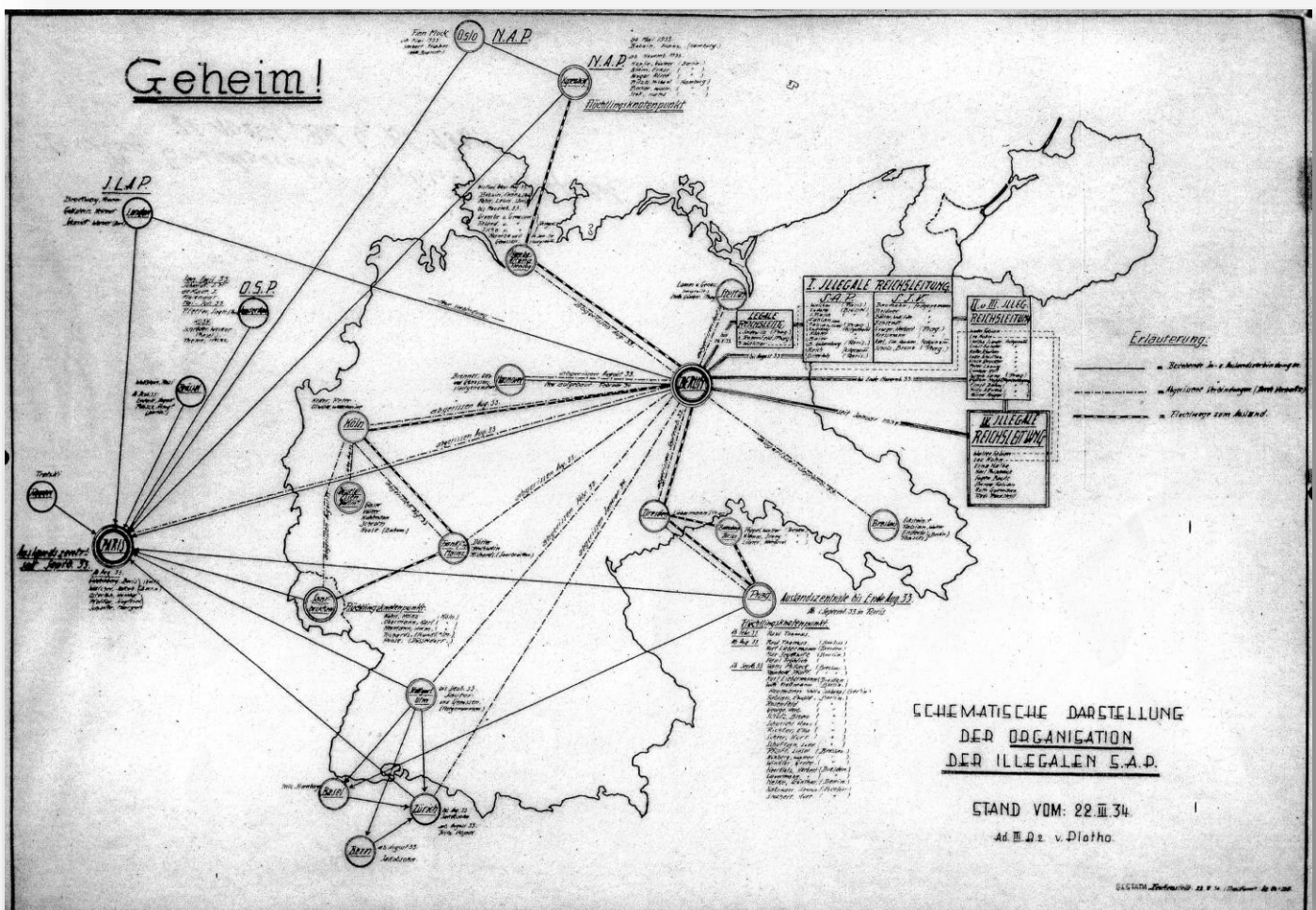
Die Verhaftungswelle, der zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der SAP zum Opfer fielen, umfasste den Zeitraum von September 1933 bis zum März 1934. Um den Umfang ihrer illegalen Tätigkeit zu verschleiern, erfolgte die Verurteilung der Verhafteten in mehreren Prozessen vor dem Volksgerichtshof und dem Kammergericht in Berlin. In den Sitzungen des Volksgerichtshofes (2. Senat) vom 26. November bis 1. Dezember 1934 unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hartmann wurden 24 Angeklagte aus Berlin, darunter acht Frauen, zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. In der Urteilsbegründung betonte der Richter: „... dass die SAP sich zum Ziel gestellt hatte, diesen Staat zu zerschmettern und

³ Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, ZC 10856, Bd. 4, Bl. 132.

⁴ Ebenda, Bl. 14 ff..

Günter Wehner

Das Dokument:



⁵ Ebenda, ZC 10856, Bd. III, Bl.549 ff..

Übersichten und Findmittel

Informationen über Mitteilungsblätter, Kurzbestandsübersichten und Findbücher von Archiven der neuen Bundesländer und Berlin, von Archiven der Parteien und Organisationen, von wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen (XXXVI)

Brandenburg: Frank Schmidt stellt in einem Beitrag „*Die Überlieferung aus dem NS-Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) im Brandenburgischen Landeshauptarchiv (BLHA)*“¹ vor. Er beschreibt die Bestandsgeschichte, den Inhalt der Überlieferung und die Bearbeitungsprinzipien.

Für die Zeit der NS-Diktatur 1933 bis 1945 sind zwei *Überlieferungsschwerpunkte* vorhanden: 1. Unterlagen der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände und 2. Personal- und Stellenakten von Polizeibehörden bzw. der Polizeiverwaltung.

Aus dem Zeitraum 1945 bis 1952 sind folgende *Überlieferungsschwerpunkte* nachweisbar: 1. Unterlagen, die die Entnazifizierung und Verfolgung von NS-Verbrechen dokumentieren und 2. Unterlagen, die die Erfassung und Überwachung ehemaliger Offiziere der Wehrmacht widerspiegeln.

Die vorgenannten Dokumentationsschwerpunkte ergänzen – trotz ihrer vornehmlich personenorientierten Dossiers aus der operativen Tätigkeit des MfS – die archivalische Überlieferung von NS-Schriftgut im BLHA. Gleichfalls bieten die im früheren „NS-Archiv“ konzentrierten Dokumente zahlreiche Informationen zur Verwirklichung der Entnazifizierung auf der Grundlage der Direktiven des Alliierten Kontrollrates 24 und 38 sowie des Befehls 201 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland. Der Verfasser gibt abschließend für die Nutzung der spezifischen archivalischen Überlieferung wichtige Hinweise.

In diesem Zusammenhang ist auch auf den jüngst erschienenen Beitrag von Stefan Klemp: „*Chancen und Schwierigkeiten bei der Auswertung zeitnaher amtlicher Unterlagen in Archiven und Behörden*“² zu verweisen. Der Autor, seit 1998 für das Simon-Wiesenthal-Center (Gemeinschaftsprojekt mit dem Bundesarbeitsministerium zur Identifizierung von NS-Tätern) tätig, beschreibt u.a. sehr detailliert Nutzungserfahrungen bei der Recherche in der nunmehr an die Archive in anderen Bundesländern aufgeteilten und abgegebenen Teile des „NS-Archivs des Ministeriums für Staatssicherheit“, Berlin.³

¹ Brandenburgische Archive. Berichte und Mitteilungen aus den Archiven des Landes Brandenburg. Hrsg. v. Brandenburgischen Landeshauptarchiv u. d. Landesverband im VDA-Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V., 30/2013, S. 24-32.

² Stefan Klemp: Chancen und Schwierigkeiten bei der Auswertung zeitnaher amtlicher Unterlagen in Archiven und Behörden. In: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv. Red. Gisela Müller/Tobias Herrmann/Manuela Lange, 21. Jg., 1/2013, S. 61-72, bes. S. 69-72.

³ Sabine Dumschat/Ulrike Möhlenbeck: Aufarbeitung des „NS-Archivs“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Abschluss der ersten Projektphase. In: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv, 12. Jg., 2/2004, S. 40-46. Sabine Dumschat: Archiv oder „Mülleimer“? Das „NS-Archiv“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR und seine Aufarbeitung im Bundesarchiv. In: Archivalische Zeitschrift, 89 Bd./2007, S. 119-146. Zusammenfassend nach dem Stand von 2011: Karsten Jedlitschka/Stephan Wolf: 20 Jahre Bewegung. Bestände, Zuwächse und Abgaben in den Archiven des BUST. In: Archivalische Zeitschrift, 92. Bd./2011, S. 27-59.

In der Zeitschrift für das Archivwesen der Wirtschaft⁴ ergänzt die Autorin Iris Berndt, Museumsverband des Landes Brandenburg, ihre Ausführungen in der Veröffentlichung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs Potsdam⁵. Die *aktuelle Übersicht über alle erfassten Museen und ihre Archivbestände der Wirtschaft* sind als PDF abrufbar unter www.museen-brandenburg.de/fileadmin/pdfs/schriftgut_technik_2012_End.pdf.

Die Verfasserin hebt besonders hervor, dass sie durch die Erfassungsaktion in Museen Hinweise auf die in einem selbständigen Werkarchiv befindliche und zugleich auf Anfrage benutzbare Archivüberlieferung des früheren Eisenhüttenkombinat Ost in Eisenhüttenstadt und seiner Nachfolgebetriebe erlangte.⁶ Im Werkarchiv des heutigen Arcelor Mittal Eisenhüttenstadt GmbH, Eisenhüttenstadt, befinden sich nicht nur die Archivüberlieferung des Stammbetriebes aus den Jahren vor 1990, sondern auch teilweise die Überlieferungen anderer kleiner Standorte. Der Umfang beträgt 84 lfm. Ein Eintrag auf der Homepage des Unternehmens liegt nicht vor.

Ebenfalls ist die Archivüberlieferung eines weiteren bedeutsamen Stahlwerkes vorhanden: Im Industriemuseum Brandenburg/Havel befindet sich mit 200 lfm die archivalische Überlieferung des Stahlwerks Brandenburg aus dem Zeitraum 1920 bis 1990. Am 13. Dezember 1993 fand der letzte Abstich im dortigen Stahlwerk statt.

Den positiven Ergebnissen der Sicherung von Archivbeständen durch den Museumsverband des Landes Brandenburg in enger Abstimmung mit dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam (BLHA) und der Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken beim BLHA stehen jedoch auch erhebliche Verluste von Archivgut brandenburgischer Betriebe gegenüber, worüber die Autorin berichtet.⁷

Thüringen: Petra Weigel, Universität Erfurt, Forschungsbibliothek Gotha, widmet sich im Beitrag „*Das Archiv der Sammlung Perthes Gotha*“ den vielschichtigen Überlieferungen eines bedeutenden Verlages, der die Entwicklung und Professionalisierung der Kartografie und Geografie im 19. und 20. Jahrhundert maßgeblich bestimmte.⁸

Der Freistaat Thüringen erwarb 2003 mit Unterstützung der Kulturstiftung der Länder die umfassende Überlieferung des Gothaer Verlages Justus Perthes (1785 - 1953), die des VEB Hermann Haack, Geographisch-Kartographische Anstalt Gotha (1953 - 1992) sowie Teilbestände der Geographischen Verlagsanstalt Justus Perthes Darmstadt (1953 -1992), die nach der Reprivatisierung des Verlages 1992 nach Gotha überführt wurden.

Die Überlieferung umfasst ein Archiv von 800 lfm, eine Kartensammlung von 185.000 Blatt, eine Bibliothek von 120.000 Bänden (Monografien und Zeitschriften) sowie

⁴ Iris Berndt: Überlieferung zur Industriekultur in den Museen des Landes Brandenburg. In: Archiv und Wirtschaft. Zeitschrift für das Archivwesen der Wirtschaft, 46. Jg., 1/2013, S. 30-34.

⁵ Vgl. MFK, Nr.42/2012, S. 29/30.

⁶ Die archivalische Überlieferung sowie das im Werkarchiv des Unternehmens befindliche Sammlungs-, Museums- und Bibliotheksgut ist – allerdings unter der Firmenbezeichnung „*EKO Stahl AG*“, Eisenhüttenstadt – nachgewiesen in der dritten, völlig Neubearbeiteten Auflage der Veröffentlichung: Deutsche Wirtschaftsarchive. Nachweis historischer Quellen in Unternehmen, Körperschaften des öffentlichen Rechts (Kammern) und Verbänden der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e.V., bearb. von Renate Schwärzel, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1994, Bd. 1, S. 76/77.

⁷ Katrin Verch: Sicherung, Bewertung und Übernahme des Schriftgutes der Volkseigenen Betriebe der DDR ab 1990. In: Archiv und Wirtschaft. Zeitschrift für das Archivwesen der Wirtschaft, 44. Jg., 4/2011, S. 177-186.

⁸ Petra Weigel: Das Archiv der Sammlung Perthes Gotha. In: Archive in Thüringen. Mitteilungsblatt 2013, hrsg. im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, S. 12-15. – Vgl. auch Petra Weigel: Die Sammlung Perthes Gotha (= Patrimonia, 254. Hrsg.: Kulturstiftung der Länder, Berlin 2011, 102 Seiten. – Vgl. auch www.uni-erfurt.de/sammlung-perthes.

materielle Zeugen der Verlagsproduktion (1.600 Kupferdruckplatten, Werkzeuge, Globen u.a.m.).

Das *Historische Archiv des Verlages* (bis 1953) ist wie folgt strukturiert:

1. *Schriftleitung „Petermanns Geographische Mitteilungen“* (Redaktionskorrespondenz der weltweit führenden kartografisch-geografischen Fachzeitschrift mit Erscheinungsort Gotha, 1855 - 2004; danach Erscheinen eingestellt); 2. Bestand *Mitarbeiter und Freunde des Verlages* (Korrespondenzen, Teilnachlässe von Firmen- und auswärtigen Mitarbeitern, von bei Perthes publizierenden Wissenschaftlern und vom Unternehmen herangezogenen Fachgutachtern); 3. *Firmen- und Familienarchiv* (u.a. privater Schriftwechsel der Firmeninhaber und ihrer Familienangehörigen, Tagebücher und Erinnerungsberichte, Dokumente zu verschiedenen Stiftungen des Unternehmens, Archivalien der Ruhegehalts- und Hilfskasse u.a.m.); 4. *Bildarchiv* (umfangreiche Bild- und Fotosammlung zur Geschichte des Unternehmens, darunter zum Arbeitsalltag der Beschäftigten); 5. *Schriftleitung des Gothaischen Hofkalenders*.

Zweidrittel des Gesamtarchivs umfasst die Überlieferung von 1953 bis 1992. Der 2003 übernommene Bestand ist derzeit noch nicht tiefer strukturiert und erschlossen worden, jedoch über Zugangsbücher des Betriebsarchivs des damaligen VEB Hermann Haack, Geographisch-Kartographische Anstalt Gotha, zugänglich. Die übrigen Teilbestände sind z.Z. vornehmlich über eine Personennamen-Datenbank nutzbar (nach Namen geordnete Korrespondenzen- und Dokumentensammlungen). Für wenige Nachlässe gibt es Findbücher.

Mit Unterstützung der Kulturstiftung der Länder, der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, des Thüringischen Ministeriums für Bildung und Wissenschaft sowie zahlreicher privater Spender werden sowohl restauratorische als auch Ersterschließungsmaßnahmen gefördert.

Archiv von Stiftungen: Mit vorliegendem *Publikationsfindbuch des Archivs Demokratischer Sozialismus* (ADS) liegt erstmalig ein Publikationsfindbuch zur archivalischen Überlieferung eines wichtigen Leitungsgremiums der PDS aus dem Gründungsjahr der SED/PDS 1989 bis zum 3. Parteitag der PDS im Januar 1993 vor.⁹ Bisher konzentrierte sich die Erschließungs- und Publikationstätigkeit des ADS vorrangig auf die Archivalien der PDS-Fraktion in der Volkskammer der DDR (März - Oktober 1990), der PDS im Deutschen Bundestag (1990 - 1994; 1994 - 1998; 1998 - 2002), der archivalischen Überlieferung aus der Tätigkeit der Mitglieder des Bundestages Dr. Dagmar Enkelmann (1990 - 1998), Dr. Gregor Gysi (1990 - 2002), Prof. Dr. Christa Luft (1994 - 2002), Dr. Hans Modrow (1990 - 1994) und Rosel Neuhäuser (1994 - 2002) sowie des Mitglieds der Volkskammer der DDR Jürgen Demloff (März - Oktober 1998).¹⁰

In bekannter Art und Weise legen Dr. Jochen Weichold, bis Ende Oktober 2013 Leiter des Bereichs Archiv und Bibliothek, und Diplom-Archivarin (FH) Christine Gohsmann, seit 2. November 2013 dessen Nachfolgerin im Amt, wiederum ein Publikationsfindbuch von

⁹ Bestand: Parteivorstand der PDS – DIE ÄRA GYSI (1989 bis 1993), bearb. von Christine Gohsmann und Jochen Weichold (= Findbücher / 14). Hrsg.: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2013, 320 S. Als Manuskript gedruckt. – Vgl. auch www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/ADS/Findbuch_14.pdf.

¹⁰ Vgl. Annotationen einzelner Publikationsfindbücher: MFK, Nr. 22/2002, S. 11/12; MFK, Nr. 24/2003, S. 15/16; MFK, Nr. 25/2004, S. 9; MFK, Nr. 39/2011, S. 13; MFK, Nr. 42/2012, S. 32/33; MFK, Nr. 43/2013, S. 20/21. – Sämtliche bisher veröffentlichten Findbücher sind über die Internetadresse www.rosalux.de zugänglich.

hoher Qualität vor. Im inhaltsreichen Vorwort werden von den Bearbeitern Genese, Strukturen und Aktivitäten der PDS (S. XIII - XXXVIII) skizziert, Bemerkungen zum Bestand und zu seiner Bearbeitung (S. XXXVIII - XLI) gemacht und zeitnahe, weiterführende Quellen- und Literaturhinweise (S. XLI - XLVII) gegeben. Außerordentlich informativ sind in diesem Zusammenhang die auf 40 Seiten (S. 247-287) beigefügten Anhänge: Zeittafel zur Geschichte der PDS (Ende 1989 - 1993); Zusammensetzung des Arbeitsausschusses zur Vorbereitung des Außerordentlichen Parteitags der SED; Parteitage der PDS (Dez. 1989 - Jan. 1993); Zusammensetzung des Parteivorstandes der PDS (Dez. 1989, Febr. 1990, Jan. 1991, Dez. 1991, Jan. 1993); Zusammensetzung des Präsidiums des Parteivorstandes der PDS (Dez. 1989, März 1990, Febr. 1991, Dez. 1991); Mitglieder und Mitgliederstruktur der PDS (1989/90 - 1993); Wahlergebnisse der PDS bei der Volkskammerwahl im März und der Kommunalwahl im Mai 1990; Wahlergebnisse der PDS bei den Landtagswahlen im Herbst 1990 im Vergleich zur Volkskammerwahl im März und zur Kommunalwahl im Mai dieses Jahres; Wahlergebnisse der PDS bzw. PDS/LL bei der Bundestagswahl 1990.

Der *Gesamtbestand* im Umfang von 13,5 lfm aus dem Zeitraum 1989 - 1993 ist wie folgt strukturiert: 1. *Parteitage der PDS*: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS 1989; 1.-3. Parteitag der PDS 1990 - 1993. 2. *Tagungen des Parteivorstandes der PDS*: Tagungen des Parteivorstandes der SED/PDS 1989/90; Tagungen des Parteivorstandes der PDS 1990 - 1993. 3. *Sitzungen des Präsidiums des Parteivorstandes der PDS*: Sitzungen des Präsidiums des Parteivorstandes der SED/PDS 1989/90; Sitzungen des Präsidiums des Parteivorstandes der PDS 1990/91; Sitzungen des sogenannten Kleinen Parteivorstandes der PDS 1992. 4. *Dokumente und Unterlagen des Parteivorstandes der PDS*: Beschlüsse des Parteivorstandes der PDS; Arbeitsmaterialien sowie weitere Dokumente und Unterlagen des Parteivorstandes. 5. *Dokumente und Unterlagen des Präsidiums des Parteivorstandes der PDS*: Beschlüsse des Präsidiums des Parteivorstandes der PDS; Informationen an das Präsidium des Parteivorstandes der PDS sowie weitere Dokumente und Unterlagen des Präsidiums; Unterlagen des Arbeitsbüros des Präsidiums des Parteivorstandes der PDS. 6. *Bundesgeschäftsführung der PDS*: Unterlagen der PDS zu den Gliederungen der Partei, zu Wahlen und zu anderen politischen Fragen; Unterlagen der Bundesgeschäftsführung der PDS zu Verwaltungsangelegenheiten, zu Personal- und zu Finanzfragen; Korrespondenz der Bundesgeschäftsführung der PDS. 7. *Parteirat der PDS*. 8. *Statutenkommission der PDS und Urabstimmung über das Statut der PDS 1991*. 9. *Zentrales Wahlbüro der PDS*.

Der bereits erwähnte 40seitige Anhang, ein Personen- und Sachindex beschließen das Publikationsfindbuch, dessen Erstellung und Veröffentlichung – wie die Bearbeiter im Vorwort hervorhoben – durch die Gewährung von Globalmitteln seitens des Bundesministeriums des Innern ermöglicht wurde.

Entsprechend des in seiner historischen Dimension bedeutsamen Zeitabschnitts 1989 - 1993 spiegeln sich in der archivalischen Überlieferung des Parteivorstandes der PDS die Facetten der politischen, ökonomischen und kulturpolitischen Aspekte vor und nach dem Beitritt der DDR und nicht zuletzt die programmatische und organisatorische Neuorientierung der Linken im Rahmen der PDS wider.

Auswahlweise sei hier auf folgende *Dokumentationsschwerpunkte* hingewiesen, die für den Leser der „Mitteilungen...“ von besonderem Interesse sein dürften: 1. Aufarbeitung der Geschichte der DDR und der SED in Verbindung mit der Programm- und Sozialismuskussion; 2. Sicherung und Bewahrung der für die nationale und internationale Geschichte der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen bedeutsamen Archiv- und Bibliotheksbestände, die im Institut für Marxismus-Leninismus (IML) bzw. zuletzt im Institut

für Geschichte der Arbeiterbewegung (IGA) bis zu ihrer Einbringung in die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der Deutschen Demokratischen Republik (SAPMO) im Bundesarchiv verwaltet wurden.¹¹ 3. Fortführung der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) unter den veränderten Bedingungen. 4. Sicherung der Überlieferung der Bezirksparteiarchive; 5. Bildung eines Vereins „Archiv und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ (des späteren Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung).

Nicht unerwähnt sei an dieser Stelle, dass eine Reihe altbewährter Mitglieder des Förderkreises eine sehr entscheidende Rolle im vorgenannten Entwicklungsprozess spielten.

Schlägt der Nutzer biografischer Nachschlagewerke zu Persönlichkeiten der DDR (Politikern, Wissenschaftlern, Kulturschaffenden u.a.m.) nach, wird diesem sehr häufig die Angabe „Besuch der ABF von ... bis“ begegnen. Als Studieneinrichtung zur Erlangung der Hochschulreife an den Universitäten der DDR, vor allem zur systematischen Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern, wurden 1949 *Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten* (ABF) als eigenständige Fakultät an den Universitäten gegründet. Mit Ausnahme der ABF an der Universität Halle/Saale und der Bergakademie Freiberg/Sachsen, die bis 1989 bestanden, existierten die übrigen bis etwa Mitte der 1960er Jahre.

Das vorliegende *Publikationsfindbuch*¹² enthält einen einleitenden Abschnitt: Die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten in der DDR – Genese und Strukturen; Hinweise zum Bestand Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten in der DDR und zu seiner Bearbeitung; weiterführende Quellen- und Literaturhinweise nach dem Stand von 2005. Anschließend folgt das Verzeichnis der Archivalien mit folgender Strukturierung: 1. *Unterlagen zur Zeitzeugenkonferenz der PDS-Bundestagsfraktion „ABF – was war sie und was bleibt von ihr für linke Bildungspolitik?“* am 9. Oktober 1999 in Halle/Saale. 2. *Materialien zur Geschichte der ABF*. Ein Personen- und ein Sachindex erschließen zusätzlich die Überlieferung.

Die Überlieferung setzt sich zusammen aus a) Unterlagen zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Zeitzeugenkonferenz vom 9. Oktober 1999; b) Unterlagen zur Geschichte der ABF – Abgaben von Maritta Böttcher (MdB), Ruth Groß, Erich Hanke (erster Direktor der ABF Berlin), Werner Klaus (Dozent an der ABF Dresden), Horst Sölle (früher Minister für Außenhandel und innerdeutschen Handel der DDR); c) Bücher, Broschüren, Fotoalben, Presseartikel u.a.m. zur Geschichte der ABF.

Kurt Metschies

¹¹ Vgl. aus der Sicht eines Beteiligten – Günter Benser: Was geschah mit den Archiven und Bibliotheken von Parteien und Organisationen der DDR? (= Forscher- und Diskussionskreis DDR-Geschichte. hefte zur ddr-geschichte, H. 113), Berlin 2008, S. 62; Ders: Aus per Treuhand-Bescheid. Der Überlebenskampf des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung. Mit einem Dokumentenanhang, edition bodonio, Berlin 2013, 238 S. ISBN 978-3-940781-34-5.

¹² Bestand: Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten in der DDR, bearb. von Jochen Weichold (= Findbücher / S 1), Berlin 2005, VIII, 6 S. als Manuskript gedruckt.

Tagungen und Konferenzen

Dreiundzwanzigste Sitzung des Kuratoriums der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv am 15. April 2013

Die Sitzung befasste sich neben dem üblichen Bericht der Direktorin mit der am folgenden Tage stattfindenden Jubiläumsveranstaltung der Stiftung, über die wir bereits informiert haben¹, mit der Bereitstellung von Tonaufnahmen im Internet und mit der Präsenz der SAPMO-BArch in übergreifenden Internetportalen.

Über die im Bericht vorgestellten Erschließungsarbeiten, Neueinstellungen im Internet und Bestandszugänge erfolgte die übliche Übersicht bereits im letzten Heft unserer „Mitteilungen“.²

Die Bereitstellung von Tonaufnahmen im Internet erläuterte Dr. Henning Pahl. Die Stiftung verfügt über etwa 8.000 Tonträger von 21 Parteien und Massenorganisationen sowie aus neun Nachlässen in Form von Tonbändern, Kassetten, Schallplatten und Schellackplatten. Aus konservatorischen Gründen und für Zwecke der Benutzung ist die Digitalisierung des gesamten Tonträger-Bestandes vorgesehen. Schon jetzt lassen sich zum Beispiel Mitschnitte von Tagungen des Zentralkomitees der SED abhören. Die Benutzung von Tonaufnahmen setzt allerdings einen Benutzungsantrag voraus, und bei sensiblen Inhalten sind besondere Verpflichtungen zum Schutze personenbezogener Informationen einzugehen.

Die Internetportale, in denen Online-Findbücher der Stiftung angeboten werden, stellte Susanne Waidmann vor. Neben der eigenen Rechercheplattform ARGUS des Bundesarchivs handelt es sich vor allem um folgende übergreifende externe Portale: Netzwerk SED-/FDGB-Archivgut, über das wir wiederholt berichtet haben, ArchiveGrid, BAM-Portal, Deutsche Digitale Bibliothek, Archivportal Europa (APEX). Die Deutsche Digitale Bibliothek ist ein Gemeinschaftsprojekt von Bund und Ländern, das einen zentralen Zugang zum digitalisierten Kulturgut deutscher Wissenschafts- und Kulturinstitutionen bietet. Am Archivportal Europa sind 28 Partner aus 27 Ländern beteiligt. Hier werden vor allem Verzeichnisangaben für übergreifende Recherchen bereitgestellt, die zu Digitalisaten hinführen. Die Berichterstatterin verwies darauf, welche Fortschritte auf dem Gebiet der Konvertierung und zur einfacheren Verlinkung erzielt wurden. Sie demonstrierte an praktischen Beispielen, wie die Suche in verschiedenen Portalen vorgenommen werden kann.

Die Mitglieder des Kuratoriums bestätigten nach Rückfragen die Berichte zu allen Tagesordnungspunkten, beziehungsweise bekundeten sie ohne formelle Abstimmung ihr Einverständnis.

*Zusammengefasst nach dem Protokoll der 23. Sitzung des Kuratoriums von
Günter Benser*

¹ Siehe den Bericht von Dagmar Goldbeck in: MFK, Nr. 44.

² Siehe den Bericht von Günter Benser ebenda.

49. Tagung der ITH¹ in Linz vom 12. bis 15. September 2013

« Für eine globale Geschichte der Hausangestellten und des häuslichen Betreuungspersonals »

Mit ihrer 49. Tagung eröffnete die ITH einen neuen Tagungszyklus, der sich die Ausdehnung der Forschung zur Geschichte der Arbeit und der Arbeiterbewegung über die klassischen Bereiche der industriellen Produktion hinaus auf die Hausarbeit und die reproduktive Arbeit zur Aufgabe stellt. Damit einhergehend soll mit diesem Zyklus auch ein Schritt hin zu einem neuen umfassenden wissenschaftlich-analytischen Ansatz unternommen werden, der sowohl die Produktions- als auch die Reproduktionssphäre in globalgeschichtlicher Perspektive einbezieht.

Die erste Tagung des Zyklus beschäftigte sich mit der globalen Geschichte von Hausangestellten in Privathaushalten, die nicht nur physische Tätigkeiten im Bereich der Reinigung und Nahrungszubereitung, sondern mit der Kinder- und Altenbetreuung auch dezidiert emotionale Dienste umfasst. Wie die Veranstalter zudem in ihrer Ankündigung schreiben, gehört die Arbeit in fremden Haushalten zu den ältesten überlieferten Arten von Arbeit für Andere überhaupt, die bis auf die frühesten Perioden der Urbanisierung zurückverfolgt werden kann und damit eine längere Geschichte besitzt als die Industriearbeit. Sie ist ebenfalls ein globales Phänomen, welches jedoch zugleich starke Variationen in unterschiedlichen Regionen und Arbeitsregimes aufweist und großen historischen Veränderungen unterliegt. Gemeinsame Ausgangsfrage war daher die nach Ähnlichkeiten und Unterschieden zwischen den Weltregionen einerseits und Früher Neuzeit, Industriezeitalter und postindustrieller Dienstleistungsgesellschaft andererseits.

In ihrem Eröffnungsbeitrag am ersten Abend zog Ally Shireen von der University of Witwatersrand in Johannesburg einen diachronen Vergleich zwischen drei zeitlich und räumlich getrennten scheinbar singulären gewaltsamen Vorfällen in Südafrika, denen jeweils die Beziehung zwischen Hausangestellten und ihren HerrInnen zugrunde lag. Alle drei Beispiele drückten demnach die Zusammengehörigkeit von Gewalt und Intimität aus, welche durch die spezifisch emotionale Beziehung in der Hausarbeit entstehe. Shireen nahm sie zudem zum Ausgangspunkt, um das komplexe Verhältnis zwischen rassifizierten Arbeitsregimes und der politischen Ordnung der Souveränität im kolonialen Kontext zu analysieren. Gemeinsamkeiten bestanden jeweils in einer zugrunde liegenden kulturellen und humanen Zirkulation zwischen Metropolen und Kolonien und in der Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Arbeitsregimes. Diese Feststellung wurde in die abschließende Forderung überführt, die Geschichte von Metropolen und Kolonien zusammen in enger Verschränkung zu erforschen und die "chinesischen Mauern" sowohl zwischen der europäischen und der Kolonialgeschichte als auch der gender und labour history zu überwinden.

Die erste Sektion unter dem Titel "Definitionen und Konzepte" umfasste einen Überblick zur historischen Forschung sowie Studien zu regionenspezifischen und unterschiedlich institutionalisierten Formen der Hausarbeit. Bereits im 19. Jahrhundert habe es Forschungen zur Hausarbeit gegeben, insbesondere auch von Aktivisten und Aktivistinnen der Arbeiterbewegung, dies sei jedoch zu Beginn des 20. Jahrhundert zurückgegangen, da die Hausarbeit als ein im Verschwinden begriffenes Residuum vorindustrieller Verhältnisse begriffen

¹ Internationale Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen (International Conference of Labour and Social History)

wurde. Thematisiert wurde diese daher in jüngerer Zeit zunächst aufgrund der engen inhaltlichen Verflechtung von der feministischen Bewegung und der Migrationsforschung. Seitdem deutlich geworden ist, dass mit der sogenannten "Globalisierung" und der Ausbreitung einer postfordistischen Dienstleistungsgesellschaft die private Hausarbeit keinesfalls ein historisches Relikt bildet, sondern unter veränderten Bedingungen eine Zunahme erlebt, stoße diese auch auf wachsendes Interesse in den Sozial- und Geschichtswissenschaften. Es wurde in dieser Sektion auch deutlich, dass die Arbeit in privaten Haushalten historisch unterschiedlichen Bedingungen unterlag, die auch im Zusammenhang mit offener oder informeller Sklaverei standen, und deren Definition und konzeptionelle Einordnung stets eine Arena des Konflikts bildete und bildet, da es hierbei auch um Anerkennung und Rechte der in diesem Bereich Tätigen gehe. Dies wurde etwa anhand einer Debatte um das "mui-tsai"-System in den 1920er Jahren im Völkerbund gezeigt, in der es um den in Ostasien zu dieser Zeit üblichen Verkauf von Mädchen für die Arbeit in reichen Haushalten durch ärmere Familien und deren Definition als Form der Adoption oder Sklaverei ging, oder anhand des schließlich erfolgreichen Kampfes um Aufnahme der Hausarbeit in den labour code während der Jahre der Volksfront in Chile.

Die zweite Sektion stand unter dem Titel "Wandel der Arbeitsteilung". Die Beiträge behandelten diese überwiegend unter Gesichtspunkten der Migrationsgeschichte. Es wurde deutlich, dass diese selbst in engem Verhältnis zur Kolonial- und Siedlungsgeschichte steht, und die überwiegende Beschäftigung von MigrantInnen in privaten Haushalten diese Arbeit nicht nur "rassifiziert" habe, sondern auch den Haushalt selbst zum Gegenstand und Konfliktfeld sozialmoralischer Gesellschaftsentwürfe disponierte. Zudem wurde der Übergang zahlreicher Tätigkeiten, die mit der traditionellen Hausarbeit in Verbindung standen, in neue kooperative Dienstleistungen, wie Fast-Food-Ketten oder Pflegeeinrichtungen, behandelt und hervorgehoben, dass deren ArbeiterInnen zumeist den gleichen migrationshistorischen und geschlechtlichen Hintergrund aufweisen.

Auch die dritte Sektion unter dem Titel "Arbeitsbedingungen" knüpfte nahtlos an die vorhergehenden Beiträge zur Migrationsgeschichte und die "biopolitische" Dimension der Hausarbeit an. So ging es etwa um die Hausarbeit von philippinischen Frauen in "westlichen" Industrieländern, die um ihre Familien in den Philippinen versorgen zu können, die Betreuung und Pflege von fremden Familien in den jeweiligen Einwanderungsländern übernahmen und dabei ein komplexes transnationales Verhältnis zu Begriffen wie "Heimat" und "Familie" entwickelten. Weiterhin wurde auf die Politik des Bureau for Indian Affairs in den USA eingegangen, welches die "Hausarbeit" indianischer Mädchen in "weißen" Haushalten als Strategie der "Zivilisierung", der Zersetzung indianischer Souveränität in den Reservaten, benutzte. Schließlich wurde ebenfalls ein Blick auf die Arbeit von AfrikanerInnen in den Haushalten kolonialer Verwaltungsbeamter in Tansania und Kamerun geworfen, deren Bezeichnung als "house boys" und "girls" dabei einer Infantilisierung und Feminisierung des afrikanischen Kontinents im kolonialen Diskurs entsprach, und die gleichzeitig unentbehrlich für das Funktionieren der kolonialen Verwaltung im afrikanischen Kontext waren.

Die vierte und letzte Sektion beschäftigte sich mit "Widerstand - Mobilisierung - Organisation", wobei dies von den meisten RednerInnen sehr weit gefasst wurde und diese Sektion daher aus sehr unterschiedlichen Beiträgen bestand. So gäbe es einen zwar nicht ganz passenden, aber dennoch interessanten Beitrag zur Dienstmädchen-Emigration jüdischer Mädchen und Frauen nach Großbritannien, die nach dem Anschluss Österreichs 1938 eine britische Arbeitsgenehmigung für Hausangestellte genutzt hatten, um eine Aufenthaltsgenehmigung erlangen und vor dem Nationalsozialismus fliehen zu können. Neben weiteren

Beiträgen zur eher individuellen Artikulation und Geltendmachung von Ansprüchen durch HausarbeiterInnen über unterschiedliche Kanäle in Großbritannien und Brasilien, sowie zu Formen alltäglicher Resistenz und Eigensinnigkeit in Island, gab es einen Beitrag über die Geschichte der Ratifizierung der "Domestic Workers Convention" (Convention 189) am 15.11.2011. Diese ist die erste Erklärung globaler Standards für die Hausarbeit durch die ILO (International Labour Organisation/Internationale Arbeitsorganisation) und diente als Katalysator für die Entstehung zahlreicher regionaler, nationaler und globaler Netzwerke von Hausarbeitern und Hausarbeiterinnen. Der Beitrag führte in der Diskussion zu einer lebhaften Debatte über Formen traditioneller gewerkschaftlicher Repräsentation und Verhandlungspraxis und der demgegenüber schwierigen, da fragmentierten und besonderen intimen Arbeitsplatzsituation in privaten Haushalten. Hier wurden auch Parallelen zwischen den netzwerkartigen und bewegungsorientierten Organisationen der Hausarbeiter und Hausarbeiterinnen heute und den ersten Handwerkervereinigungen im 19. Jahrhundert gezogen und dafür plädiert, Gewerkschaft nicht nur in der heute gängigen Form der Industriegewerkschaft zu verstehen. Als besonderen Gewinn für die Konferenz kann die Teilnahme von Vicky Kanyoka von der IDWN (International Domestic Workers Network/Internationales Netzwerk der HausarbeiterInnen) verzeichnet werden, die Möglichkeiten für den gegenseitigen Kontakt und die Befruchtung von Wissenschaft und Bewegung aufzeigte. Unter anderem rief sie dazu auf, die Archive der Organisationen der Hausarbeiter und Hausarbeiterinnen stärker zu nutzen und wissenschaftliche Arbeiten in engerer Rücksprache mit den Betroffenen durchzuführen, da diese oftmals keine Rückmeldung erhielten.

Insgesamt zeigte die Konferenz das sehr breite Spektrum an methodisch-konzeptionellen und interdisziplinären Zugängen, die in der aktuellen Forschung zur Geschichte der Hausarbeit existieren und das Potential für eine Bereicherung, kritische Selbstreflexion und notwendige Weiterentwicklung der Geschichte der Arbeit und der Arbeiterbewegung enthalten. Allerdings zeigte sich auch eine gravierende Lücke in einer fehlenden politisch-ökonomischen Analyse und Theoretisierung. Dies wurde auch in der Abschlussdiskussion kritisiert. So wurde etwa bemängelt, dass die oft festgestellte Rückkehr der Hausarbeit nicht untersucht wurde, ebenso sei die Frage nach politischen und institutionellen Regulierungen und deren Wandlungen zugunsten der Analyse interpersoneller Beziehungen zu sehr in den Hintergrund geraten. Nach Ansicht des Verfassers lag dies auch an einer weitgehenden Abwesenheit einer marxistisch-feministischen Debatte, welche in den 1970er Jahren durch das Konzept der Produktions- und Reproduktionssphäre eine politisch-ökonomische Thematisierung der Hausarbeit eingeleitet hatte und die eine theoretische Neufassung des Zusammenhangs von Arbeit und Kapitalverwertung anstrebte, ohne eine Hierarchisierung von Arbeitsformen vorzunehmen. So bleibt dem Verfasser zum Schluss noch, den Wunsch und die Hoffnung auszudrücken, dass diese in der Vergangenheit leider weitgehend abgebrochene Debatte in einer der beiden zukünftigen Tagungen dennoch wieder aufgenommen werden wird.

Organisatorisches: Vor Beginn der Hauptkonferenz fand wie jedes Jahr eine Generalversammlung der Mitgliedsinstitute statt, auf welcher über die finanzielle Lage und über zukünftige strukturelle Änderungen berichtet wurde sowie die wichtigsten Gremien der ITH neu bestimmt wurden. Finanziell wurde die Situation als "instabil" bezeichnet. So habe die ITH ihre Ausgaben zwar konsolidiert, durch den Wegfall öffentlicher Mittel und die hohen Kosten für die alljährlichen Konferenzen verzeichne sie jedoch weiterhin ein Minus, das noch für einige wenige Jahre durch die in der Vergangenheit gesparten finanziellen Mittel

ausgeglichen werden kann. Für die Zukunft hält die ITH daher nach möglichen Kooperationspartnern Ausschau. Dies beinhaltet auch einen beabsichtigten zweijährigen Tagungsrhythmus in Linz und einer anderen Stadt. Das erste Mal ist dies 2015 in Berlin in Zusammenarbeit mit dem Forschungskollegium "Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive" zu dem Thema "Arbeit und Nicht-Arbeit" geplant. Dies auch, weil der Jägermayrhof in Linz ab 2015 für Renovierungsarbeiten geschlossen ist. Weitere für die Zukunft geplante Themen sind für 2014 eine Tagung zu "Zwangsarbeit" und 2016 zu "globalen Güterketten am Beispiel der Textilindustrie", dann wieder in Linz in der Arbeiterkammer im Zentrum der Stadt.

Personell gab es einige Veränderungen mit weiteren Ankündigungen. So wurden durch eine Satzungsänderung erstmals drei StellvertreterInnen als Vorbereitung für eine Nachfolge für ITH-Präsident Berthold Unfried gewählt. Dies sind Marcel van der Linden vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, Susann Zimmermann aus Budapest und David Mayer aus Wien. Winfried Garscha trat bereits dieses Jahr nach 25jähriger Tätigkeit als Schatzmeister zurück, seine Nachfolge übernimmt Korbinian Schleicher. Berthold Unfried sowie Geschäftsführerin Eva Himmelstoß kündigten ihren Rücktritt bis zur nächsten Konferenz 2014 an.

Dietmar Lange

44. Tagung der IALHI in Budapest vom 25. – 28. September 2013

« Opening up Social History Repositories: New Technologies and New Methods »

Gastgeber der 44. Konferenz der International Association of Labour History in Budapest waren erstmals die 1995 von George Soros gegründeten Open Society Archives (OSA), die wichtige Archivbestände zur Nachkriegsgeschichte, zum Kalten Krieg und insbesondere zur Geschichte der ehemaligen Ostblock-Staaten beherbergen und neben Themen wie Propaganda, Menschenrechte oder Kriegsverbrechen auch die weltweiten Aktivitäten der Open Society Foundations dokumentieren. Außerdem funktioniert OSA als Lehr- und Forschungsabteilung der Budapester Central European University und bietet Master- und PhD-Lehrgänge an.

Traditionsgemäß wurde die Konferenz mit der Jahresversammlung der IALHI eröffnet, in deren Zentrum die Wahl des neuen Generalsekretärs stand. Gewählt wurde für eine Amtsdauer von fünf Jahren Geert Van Goethem, Direktor des Amsab-Instituts für Sozialgeschichte in Gent. Er löst in dieser Funktion Erik-Jan Zürcher ab, der seit 2010 als Generalsekretär der IALHI gewirkt hat. Da Geert Van Goethem seine Teilnahme kurzfristig absagen musste, wurde dessen Antrittsrede von Marien van der Heijden verlesen. Der neue Generalsekretär unterstrich die wachsende Bedeutung der Digital Humanities für die Gedächtnisinstitutionen der Arbeiterbewegung und kündigte an, dass der Fokus künftig noch stärker auf der Initiierung von entsprechenden Forschungsprojekten, aber auch auf der Bereitstellung einer gemeinsamen Infrastruktur für Datenspeicherung und Präsentation liegen soll. Eine zentrale Rolle wird dabei dem unlängst geschaffenen Portal für Sozialgeschichte zukommen (www.socialhistoryportal.org). Erfreulicherweise konnten in Budapest auch neue Mitglieder in die IALHI aufgenommen werden: das Centro de Documentação e Memória Sindical da Central Única dos Trabalhadores in Sao Paulo (CEDOC CUT Brasil), Società Italiana di Storia del Lavoro (SISLAV) mit Sitz in Genua sowie Memorial Italia,

Mailand. Im Weiteren wurden die Tagungsorte der nächsten Jahresversammlungen bekanntgegeben: New York 2014, Edinburgh 2015 und Mailand 2016. 2017 soll im belgischen Gent erstmals eine gemeinsame Konferenz von IALHI und ITH (Internationale Tagung der Historiker der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen) stattfinden.

Im Anschluss an die Jahresversammlung der IALHI stellte Donald Weber, Amsab-ISG, das neue Social History Portal vor. Besonders nützlich ist das Content-Management-System in Form eines Wiki, das zahlreiche Grundlagentexte aus dem HOPE-Projekt referenziert. Donald Weber präsentierte ferner ein laufendes Forschungsprojekt zum Aufbau eines Virtual Resarch Environment of Social History (VRESH), an dem neben dem Amsab-ISG die Universität Gent sowie das IISG in Amsterdam beteiligt sind. Die Verfügbarkeit von riesigen Datenmengen aus vielfältigen Quellen verändert die Forschung: Mit neu entwickelten Methoden und Technologien können Big Data erfasst, verteilt, gespeichert, durchsucht, analysiert und visualisiert werden. Für Donald Weber ist das VRESH nicht primär ein Techniktool, sondern eine Plattform zur Vernetzung und Gemeinschaftsbildung unter Forschenden mit analogen Forschungsinteressen. Die angestrebte, enge Zusammenarbeit mit dem Social History Portal der IALHI eröffnet eine Perspektive für dessen Weiterentwicklung in Richtung einer Forschungsinfrastruktur für Digital Humanities.

In einem ersten Panel berichtete Bernhard H. Bayerlein, Institut für soziale Bewegungen, Ruhr-Universität Bochum, über aktuelle Perspektiven der internationalen Kommunismusforschung und stellte drei konkrete Projekte vor: die von der Fritz-Thyssen-Stiftung geförderte Digitalisierung der antifaschistischen Exil-Zeitschrift „Die Zukunft“ (1938-1940) von Willi Münzenberg, das interdisziplinäre Plattform-Projekt des Münzenberg-Forums in Berlin (www.munzenbergforum.de) sowie das INCOMKA-Projekt, in dessen Rahmen seit 2007 mehr als eine Million digitaler Reproduktionen aus dem Archiv der Komintern hergestellt und zur (kostenpflichtigen) Nutzung bereitgestellt wurden (www.comintern-online.com). Piotr Wcislik, OSA Budapest, stellte ein Projekt zur Erfassung von polnischen Samizdat-Publikationen vor. Speziell erschwert wird die Inventarisierung durch den Umstand, dass diese Publikationen in vielen Institutionen verstreut sind, und zwar nicht nur in Polen, sondern auch in zahlreichen Archiven und Bibliotheken in Mittel- und Westeuropa. Es ist daher ein besonderes Anliegen, für die transnationale und interdisziplinäre Beschäftigung mit diesem Thema eine angemessene Plattform zu schaffen, was mit der International Samizdat [Research] Association (ISRA) angestrebt wird.

Richard Temple, Senate House Library, London, gab einen Überblick über Archivbestände zur trotzkistischen Bewegung in Großbritannien. Im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Ländern blieben die Trotzkisten im Vereinigten Königreich bei den nationalen Wahlen völlig erfolglos, nicht zuletzt infolge der heillosen Fragmentierung innerhalb des trotzkistischen Lagers. Trotzdem gab es bekannte Exponenten wie Alistair Darling, Christopher Hitchens, Terry Fields oder Dave Nellist. Neben dem Modern Records Centre in Warwick sind die Senate House Library, die Glasgow Caledonian University sowie die Hull University Archives wichtige Adressen für Quellenbestände. Die Senate House Library präsentiert ihre Bestände, u.a. die umfangreiche Sammlung Jim Higgins/Al Richardson und die Nachlässe von Will Fancy (1933-2009) und Alan Clinton (1943-2005), auf der Webseite („Trotskyist archive sources“)¹. Boris Belenkin, Memorial, berichtete über aktuelle Entwicklungen in Russland, insbesondere über den Kampf der Behörden gegen Organisationen der Zivilgesellschaft im Rahmen der Foreign-Agents Gesetzgebung vom Sommer 2012.

¹ <http://www.senatehouselibrary.ac.uk/our-collections/historic-collections/archives-manuscripts/subject-guides-to-archives/trotskyist-archive-sources/>

Auch Memorial Moscow wurde zwischen März und Sommer 2013 peniblen Inspektionen unterzogen. Weitere Aktivitäten von Memorial bestanden in der Ausrichtung von wissenschaftlichen Kongressen in Moskau und Paris in Erinnerung an die blutigen Konfrontationen vom Oktober 1993 („Blutiger Herbst“) sowie die Aufarbeitung der Geschichte des demokratischen Sozialismus in der Sowjetunion der 1920-er und 1930-er Jahre.

Die vier Sessionen des zweiten Arbeitstages wurden von Francisca de Haan eingeleitet, die an der Central European University, Budapest, als Professorin der Abteilung für Gender Studies wirkt und auf transnationale, europäische Zeitgeschichte mit einem Fokus auf Gender- und Frauengeschichte spezialisiert ist. Francisca de Haan zeigte anhand ihrer Arbeit zur Geschichte von Frauenorganisationen wie der International Alliance of Women (IAW) oder der Women's International Democratic Federation (WIDF) während des Kalten Kriegs die Wechselwirkungen zwischen Archiven bzw. der Arbeit der Archivare und der historischen Forschung auf. Sie äußerte die Vermutung, dass die Forschung in Zukunft noch viel stärker transnational ausgerichtet sein werde, und dass die neuen Technologien und die Verfügbarkeit digitalisierter Dokumente solche Zugänge erleichtern werden.

Als *Hauptredner* war mit Jürgen Kocka einer der einflussreichsten Historiker der Gegenwart eingeladen. Kocka referierte über die Veränderungen in der Sozialgeschichte im Laufe der letzten Jahrzehnte und namentlich auch über den Stellenwert von Labour History im Kontext der Historischen Sozialwissenschaft zu Anfang des 21. Jahrhunderts. Er rief in Erinnerung, dass Labour History im dritten Viertel des 20. Jahrhunderts zum Kern der Sozialgeschichte gehörte und immer volle Auditorien garantierte. Gründe für die Affinität zwischen Sozialgeschichte und Geschichte der Arbeiterbewegung sieht Kocka im damaligen Oppositionsgeist, in der Kritik am geschichtswissenschaftlichen Mainstream, aber auch im Umstand, dass sich viele Historiker politisch links verorteten, Sympathien für die Unterschicht hatten und an Sozialreformen interessiert waren. Dabei gab es auch unrealistische Hoffnungen in Bezug auf politische Alternativen und hinsichtlich der Rolle der Arbeiterbewegung. Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts verlor mit dem Ende des Kalten Kriegs auch der Marxismus an Einfluss. Viele Themen hatten nichts mehr zu tun mit den Kategorien des Klassenkampfes. Die *Histoire engagée* wandte sich anderen Themen zu: der Geschlechterfrage, der Ökologie oder dem Terrorismus. Gedächtnis und Körper wurden zu wichtigen Forschungsfragen. Die Veränderung des politischen Klimas führte auch zu einer Art Befreiung: Weg von der Orthodoxie, weg von den Kämpfen um Definitionen und Deutungskraft, beispielsweise in der Einschätzung von Karl Marx. Neue kulturalistische und linguistische Konzeptionen rückten symbolische Dimensionen der Arbeiterbewegung in den Blickpunkt, während teleologische Konzepte massiv an Bedeutung verloren. Das war in vieler Beziehung eine Bereicherung, wenn es auch zum Teil eine starke Theoriefeindlichkeit gab. Labour History gehört zu den Verlierern der geschilderten Veränderungen, denn die Konzentration auf Kultur und Sprache bedeutete auch ein Abrücken von Strukturgeschichte. Systematische Klassenanalyse erschien als langweilig. In der jüngsten Vergangenheit ist feststellbar, dass wirtschaftliche und sozialwissenschaftliche Kategorien in den gesellschaftlichen Diskurs zurückkehren. Dies gilt auch für den Topos „Kapitalismus“. Zwei Entwicklungen wurden von Jürgen Kocka speziell herausgehoben: die Geschichte der Arbeit und der Impact der Globalisierung. Nach Kocka gibt es heute ein fundiertes Konzept von „Arbeit“. In den vergangenen Jahrzehnten wurde zur Geschichte der Arbeit in Europa viel geforscht und geschrieben, insbesondere zu den Teilgebieten Begriffsgeschichte, Arbeit in Unternehmen und unter dem Einfluss technischer Neuerungen in den verschiedenen Branchen, zur Rolle der Arbeit in der Geschichte der Klassen und Klassenkonflikte, zur Arbeit

im Kontext der Populärkultur sowie zur Arbeit als Teil der Ideengeschichte. Gleichzeitig hat Arbeit eine Aufwertung erfahren. Viele Fragen bleiben aber offen: Wer spricht da, wessen Zeugnisse werden gehört? „Standard narrative“ gibt es auch für das 19. und 20. Jahrhundert, wobei es meist um Kapitalismus und Lohnarbeit geht, aber auch um Normalarbeitsverhältnisse und Vollbeschäftigung. Vor diesem Hintergrund wird die derzeitige Lage häufig als Situation des schnellen Wandels beschrieben, als Verfall und Krise aufgrund hoher Arbeitslosigkeit, der Verbreitung prekärer sowie räumlich und zeitlich fluider Arbeitsverhältnisse, aber auch aufgrund sich wandelnder Werte und der abnehmenden Bedeutung von Arbeit für die Bildung von Identitäten. Nach Kocka gibt es immer noch viel zu wenig vergleichende Studien zu diesen Fragen. Wann wurde Sex, Hausarbeit oder Militärdienst als Arbeit gesehen, wo und warum? Geschichte der Arbeit in diesem Sinn kann auch die Geschichte der Arbeiterbewegung bereichern und erweitern. Zum Impact der Globalisierung wies Kocka auf viele ungelöste Probleme hin. Geschichte sei eine Wissenschaft, in der die Forschenden sehr genau hinschauen wollen, und der Kontext sehr ernst genommen wird. Wer die Geschichte der indischen Kulis im 19. Jahrhundert kennt, sei noch lange kein Global Historian. Zunehmende Abhängigkeit und Interdependenz: das sind zweifellos zentrale Kategorien. Die Geschichtswissenschaft muss auf solche Veränderungen reagieren. Es gibt nicht die eine Global History-Theorie. Es brauche hier mehr Bescheidenheit, ein Bewusstsein für grenzüberschreitende Fragestellungen und Methoden und präzise definierte Tiefenbohrungen.

An diese Ausführungen knüpfte Jürgen Kocka folgende Beobachtungen: Erstens sei die traditionelle Arbeiterbewegungsgeschichte gut erforscht und hat an Bedeutung eingebüßt. Dies gelte aber nicht für andere Gegenden der Welt. Systematische Vergleiche können sehr viel neues Wissen hervorbringen, z.B. zur Industrialisierung in Westeuropa im 19. Jh. im Vergleich mit China und Indien am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts, zur Tradition von Protest oder zur Rolle des Staates. Zweitens waren Anregungen aus den Diskussionen über Kolonialismus und Post-Kolonialismus in zahlreichen Anläufen zur Globalisierung der Geschichtsforschung von wesentlicher Bedeutung. Dies gelte für die Geschichte der Arbeit weiterhin. In diesem Bereich ist das wechselseitige Verhältnis von sozialem Wandel innerhalb der Kolonialstaaten bzw. den kolonialisierten Gebieten fernerhin von Interesse. Eine weiterhin zentrale Frage laute, wie Kolonialismus die Geschichte der Arbeit geprägt habe. Drittens ist danach zu fragen, wie ein globalgeschichtlicher Blick auf national- und regionalgeschichtliche Arbeiten zurückwirken kann. Die Arbeiterfrage spiele bei uns keine Rolle mehr, ganz im Gegensatz zu anderen Weltregionen, wo dies sehr aktuell und z.T. auch sehr explosiv sei. Zum Schluss wies Jürgen Kocka darauf hin, dass das Sammeln relevanter Quellen und deren Zugänglichmachung nicht einfacher werden. Hier sei auch in Zukunft die Expertise spezialisierter Institutionen gefragt.

Henk Wals, IISG Amsterdam, referierte über das Amsterdamer Konzept zu „Global Labour History“. Ein erster wichtiger Schritt war die Publikation von Jan Lucassen und Marcel van der Linden von 1999 („Prolegomena for a Global Labour History”)². Gebraucht werden riesige Mengen statistischer Daten u.a. zu Beschäftigung, Schulden, Migration, Streiks, Anzahl Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen, Demografie, Struktur der Märkte, Preise, Arbeitslosigkeit etc. - und dies alles global und für eine sehr lange Zeitdauer. Die Herausforderung besteht also darin, die Datenbasis zu schaffen und gleichzeitig Primärquellen in analoger Form zu sammeln. Ohne Einsatz von neuen Analysewerkzeugen

² Jan Lucassen and Marcel van der Linden: Prolegomena for a Global Labour History, International Institute of Social History, Amsterdam 1999, 24 S. – Vgl.: <http://www.iisg.nl/publications/prolegom.pdf>.

(Text Mining Tools) sei dies nicht zu schaffen. Ioana Macrea-Toma, OSA Budapest, referierte über ein Forschungsprojekt, das die Rolle des Arbeiters im Transformationsprozess vom Staatssozialismus zum Kapitalismus thematisiert. Kollektivbiografische und alltagsgeschichtliche Ansätze erlauben es, gewöhnliche Menschen in den Blickpunkt zu nehmen. Piroska Darvasi, Institute of Political History, Budapest, berichtete über das Schicksal ihres unabhängigen sozialgeschichtlichen Instituts in Ungarn, dessen Geschichte bis 1948 zurückreicht. Das Institut betreut u.a. die Archive der Ungarischen Arbeiterpartei (bis 1955) bzw. des Instituts für Parteigeschichte der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei von 1957 bis 1989, die Archive des Gewerkschaftsbundes und diverse Spezialsammlungen wie die Janosz Kadar Papers. Der Zugang zu den Archivbeständen war früher stark eingeschränkt. Wer Akten einsehen konnte, war hoch privilegiert. Heute sind die Bestände öffentlich zugänglich, und die Verzeichnisse können online konsultiert werden (www.polhist.hu). Ab ca. 1990 erhielt das Institut keine öffentlichen Gelder mehr, 1998 kam es zur Trennung des Instituts von der Sozialistischen Partei. Heute umfasst das Institut vier Abteilungen: Forschung, Buchverlag, Archiv und Bibliothek. Der thematische Fokus liegt auf der ungarischen Zeitgeschichte mit einem speziellen Schwerpunkt auf dem Regimewechsel. Der Bestand des Instituts ist lediglich bis 2014 gesichert. Die ungarische Zivilgesellschaft erweist sich als zu schwach, um den Erhalt sicherzustellen. In den letzten Jahren musste der Personalbestand halbiert werden, Bibliothek und Archiv wurden zusammengelegt. Die aktuelle Regierung übt konstant politischen Druck auf das Institut aus und strebt die Nationalisierung der Archivbestände an. Sie verfolgt damit die Absicht, die Geschichte für sich zu monopolisieren und die politische Linke zu diskreditieren.

In der zweiten Session wurden Projekte vorgestellt, die mit sozialwissenschaftlichen Methoden bzw. mit Oral-History-Werkzeugen operieren. András Lénárt, Hungarian Academy of Sciences, Budapest, berichtete über das Projekt „Voices of the 20th century“, das dem Sammeln und dem Erhalt audiovisueller Quellen, u.a. zum Lebensstil der Bevölkerungsgruppe der Roma, gewidmet ist. Nikola Baković, MeĐuopštinski istorijski arhiv (Čačak, Serbien), stellte einen Archivbestand vor, der nicht zum Zweck der historischen Überlieferungsbildung, sondern aus administrativen Gründen erhalten geblieben ist, und sowohl für die Geschichte der antifaschistischen Bewegung als auch für Debatte um den historischen Revisionismus von einiger Bedeutung ist. Katarzyna Werner und Katarzyna Sawko, Warschau, präsentierten ein polnisches Digitalisierungsprojekt, das Geschichtsorte in den Vordergrund rückt und wesentlich auf Crowdsourcing basiert. Viele Denkmäler sind falsch oder lückenhaft beschrieben. Rund 7.000 Beteiligte liefern Datenbankeinträge oder wirken als Zulieferer von Archivdokumenten, die systematisch erfasst, überprüft und digitalisiert werden (<http://centrumcyfrowe.pl/about/zespol/>).

Eine weitere Session war der Verwendung biografischer Dokumente für sozialgeschichtliche Fragestellung gewidmet. Eszter Zsófia Tóth, Hungarian National Archive, Budapest, stellte einschlägige Sammlungen, v.a. audiovisuelle Medien, des Nationalarchivs vor. Helga Dörner, Central European University, Budapest, berichtete über die Einbindung autobiografischer Primärquellen in das universitäre Curriculum. Massimo Repetto, Archivio Biografico del Movimento Operaio (Genua), stellte das Biografie-Projekt vor, das bisher zur Publikation von zwölf Bänden mit 15.000 biografischen Einträgen geführt hat und nicht nur die Leader der italienischen Arbeiterbewegung, sondern auch gewöhnliche Aktivistinnen und Aktivisten referenziert und in der Online-Ausgabe mit zahlreichen Digitalisaten angereichert ist (www.archiviobiograficomovimentooperaio.org).

Alfredo Caldeira, Fundação Mário Soares (Lissabon), thematisierte Veränderungen in Lesesaal und Benutzung aufgrund digitaler Angebote. Ein grundsätzlicher Paradigmenwechsel ist nicht erkennbar, und grundsätzlich bleibt sich die archivische Arbeit gleich. Alfredo Caldeira sprach sich dezidiert für strukturierte Bestände und gegen die Googelisierung der Bibliotheks- und Archivwelt aus. Ein letzter Block umfasste Kurzpräsentationen zu einzelnen Aspekten des Kalten Kriegs. Irina Gordeeva und Olga Zaslavskaya, Russian State University for the Humanities (Moskau)/Open Society Archives, berichteten über die Geschichte der Hippie-Bewegung in der ehemaligen Sowjetunion. Zu diesem Aspekt der Zeitgeschichte existieren umfangreiche Unterlagen privater Herkunft, die aber auf viele Institutionen verstreut sind oder nach wie vor privat aufbewahrt werden. Andrey Sorokin, Direktor des Russian State Archive of Socio-Political History (RGASPI), Moskau, gab einen Überblick über die Digitalisierung von Akten aus dem Komintern-Archiv und kam auch auf den Zugang zu diesen digitalen Archiven zu sprechen. Wie und zu welchen Bedingungen die Online-Sammlungen (Komintern, Internationale Brigaden) künftig genutzt werden könnten, sei derzeit ungewiss und werde auch nicht im RGASPI allein entschieden. Hier seien Kooperationen mit Partnern, beispielsweise mit der Yale University, mit zu berücksichtigen.

Die ebenso arbeitsreiche wie anregende Tagung wurde abgerundet mit einer geführten Tour durch den Budapester Monument Park. Als Schlusspunkt stand der Besuch des Széchenyi Thermalbads auf dem Programm.

Urs Kälin

Tagung „History is unwritten“, Berlin 6.-8. 12. 2013

Vom 6. bis 8. Dezember 2013 fand in Berlin die Konferenz „History is unwritten. Linke Geschichtspolitik und kritische Wissenschaft: Gestern, Heute und Morgen“ statt. Ein ganzer Tag mit Vorträgen, Panels und Workshops, der in der Bundeszentrale von ver.di an der Spree stattfand, wurde von einer Text-Musik-Performance am Freitagabend in einer Kneipe in Neukölln und einem kolonialismuskritischen Rundgang durch das Deutsche Historische Museum am Sonntag umrahmt. Nach kurzen Begrüßungen durch Till Sträter (Arbeitskreis Loukanikos) und Bernd Hüttner (Rosa Luxemburg Stiftung) richtete Wolfgang Uellenberg, Bereichsleiter Politik und Planung bei der ver.di-Bundesverwaltung und u.a. Vorsitzender des Trägervereines des Archiv der Arbeiterjugend, einige Worte an die zahlreichen Anwesenden. Er wies auf die große Bedeutung hin, die die Beschäftigung mit Geschichte für die Gewerkschaften haben sollte. David Mayer (Wien), der über marxistisch inspirierte Geschichtsdebatten in Lateinamerika in den ‘langen 1960er’ Jahren promoviert hatte, hielt die Keynote. Mayer, der auch Mitglied des Vorstands der ITH ist, durchschritt in diesem sehr dichten Eröffnungsvortrag über 100 Jahre linker Geschichtsschreibung. Danach folgten, unterbrochen von der Mittagspause, fünf Vorträge: Cornelia Siebeck (Berlin), Florian Grams (Hannover), Dominik Nagl (Mannheim), Susanne Götze (Paris/Berlin), Anton Tantner (Wien). In ihnen wurden vor allem Theorien der New Left (Edward P. Thompson, Henri Lefebvre) und der Postmoderne (Francois Lyotard) debattiert.

In einer Workshop-Phase stellten dann neun geschichtspolitische Initiativen ihre Arbeit vor. Etwas konfus waren weite Teile des abendlichen Abschlussplenums, an dem Bini Adamczak, Ralf Hoffrogge und Renate Hürtgen (alle Berlin) teilnahmen. Hier schlug der innerlinke Pluralismus in Beliebigkeit und aneinander vorbeireden um. Die überregional

angelegte Veranstaltung war in vielerlei Hinsicht trotz ihrer Berlin-Lastigkeit, was das Gros der TeilnehmerInnen (wie der Vortragenden) angeht, ein Erfolg. Sie war inhaltlich sehr anregend, methodisch solide bzw. adäquat und operierte auf einem aktuellen Forschungs- und politischen Diskussionsstand. Sie bot ReferentInnen, die sich an die Vorgaben der Veranstalter hielten. Mit 177 dokumentierten TeilnehmerInnen und real deutlich mehr kamen doppelt so viele Interessierte, als von den VeranstalterInnen erwartet: 28 Prozent der TeilnehmerInnen waren im Alter von 20 bis 29 Jahre und 36 Prozent zwischen 30 und 39 Jahre jung. Die meisten von ihnen kamen aus Berlin. Der Frauenanteil lag bei über einem Drittel. Das Feedback war positiv, und die ReferentInnen lobten die angenehme Atmosphäre und professionelle Organisation. Komplette ausgeblendet blieben auf der Tagung die Handlungsspielräume und materiellen Grundlagen der kritischen HistorikerInnen, also Fragen der beruflichen oder anderweitiger Existenzsicherung, die ja als dunkle Seite kritisch-linken Engagements zumindest in den Individuen permanent präsent sind.

Ob die Tagung, wie angestrebt, tatsächlich auch ein Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Bewegung sein konnte, wird sich noch zeigen. Dieser ist, das zeigt die Erfahrung mehrjähriger (Vernetzung-) Arbeit im geschichtspolitischen Feld, schwierig. Der AK Loukanikos und seine MitstreiterInnen haben hier etwas angefangen, das in geeigneter Form fortgesetzt werden sollte, wenn nicht 2014, dann 2015. Interessierte, die die nächste vergleichbare Tagung mitorganisieren und vorbereiten wollen, können sich per Mail an huettner@rosalux.de bzw. unwrittenhistory@riseup.net wenden. Die Ergebnisse der Tagung sollen in einem Band publiziert werden. Das Tagungsprogramm als PDF hier: <http://historyisunwritten.wordpress.com/tagungsmappe-pdf/>

Bernd Hüttner

„Demokratie und Revolution in den Werken Rosa Luxemburgs“ Internationale Konferenz am 4.-5. Oktober 2013 in der Sorbonne, Paris

Die Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz am 4. und 5. Oktober 2013 konnte mit ReferentInnen aus Argentinien, Brasilien, Kanada, Japan, Indien, Russland, Polen, England, Deutschland und Frankreich (dabei Annelies Laschitzka, Frigga Haug, Evelin Wittich, Claudie Weill, Michael Löwy, Narihiko Ito, Feliks Tych, Michael Krätke, Ottokar Luban, Jörg Wollenberg) und 200 TeilnehmerInnen, darunter viele junge ForscherInnen, einen großen Erfolg erzielen. Dadurch erfuhr die engagierte, intensive Rosa-Luxemburg-Forschung in Frankreich Unterstützung und Ermutigung und weitere starke Impulse.

Siehe die Website: <http://www.internationale-rosa-luxemburg-gesellschaft.de>

Ottokar Luban

□ □ □ □	Neues aus der Forschung	□ □ □ □
---------------	--------------------------------	---------------

Promotionsprojekt:

Der „sozialistische Hochschullehrer“ – Zur Wirkung der DDR-Hochschulpolitik auf Berufsverständnis und Berufspraxis der Hochschullehrenden am Beispiel der Humboldt-Universität Berlin (1946 bis 1990)

Historischer Hintergrund

Die Hochschulpolitik der DDR verfolgte Zeit ihres Bestehens – mit unterschiedlichen Nuancen und zeitlichen Konjunkturen – im Wesentlichen vier Ziele: Die hochschulpolitischen Maßnahmen, die vorrangig mittels dreier Hochschulreformen durchgesetzt wurden, strebten erstens den Bruch mit der bürgerlichen Wissenschaftstradition bzw. ihre Umgestaltung und umdeutende Einordnung in einen sozialistischen Vorstellungsrahmen an. Zweitens zielten sie auf die Ausbildung eines politisch loyalen sozialistischen Wissenschaftlers und beabsichtigten drittens, die Wissenschaft für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft nutzbar zu machen. Viertens verfolgten sie auf der Grundlage eines sozialistischen Gleichheitsideals die Absicht, höhere Bildung breiteren Schichten als bislang zu Gute kommen zu lassen und dies mit ökonomischen Bedürfnissen in Einklang zu bringen.

Forschungsstand

Die Forschung gibt auf die Frage, inwieweit die Hochschulpolitik der SED bezüglich der ersten beiden genannten Ziele erfolgreich war, eine uneinheitliche, der Tendenz nach abschlägige Antwort. Häufig wird darauf verwiesen, dass die Hochschulreformen zu einer Deprofessionalisierung der Hochschullehrenden beigetragen hätten. Wissenschaftliche Qualität und traditionelle Zugangsmechanismen seien durch soziale und politische Kriterien ersetzt worden und hätten somit nicht mehr universalen Wissenschaftsansprüchen entsprochen.¹ Darüber hinaus attestieren Teile der Forschung dem DDR-Wissenschaftsbetrieb eine „intellektuelle Stagnation“² und wissenschaftlicher Originalität abträgliche Homogenität. Zudem habe die in den Hochschulreformen angestrebte „Verberuflichung“ der akademischen Tätigkeiten, d.h. die Vorgabe der Forschungs- und Lehrinhalte sowie die Verbreiterung des Berufsstands, den letzten Funken wissenschaftlicher Neugier und Kreativität in Plänen und Vorgaben erstickt. Gleichzeitig wird aber auch geltend gemacht, dass der Mangel an Forschungstechnik das Engagement und die Improvisationsgabe auch bestärkt haben könne.³

Unterschiedliche Positionen finden sich auch zur Bedeutung der Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten im Prozess des sogenannten Elitenaustauschs bzw. beim Aufbau einer „neuen Intelligenz“⁴. Während der Elitenaustausch auf lange Sicht erfolgreich war, widersprach er zugleich dem klassennivellierenden Anspruch der SED-Führung, nach dem die

¹ John Connelly: Humboldt im Staatsdienst. Ostdeutsche Universitäten im Staatsdienst 1945-1989. In: Mitchell G. Ash (Hrsg.): Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft deutscher Universitäten, Wien 1999, S. 80-104, hier S. 82; Arndt Bauerkämper: Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft, Milieubildung und Wertetraditionalismus im Elitewechsel in der SBZ/DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren. In: Peter Hübner (Hrsg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Wiesbaden 1999, S. 37-66, hier S. 43ff.

² Ralph Jessen: Zwischen diktatorischer Kontrolle und Kollaboration. Die Universitäten in der SBZ/DDR. In: John Connelly / Michael Grüttner (Hrsg.): Zwischen Autonomie und Anpassung. Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, Paderborn 2003, S. 229-265, hier S. 261.

³ Klaus Meier: Auf Kosten der Zukunft. Zur Überalterung der Forschungstechnik und ihre Folgen. In: Hansgünter Meyer (Hrsg.): Intelligenz, Wissenschaft und Forschung in der DDR, Berlin / New York 1990, S. 115-124, hier S. 117.

⁴ John Connelly: Humboldt im Staatsdienst. Ostdeutsche Universitäten im Staatsdienst 1945-1989. In: Mitchell G. Ash (Hrsg.): Mythos Humboldt. Vergangenheit und Zukunft deutscher Universitäten, Wien 1999, S. 80-104, hier S.

Hochschulangehörigen eigentlich keine exponierte Position mehr genießen sollten. Ein ähnlich ambivalentes Bild ergibt sich hinsichtlich der Gleichstellung von Frauen im akademischen Hochschulbetrieb – ein weiteres erklärtes Ziel der DDR-Hochschulpolitik.⁵

Problemstellung

Letztlich lässt die bisherige Forschung zur DDR-Hochschulpolitik drei Defizite erkennen:

1. Es existiert keine personenbezogene Untersuchung einer Einrichtung der DDR-Hochschulpolitik über den gesamten Zeitraum der Existenz der DDR. Bislang wurden nur einzelne Personengruppen oder Institute der DDR betrachtet und dies meist mit dem Fokus auf die vierziger bis sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts.
2. In der Mehrzahl der Forschungsarbeiten stehen die politischen Vorgaben und strukturellen Veränderungen an den Hochschulen im Vordergrund.
3. Seitens der Forscher wird die DDR-Hochschulpolitik primär als ein Mittel zur Herrschaftsausübung betrachtet, und die Hochschulen und Hochschullehrer werden als willfähige Instrumente zur Umsetzung staatlicher Vorgaben charakterisiert.

Dieses instrumentelle Bild von der DDR-Hochschulpolitik und ihrer widerspruchsfreien Umsetzung an den Hochschulen entspricht dem vorherrschenden Trend, die DDR-Gesellschaft „von oben nach unten“ organisiert und „durchherrscht“ zu beschreiben.⁶ Mit einem solchen Ansatz, der die DDR letztendlich auf die Vorstellungen und Maßgaben der herrschenden Partei reduziert, geraten jedoch Formen des Gesellschaftlichen, des Alltäglichen, der „sozialen Akzeptanz“ sowie die Handelnden selbst in gewissem Maße aus dem Blick. Ein sozial- und kulturgeschichtlicher Zugang könnte diese Leerstellen in Bezug auf die Hochschulen beseitigen helfen. Neben der Tendenz zur „Durchherrschaft“ und ihrer unzweifelhaft staatstragenden Funktion gab es in der Hochschulrealität der DDR stets auch ein Element der wissenschaftlichen Selbstorganisation und der Willensbildung „von unten nach oben“, das das derart festgesetzte Bild der Forschung infrage stellt.

Fragestellung

Zur Beantwortung der Frage nach dem (Miss-)Erfolg der sozialistischen Hochschulpolitik reicht ein rein politikgeschichtlicher Ansatz, der die widerspruchsfreie Umsetzung staatlicher Vorgaben an den Hochschulen voraussetzt, nicht aus. Es muss gefragt werden, inwieweit darüber hinaus ein Forschungsansatz bei den Adressaten der Politik – den Hochschulangehörigen selbst – zu suchen ist.

Untersuchungsgegenstand

Anhand einer kollektivbiografischen Studie über die Hochschullehrenden der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) soll der skizzierten Fragestellung nachgegangen und die Hypothese, dass sich ein sozialistischer Hochschullehrertypus mit charakteristischen Kennzeichen herausgebildet hat, überprüft werden. Es ist davon auszugehen, dass sich mehrere Ty-

82; Arndt Bauerkämper: Kaderdiktatur und Kadergesellschaft. Politische Herrschaft, Milieubindungen und Wertetraditionalismus im Elitenwechsel in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR von 1945 bis zu den sechziger Jahren. In: Peter Hübner (Hrsg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Köln 1999, S. 43ff.

⁵ Lothar Mertens/Dieter Voigt: Soziale Herkunft und Selbstrekrutierung der promovierten Intelligenz in der DDR. In: Stefan Hornbostel (Hrsg.): Sozialistische Eliten, Opladen 1999, S. 163-175, hier S. 170.

⁶ Jürgen Kocka: Wissenschaft und Politik in der DDR. In: Ders./Renate Mayntz (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998, S. 435-460.

pen entwickelt haben, und sich diese generell unterscheiden lassen. Die Untersuchung umfasst den gesamten Zeitraum der Existenz der DDR, da die Herausbildung sozialistischer Hochschullehrertypen erst mit zeitlicher Verzögerung zu den politischen Vorgaben der Hochschulpolitik zu erwarten ist. Auch Veränderungen der Sozialstruktur der Hochschullehrenden dürften erst über einen längeren Zeitraum ablesbar sein.

Als primärer Untersuchungskorpus werden biographische Daten von etwa 900 Lehrenden der Humboldt-Universität erfasst und neben personenbezogenen Angaben (Geburtsdatum, Geschlecht, Ausbildung, Parteimitgliedschaft, Wohnort, Einkommen) auch Angaben über Auszeichnungen, Werdegang, Publikationen sowie Arbeitsplatzwechsel aufgenommen. Der Datensatz wird ordentliche und außerordentliche ProfessorInnen und DozentInnen aller Fakultäten der HU – einschließlich Gast- und HonorarprofessorInnen und –dozentInnen umfassen. Belegärzte und wissenschaftliche Assistenten werden aus arbeitsökonomischen Gründen nicht berücksichtigt. Aus Datenschutzgründen ist eine anonymisierte Form der Quellenauswertung unerlässlich. So bietet sich eine Analyse nach Alterskohorten, Fächern oder nach sozialer bzw. geografischer Herkunft an.

Die HU wurde darüber hinaus zum Untersuchungsgegenstand gewählt, da sie über Jahrzehnte die studentenstärkste Hochschule der DDR war. An dieser traditionsreichen, renommierten akademischen Institution sollte die bürgerliche Tradition akademischen Betriebs nach sozialistischen Maßgaben umgestaltet werden. So war die HU die erste Hochschule, an der die 3. Hochschulreform unter direkter Intervention der SED-Führung und des Hochschulministeriums realisiert wurde.

Die im Zentrum der Untersuchung stehenden Hochschullehrenden der HU können exemplarisch für den Typus des sozialistischen Wissenschaftlers herangezogen werden, der sich nach den Vorstellungen der SED-Führung entwickeln sollte. Gleichzeitig werden sie in der Arbeit als Repräsentanten der DDR-Gesellschaft für die Untersuchung des Verhältnisses von Regierung und Bevölkerung verstanden – d.h. nicht nur als Adressaten, sondern auch als Akteure politischer Entscheidungen.

Untersuchungsmethode

Die geplante Studie orientiert sich an zwei methodischen Ansätzen zur Erfassung von Gruppen.

1. Analytische Herangehensweise: Sie erhebt alle Personen einer Institution als Gruppe.
2. Narrative Herangehensweise: Sie stellt eine Gruppe anhand von Beispielbiografien und ihrer „Ego“-Dokumente dar.

Beabsichtigt ist eine Kombination beider Zugriffe mit der Zielsetzung, einerseits überhaupt die Merkmale der Gruppe(n) herauszuarbeiten, und andererseits weder die Hochschullehrenden zu anonymisieren noch ungeprüft einzelne Personen als Repräsentanten einer Gruppe zu beschreiben, wie dies in biografischen Zugängen bisweilen der Fall ist.

Quellenbasis

Neben dem genannten Datensatz als Primärquelle der Arbeit wird auf folgende Quellen zurückgegriffen: die Universitätszeitung „Humboldt-Universität“, die alle Neuberufungen dokumentiert; an der HU entstandene Dissertationen, die i.d.R. Aufschluss über die Lebensläufe der DoktorendInnen geben; biografische Ergänzungen enthaltende Festschriften, Ju-

biläumsschriften und Auszeichnungen. Personalakten geben Einblicke in Berufungsverfahren (Karriereverlauf, politische und fachliche Begründung der Auswahl) und Anforderungsprofile der in den unterschiedlichen Fakultäten, Instituten und Sektionen zu besetzenden Stellen. Lebensläufe ergänzen aus persönlicher Sicht vorhandene Biografien.

Einbezogen werden ferner im Staatsarchiv Berlin vorhandene Sitzungsprotokolle der Fakultäten und Sektionen. Sie sollen Auskunft erteilen, inwieweit die Lehrenden selbst Themen- und Projektvorschläge unterbreitet, Kritik geübt und ihren wissenschaftlichen Alltag gestaltet haben. Zu prüfen ist, ob Akten des Ministeriums für Staatssicherheit für den Untersuchungsgegenstand relevant sein könnten.

Zur Quellenbasis gehören darüber hinaus Interviews, (Auto-)Biografien und „Ego“-Dokumente mit / über / von Universitätsangehörigen. Sie vermitteln Einblicke in den Lebens- und Arbeitsalltag und können – die quantitative Datenerhebung ergänzend – nachvollziehbar machen, inwieweit das propagierte Bild des sozialistischen Hochschullehrers der Realität entsprach.

*Ulrike Breitsprecher*⁸

INFORMATION

Widerstand leisten - zu jeder Zeit und überall!

INFORMATION

Kleine Filmreihe der IG Metall-Jugend Berlin-Brandenburg-Sachsen...

... anlässlich des 80. Jahrestages der Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten.¹

Am 2. Mai 1933 besetzten die Nazis die Einrichtungen der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) organisierten freien Gewerkschaften. Viele Gewerkschafter wurden in "Schutzhaft" genommen, das Gewerkschaftsvermögen beschlagnahmt. Doch zahlreiche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter organisierten sich bald in Widerstandsgruppen. Tausende von ihnen wurden inhaftiert, nicht wenige verloren ihr Leben. Auch heutzutage sei im Kampf gegen "neue Nazis" die Erinnerung an den Gewerkschafterwiderstand wichtig, so die IG Metall-Jugend. Stellvertretend für viele aktive Widerstandskämpfer werden in den Videos einige Metaller vorgestellt. Die Lebenswege - unter anderem von Willy Rößler, Richard Teichgräber und Erich Lübke - verweisen darauf, dass der Widerstand aus den Reihen der Gewerkschafter wesentlich größer war als bisher bekannt. Im Frühjahr 2013 ins Internet gestellt, sind die zwölf in der Gedenkstätte und im Museum Sachsenhausen gedrehten Kurzfilme abrufbar unter www.youtube.com/user/igmbbs.

Darüber hinaus wird die im Berliner Metropol-Verlag erscheinende Buchreihe "Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung - Widerstand - Emigration" der FU-Politologen Siegfried Mielke und Stefan Heinz als Lesestoff empfohlen.

Aus dem Vereinsleben

Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2013

⁸ Die Doktorandin ist Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung.

¹ Die Information erhielt die Redaktion von unserem Vereinsmitglied Stefan Heinz.

Auch im Geschäftsjahr 2013 kann der Förderkreis auf eine erfolgreiche Arbeit zurückblicken. Der Vorstand richtete sein besonderes Augenmerk auf die weitere inhaltliche Profilierung der „Mitteilungen...“ und die sukzessive Ausgestaltung der Homepage des Vereins sowie die Gewinnung von jüngeren Kolleginnen und Kollegen zur Mitarbeit.

1. Öffentlichkeitsarbeit

1.1. Mitteilungen des Förderkreises (MFK)

Im Geschäftsjahr 2013 erschienen im März und September die Nummern 43 und 44 der MFK. Die im Vorjahr neu geschaffenen Rubriken „Ein besonderes Archivstück“, in Nr. 44 umbenannt in „Besondere Zeitdokumente“, und „Neues aus der Forschung“ wurden weitergeführt. Ursula Herrmann („Erstes gedrucktes Bebel-Dokument?“), Reiner Zilkenat („Der Alldeutsche Verband und die Nazis 1932/33“) sowie Siegfried Prokop („Du musst Dr. Wolfgang Harich bleiben“) stellten bislang unveröffentlichte Dokumente vor. Unsere jungen Mitglieder Dietmar Lange und Alexander Amberger erhielten die Gelegenheit, ihre Promotionsprojekte ausführlich zu präsentieren. Die Rubrik „Aktivitäten unserer Vereinsmitglieder“ wurde ausgebaut, so dass die Vielfalt ihres Engagements (Vorträge, Ausstellungen, Konferenzbeiträge und Veröffentlichungen) sichtbar wurde. Insgesamt kann eingeschätzt werden, dass die MFK ein anhaltend positives Echo finden. Neu ist vor allem deren Vorstellung in Internetportalen. Wir appellieren an die Bereitschaft von Kolleginnen und Kollegen, weiterhin in unserem Vereinsorgan zu publizieren. Erfreulich ist die anhaltende Nachfrage nach unserem Ende 2012 veröffentlichten Sonderheft zum Berliner Verkehrsarbeiterstreik 1932, so dass im Berichtszeitraum mehrmals Exemplare des Hefts nachgedruckt wurden.

1.2. Vorträge

Die auch 2013 gemeinsam mit der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv und der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft e. V. vierteljährlich durchgeführte Vortragsreihe eröffnete Elke-Ursel Hammer zum Thema „Freikauf politischer Häftlinge in der DDR im Auftrag der Bundesregierung“. Andreas Stirn sprach über „Kreuzfahrten unter DDR-Flagge“, Detlev Brunner und Christian Hall referierten zum Projekt der Hans-Böckler-Stiftung „Demokratischer Umbruch und Neuaufbau der Gewerkschaften - Erinnerungen gewerkschaftlicher Zeitzeugen der DDR“. Unser Vereinsmitglied Stefan Heinz präsentierte in seinem Vortrag „Metallarbeiter im Kampf gegen den Nationalsozialismus“ Ergebnisse eines entsprechenden Forschungsprojektes an der Freien Universität Berlin. Sein Autorreferat ist zusammengefasst im Heft 44 der MFK nachlesbar, die erweiterte Fassung auf unserer Homepage abrufbar.

Unserer Mitgliederversammlung am 11. Mai 2013 vorgeschaltet war der Vortrag von Dr. Harald Wachowitz, Geschäftsführer des Berlin-Brandenburger Bildungswerkes e.V., über Bestände, Studien und Publikationen des Zeitgeschichtlichen Archivs in Berlin-Marzahn.

1.3. Günter Benser: Aus per Treuhand-Bescheid. Der Überlebenskampf des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung heißt die 2013 bei edition bodoni erschienene Publikation unseres langjährigen Vorsitzenden. Die mit persönlichen Aufzeichnungen aus seiner Zeit als Direktor des IfGA angereicherte quellengestützte Analyse lässt die Leserinnen und Leser die Chronologie der damaligen Ereignisse nachvollziehen und zeichnet noch einmal den Weg nach, der die reichhaltigen Bestände des Zentralen Parteiarchivs der SED und der Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus – Kulturgüter von internationalem Rang – letztlich in die Obhut der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR

des Bundesarchivs führte. Die durch einen ausführlichen Dokumentenanhang ergänzte Darstellung erfuhr in zahlreichen Rezensionen ein positives Echo (siehe auch Gerhard Engel in: MFK, Nr. 44 vom September 2013, S. 52ff.).

1.4. Website

Im Jahre 2013 wurde die Website des Vereins unter der Verantwortung von Sylvia Gräfe weiter ausgebaut. Neu eingerichtete Rubriken bieten die Möglichkeit zur Veröffentlichung von Beiträgen, die in unseren MFK aufgrund deren begrenzten Umfanges keinen Platz finden können. In der Rubrik „Aufsätze und Beiträge“ finden sich erstens unter „Bibliothek des IML“ drei Artikel aus der Feder von Jürgen Stroeck, Dagmar Goldbeck und Heinz Sommer, die Sachthemen wie die Vor- und Frühgeschichte, den Bestandsaufbau und die Benutzung dieser wichtigen Institution behandeln. Zweitens stehen unter „Beiträge zur Geschichte“ sieben ursprünglich in der „jungen Welt“ veröffentlichte Artikel Reiner Zilkenats zur Geschichte der Weimarer Republik und der ersten Monate des NS-Regimes, in z.T. stark erweiterter Fassung, als Downloads zur Verfügung. Drittens besteht unter der Überschrift „Geschichte des Ersten Weltkrieges“ zum bevorstehenden 100. Jahrestag der Entfesselung dieses Krieges die Möglichkeit, Beiträge zu veröffentlichen, die in die gegenwärtig geführten Debatten zu dessen Ursachen und Charakter kritisch eingreifen wollen. Erste Ausarbeitungen lieferten Stefan Bollinger (Gast), Reiner Zilkenat sowie Marga Voigt.

1.5. Bekanntheitsgrad

Durch unsere Publikationen (z.B. die Festschrift zum 80. Geburtstag von Günter Benser), die modernisierte Website, die zahlreichen Kontakte zu anderen Vereinen und Institutionen sowie das öffentliche Auftreten von Vereinsmitgliedern im In- und Ausland ist der Bekanntheitsgrad des Förderkreises kontinuierlich gestiegen. Dies äußert sich u.a. auch in Einladungen zu Veranstaltungen und in Literaturangeboten.

2. Zusammenarbeit mit der SAPMO (BArch) und Interessenvertretung der Mitglieder

Die Zusammenarbeit mit der Stiftung erstreckte sich vor allem auf die Gestaltung der gemeinsamen Vortragsreihe. Über die Entwicklung der Stiftung wird mit Berichten über Kuratoriumssitzungen, Bestands-Neuzugänge und Erschließungsarbeiten regelmäßig in den MFK informiert. An der Festveranstaltung zum 20. Jahrestag der Stiftung nahm seitens des Förderkreises die stellvertretende Vorsitzende Dagmar Goldbeck teil. Ein von ihr verfasster Bericht wurde im Heft 44 der MFK abgedruckt.

3. Beziehungen zu anderen Vereinen

3.1. ITH

Als Vertreter des Förderkreises nahm Dietmar Lange im September 2013 an der 49. Tagung der ITH in Linz teil. Sein Konferenzbericht wird in der Nr. 45 der MFK veröffentlicht.

3.2. IALHI

Der Förderkreis zählt weiterhin zu den regelmäßigen Beitragszahlern der IALHI, nimmt jedoch personell nicht an den jährlichen Tagungen teil. Dank der Unterstützung unseres Schweizer Kollegen Dr. Urs Kälin konnte die Berichterstattung über die jährlichen IALHI-Tagungen (zuletzt im September 2013 in Budapest) in den MFK fortgesetzt werden.

3.3. Zeitgeschichtliches Archiv

Intensive Arbeitsbeziehungen entwickelten sich mit dem Zeitgeschichtlichen Archiv in Berlin-Marzahn. Günter Benser und Kurt Metschies verschafften sich vor Ort einen Überblick über Bestände und Arbeitsweise. Sie berieten in der Folgezeit das Archiv bei seiner Inter-

netpräsentation (Benser), unterstützten den Geschäftsführer beim Stellen eines Förderungsantrages zwecks Anstellung von Fachkräften durch die Gewährung finanzieller Mittel und bei weiteren Schritten zur Sicherung der Presseausschnittarchive des ZGA (Metschies).

3.4. Weitere Vereine

Die langjährigen Arbeitskontakte zum Bildungsverein „Helle Panke“, der dankenswerter Weise schon viele Jahre unsere MFK druckt, zum „Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ sowie zur Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg wurden kontinuierlich fortgeführt. Die im Vorjahr aufgenommenen Beziehungen zum Verein der Clara-Zetkin-Gedenkstätte in Birkenwerder entwickelten sich weiter erfolgreich. In diesem Zusammenhang sei an den von Marga Voigt initiierten Geschichtsbasar in der Clara-Zetkin-Gedenkstätte im Juli erinnert, an dem sich zahlreiche Berlin-Brandenburger Vereine mit dem Ziel beteiligten, über einen Erfahrungs- und Ideenaustausch längerfristig zu Kooperationsbeziehungen zu gelangen.

4. Vereinsangelegenheiten

Der Vorstand trat regelmäßig einmal im Quartal zusammen. Er befasste sich vorrangig mit der weiteren Ausprägung und Profilierung seiner Öffentlichkeitsarbeit. Kontinuierlich nahm er die Berichte der Redaktion der MFK entgegen (Birgid Leske und Rainer Holze). Er debattierte auch über die letzte Linzer Tagung. Darüber hinaus standen Fragen der Mitgliederwerbung – vor allem jüngerer Mitstreiterinnen und Mitstreiter –, der Finanzen und der Mitgliederbewegung des Vereins (Elisabeth Ittershagen) sowie der Gestaltung unseres Internet-Portals auf der Tagesordnung. Das Protokoll der 22. Jahresversammlung am 11. Mai 2013 wurde in der Nr. 44 der MFK publiziert. Auf eigenen Wunsch schieden Rainer Holze und Eckhard Müller aus dem Vorstand aus. Wir danken ihnen für ihre langjährige, stets engagierte Tätigkeit zum Wohl des Vereins und begrüßen die Bereitschaft Rainer Holzes, seine Mitarbeit an der Redaktion unserer MFK bis auf weiteres fortzusetzen.

Der Vorstand dankt allen Mitgliedern, die die Tätigkeit des Förderkreises in jedweder Form unterstützt haben, für ihr Engagement.

INFORMATION

Die erste internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz in Istanbul

INFORMATION

fand am 22. / 23. November 2013 unter dem Motto "Freedom is always freedom for those who think differently" an der Bilgi Üniversitesi, Istanbul, statt.

Das Programm: <http://www.fesatoder.com/?p=43>

PERSONALIA

Zum 80. Geburtstag von Annelies Laschitza

Am 6. Februar 2014 beging das Gründungsmitglied unseres Förderkreises Prof. Dr. sc. Annelies Laschitza ihren 80. Geburtstag, zu dem ihr unser Förderkreis recht herzlich gratulieren möchte. Wir

wünschen ihr noch viel Kraft und Gesundheit bei der Erarbeitung und Herausgabe des Bandes 7 der Gesammelten Werke Rosa Luxemburgs (gemeinsam mit Eckhard Müller).

Aus Anlass ihres Geburtstages luden die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Rosa-Luxemburg-Stiftungen Brandenburg und Sachsen und der Berliner Karl Dietz Verlag zu einer gemeinsamen Veranstaltung am 15. Februar in Berlin ein, um zugleich den soeben erschienenen Band 6 der Gesammelten Werke von Rosa Luxemburg vorzustellen. Zahlreiche MitstreiterInnen, darunter nicht wenige Vereinsmitglieder, waren der Einladung gefolgt. Sie erlebten im Salon der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine niveauvolle, vom Geschäftsführer des Dietz Verlages Dr. Jörn Schüttrumpf moderierte Veranstaltung, der durch den Pianisten Daniel Uhlig eine festliche Umrahmung verliehen wurde.

Nach der Begrüßung durch Dr. Florian Weis, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung, würdigte Prof. Dr. sc. Manfred Neuhaus, langjähriger Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, in einer eindrucksvollen Laudatio das vielseitige und umfangreiche, auch international anerkannte Engagement und die Leistungen der Historikerin, Biografin und Editorin Annelies Laschitza. Dr. Eckhard Müller stellte den von der Jubilarin und von ihm herausgegebenen und erarbeiteten neuen Rosa-Luxemburg-Editionsband vor. Dr. sc. Detlef Nakath, Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, verwies auf Facetten seiner jahrzehntelangen Zusammenarbeit mit der Jubilarin, und Dr. Till Schelz-Brandenburg (Universität Bremen) erinnerte an die Gastprofessur von Annelies Laschitza im Wintersemester 1991/92 am Fachbereich Geschichte jener Universität. Die Jubilarin bedankte sich in sehr bewegenden Worten.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen beabsichtigt, die Erträge dieser festlichen Veranstaltung in einer Publikation zu dokumentieren.

Rainer Holze

Wir gratulieren unseren Vereinsmitgliedern

Ralf Hoffrogge und Alexander Amberger

zur erfolgreichen Verteidigung ihrer Dissertationen:

- Ralf Hoffrogge: „Werner Scholem – Eine politische Biographie (1895-1940)“ - September 2013 Universität Potsdam (Vorstellung des Projekts in: MFK, Nr. 41, S. 42ff.)
- Alexander Amberger: „Marxistische Postwachstumsutopien der DDR-Opposition. Ein Vergleich der Konzepte von Rudolf Bahro, Wolfgang Harich und Robert Havemann aus den siebziger Jahren“ - November 2013 Martin-Luther-Universität, Halle (Vorstellung des Projekts in: MFK, Nr. 44, S. 27ff.)

Aktivitäten unserer Vereinsmitglieder

Günter Benser beim Buchwerk Bodoni e.V.

***In Dankbarkeit, Hochachtung und Trauer gedenken wir unseres
verstorbenen Gründungsmitgliedes Sonja Kurella.***

An diesem regnerischen 10. Oktober 2013 haben sich Freunde und Gäste des Vereins Buchwerk Bodoni e.V.¹, des Verlages edition bodoni² und des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung aus gutem Anlass zahlreich zusammengefunden: Zwei Ereignisse waren wertzuschätzen – die neue Repräsentanz des Bodoni-Museums in der Krausnickstraße 6 in Berlin und die Vorstellung des druckfrischen Buchs von Günter Benser „Aus per Treuhand-Bescheid“³.

Schnell und nicht ohne Stolz erzählte der Gastgeber zur Begrüßung Neuigkeiten von Verein, Museum und Verlag – den Gästen eröffnete sich ein Panorama von Produktion und Aktivitäten, von Kommunikation und Projekten kreativer Zusammenarbeit in den Standorten Berlin und Neuruppin-Buskow. Für BODONI und Kooperationspartner bietet jetzt der Vierseitenhof am Rande Buskows im Ruppiner Land neben angewandter Drucktechnik, Ästhetik und moderner Typografie auch Wissensvermittlung und Kommunikation. Freunde und Partner seien eingeladen, den Platz von Buchkunst und zeitgenössischer Literatur in unserer Gesellschaft mit zu formen und die Achtung des Mediums Buch durch Kultur- und Bildungsarbeit zu fördern.

Ein überzeugendes Beispiel sah die Moderatorin Christa Kouschil in der vorzustellenden Publikation über die kurze Geschichte und die achtenswerten Arbeitsergebnisse des IfGA in den umstürzenden Ereignissen der Jahre seines Bestehens (Ende 1989 bis Anfang 1992). Ihre Wertschätzung galt Günter Benser und seinen Kolleginnen und Kollegen für den Gehalt an wissenschaftlicher Forschung und den Erhalt an wertvollem kulturhistorischen Archiv- und Bibliotheksgut des ehemaligen Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Günter Benser sparte in seinem Vortrag nicht an Anerkennung für internationale kollegiale und fachliche Unterstützung für dieses Anliegen und die Interessenvertretung durch Westberliner und bundesdeutsche Historiker und Archivare wie Henryk Skrzypczak, Friedrich Kahlenberg und Klaus Oldenhage.

Zahlreiche Anekdoten erzählte Benser an diesem Abend unter Gleichgesinnten. In seinem Kopf seien die Ereignisse beim flotten Schreiben aus unzähligen zeitgenössischen Notizen wieder auferstanden. Verblüfft reagierte er auf die Nachfrage von Christa Kouschil, dass er als Direktor in dieser unruhigen Zeit wohl nicht zum wissenschaftlichen Arbeiten gekommen sei? Oh doch, zahlreiche Artikel in Fachzeitschriften, Vorträge auf in- und ausländischen Tagungen und Konferenzen, wissenschaftliche Berichte und Beiträge habe er neben der Organisation des laufenden Betriebs „seines“ Instituts vorzuweisen. In der Abschlussrunde aber gestand Benser, heute sei er ziemlich erstaunt, wie er all das geschafft habe, es sei seine produktivste Zeit gewesen.

Nun ist die Zeit einer neuen Generation herangebrochen. Marc Johnie ließ daran keinen Zweifel – kühn breitete er vor den Gästen einen Strauß von Buch-Ideen aus, alle machbar auf „seinen“ drei Standbeinen Produktion – Edition – Kreation. Auf starke Kooperationspartnerschaft baut er beim Leben und Erlebarmachen von mehr Geschichte und mehr Literatur in unserer Gesellschaft mit Autoren aus Wissenschaft, Literatur, Musik, Kunst und Kultur und den kreativen Mitteln traditioneller und moderner Buchkunst.

Marga Voigt

Neues auf unserer Homepage – Aufsätze und Beiträge

Bibliothek des IML

¹ Nähere Informationen zum Verein Buchwerk Bodoni e.V. und seinem Anliegen unter www.bodoni.org.

² Zum Verlag edition bodoni siehe www.edition-bodoni.de.

³ Günter Benser: Aus per Treuhand-Bescheid. Der Überlebenskampf des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung. Mit einem Dokumentenanhang, edition bodoni, Berlin 2013, 238 S. - ISBN 978-3-940781-34-5.

Unter <http://www.fabgab.de/aufsaeetzeundbeitraege/bibliothek/fabgab.html> stehen derzeit folgende, von ehemaligen MitarbeiterInnen verfasste Beiträge zur Geschichte der Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML) als Download zur Verfügung:

- Dr. Jürgen Stroeck: Vor- und Frühgeschichte der Bibliothek [226 KB]
- Dagmar Goldbeck: Der Bestandsaufbau der Bibliothek [321 KB]
- Heinz Sommer: Die Benutzung in der Bibliothek [366 KB]

Geschichte des Ersten Weltkrieges

Der *Förderkreis* möchte den BesucherInnen seiner Homepage Materialien zur Vorgeschichte, zur Auslösung und zur Geschichte des Ersten Weltkrieges zur Verfügung stellen, die nicht dem gegenwärtigen Mainstream (Ausklammern der Schuldfrage) folgen. Unter <http://www.fabgab.de/aufsaeetzeundbeitraege/057064a2ba10e3701/fabgab.html> stehen seit Kurzem die ersten sechs Texte zur Verfügung. Weitere Beiträge werden folgen.

- Dr. Stefan Bollinger: Weltkrieg, „Urkatastrophe“ und linke Scheidewege [196 KB]
- Eckhard Müller: „Jetzt oder nie!“ [230 KB]
- Marga Voigt: „Erst wenn wir wieder Frieden haben“ [161 KB]
- Marga Voigt: Wenn die Männer töten... [131 KB]
- Dr. Reiner Zilkenat: Ein Krieg – „ganz aus Versehen“? [324 KB]
- Dr. Reiner Zilkenat: Sozialdemokratie und Flottenbau [307 KB]

INFORMATION

Hommage an Jenny Marx

INFORMATION

Am 12. Februar 1814 wurde Jenny Marx als Jenny von Westfalen **in der Hansestadt Salzwedel** geboren. Anlässlich ihres 200. Geburtstages veranstalteten das Festkomitee „Jenny 200“ und das Marketingamt der Stadt Salzwedel vom **8. - 14. Februar 2014 eine Jenny-Marx-Woche**, die mit einer Festveranstaltung und der Eröffnung der zweiteiligen Ausstellung „Jenny Marx – Eine couragierte Frau zwischen Salzwedel und London“ eingeleitet wurde. Es folgten mehrere Podiumsgespräche und literarisch-musikalische Programme, eine Namensgebung sowie ein Sport- und Spielfest. Für den **31. Mai 2014** ist im Heimat- und Kulturverein **Tylsen e. V.** das musikalisch-literarische Programm „Jenny und Eleanor Marx – Zwei Frauen im Schatten eines Genies. Ein fiktives Gespräch zwischen Mutter und Tochter“ geplant. Einzelheiten zu den Veranstaltungen unter http://jennymarx2014.com/images/JennyMarx_Veranstaltungen.pdf.

Darüber hinaus finden im Rahmen des Jenny-Marx-Jubiläums in Salzwedel thematische Stadt- und Ausstellungsführungen unterschiedlicher Länge (teils englischsprachig) statt. Siehe auch http://jennymarx2014.com/images/JennyMarx_Fuehrungen.pdf

Veranstaltungen der **Jenny-Marx-Gesellschaft** für politische Bildung (jmg) fanden am 12. Februar in Bad Neuenahr und am 14. Februar in Trier und Bad Kreuznach statt. Es gründete sich der Jenny-Marx-Clubs Ahrweiler. Näheres unter <http://www.jenny-marx-gesellschaft.de/>

19. September

Traumschiffe des Sozialismus. Kreuzfahrten unter DDR-Flagge 1960-1990

Dr. Andreas Stirn¹

Drei Kreuzfahrtschiffe fuhren bis 1990 unter DDR-Flagge. Den Anfang machte die "Völkerfreundschaft", die ab 1960 Urlauber des FDGB beförderte. Wenige Monate vor dem Mauerbau folgte die in Wismar gebaute "Fritz Heckert", die bereits 1970 wieder aus dem Verkehr gezogen wurde. 1985 ersetzte die Deutsche Seerederei die mittlerweile marode "Völkerfreundschaft" durch die moderne, in Hamburg gebaute "Arkona". Eine Erfolgsgeschichte war das Projekt Urlauberschiff für die DDR-Führung nur in sehr begrenztem Ausmaß.

Zwei Ziele verfolgte der FDGB-Vorsitzende Herbert Warnke, als er nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 eine erste Skizze für ein gewerkschaftseigenes Kreuzfahrtschiff aufs Papier brachte: Mit einem für damalige Verhältnisse Aufsehen erregenden Akt symbolischer Politik sollte vor allem innerhalb der Arbeiterschaft Zustimmung zur SED-Herrschaft generiert werden. Zugleich versprach die Aussicht auf ein außergewöhnliches Reiseerlebnis einen konkreten Anreiz zur Leistungssteigerung. Von Anfang verbanden sich somit mit dem Projekt Urlauberschiff zwei Intentionen, die in einem fortwährenden Spannungsverhältnis standen: Massenwirksamkeit und Minderheitenbelohnung.

Schon der Ankauf der schwedischen „Stockholm“ 1960 ließ in Teilen der Bevölkerung den Verdacht aufkommen, die Kreuzfahrten würden vor allem dem Vergnügen der „Bonzen“ – oder denen, die man dafür hielt – dienen. Dieser bis zum Ende der DDR virulente Verdacht beschränkte die propagandistische Reichweite des Projektes Urlauberschiff erheblich. Zudem zeigte sich schnell, dass die DDR nicht über die materiellen Ressourcen für derart exklusive Urlaubs- und Reiseformen verfügte. Der Kauf bzw. Bau von Kreuzfahrtschiffen war symptomatisch für eine Politik, die das Machbare dem Wünschenswerten unterordnete.

Nach dem Mauerbau legten die Urlauberschiffe – abgesehen von wenigen Ausnahmen für Parteifunktionäre und Leistungssportler – nicht mehr mit Passagieren aus der DDR im westlichen Ausland an. Erst ab 1986 gehörten Stopps in Algier, Helsinki oder auf den Azoren wieder zum Routenplan. Erich Honecker persönlich hatte die West-Reisen aus Prestigegründen angeordnet. Das Sicherheitsrisiko schien mittlerweile überschaubar. Nur sehr wenige Passagiere flüchteten zwischen 1986 und 1989 während eines Landgangs in westlichen Häfen.

Die „Sicherheitsorgane“ setzten alles daran, jede Lücke im „Grenzsicherungssystem“ zu schließen. Eine sorgfältige Auswahl der Reisenden durch die Partei und Gewerkschaft im Betrieb, durch den FDGB, die Volkspolizei und das Ministerium für Staatssicherheit sollte Fluchtwillige daran hindern, an Bord zu kommen. Wer es geschafft hatte, durch das strenge, aber dennoch lückenhafte Prüfraster zur schlüpfen, wurde an Bord durch Inoffizielle und hauptamtliche Mitarbeiter der Staatssicherheit sowie durch linientreue Besatzungsangehörige überwacht. Hinter der Kulisse der vermeintlich unbeschwerten Kreuzfahrt verbarg sich eine repressive Sicherheitsarchitektur, die spätestens dann sichtbar wurde, wenn Fluchtversuche mit Gewalt verhindert wurden. Dennoch waren die Urlauberschiffe keine „totalen Institutionen“. Nicht wenige Besatzungsmitglieder entzogen sich durch „eigensinniges“ Verhalten ebenso wie durch „passives Mitmachen“ und eine oft nur oberflächliche Anpassung an die ideologischen Vorgaben den Durchherrschaftsansprüchen des SED-Staates.

Autorreferat

¹ Der Autor arbeitet als Referent beim Landtag Brandenburg.

Literatur:

- Andreas Stirn: Traumschiffe des Sozialismus. Die Geschichte der DDR-Urlauberschiffe 1953-1990, Metropol Verlag, Berlin 2011 (2. Auflage).
- Andreas Stirn: Urlaub im Grenzgebiet. Kreuzfahrten auf DDR-Schiffen 1960–1989, in: Ulrike Häußler, Markus Merkel (Hrsg.): Vergnügen in der DDR, Panama Andreas Stirnerlag, Berlin 2009, S. 405–424.
- Mit dem Rollschinken nach Utopia. Die „Fritz Heckert“ als sozialistisches Traumschiff und real-sozialistischer Albtraum, in: Susanne Muhle, Hedwig Richter, Juliane Schütterle (Hrsg.): Die DDR im Blick. Ein zeithistorisches Lesebuch, Metropol Verlag, Berlin 2008, S. 109–118.

12. Dezember

Demokratischer Umbruch und Neuaufbau der Gewerkschaften – Erinnerungen gewerkschaftlicher Zeitzeugen der DDR

PD Dr. Detlev Brunner, Christian Hall M.A.

Der Vortrag basiert auf dem Ende November 2013 abgeschlossenen gleichnamigen Projekt der Hans-Böckler-Stiftung. Eine großzügige Unterstützung erfolgte darüber hinaus durch die Johannes-Sassenbach-Stiftung.

Das Projektblatt weist als Aufgabenstellung „die Durchführung, die Videoaufzeichnung und die Transkription von Gesprächen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus der ehemaligen DDR“ aus, „die während des demokratischen Umbruchs 1989/90 und in der darauf folgenden Neuaufbauphase gewerkschaftlich aktiv waren“.¹ Als Untersuchungsmethode wurden biografisch narrative Interviews mit thematischer Zentrierung gewählt, und somit eine in der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung weitgehend unberücksichtigte Quellenbasis erschlossen. Deren Sicherung und Archivierung ist jedoch nicht projekthinärent.

Die 15 interviewten Gewerkschaftsfunktionäre (geboren zwischen 1939 und 1962) gehörten unterschiedlichen Generationen und beiderlei Geschlecht an, waren in diversen Einzelgewerkschaften und auf verschiedensten Ebenen (vom Betriebsrat bis zur Vorstandsebene) aktiv, lebten geografisch über die DDR verstreut. Gemeinsam ist ihnen im Nachhinein die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Umbruchs 1989/90 als eines grundsätzlich positiven Ereignisses. Als Ergebnisse werden ferner herauskristallisiert, dass den „vorhandenen Triumphezählungen“ auch kritische Äußerungen zum Ablauf des Wiedervereinigungsprozesses und des gewerkschaftlichen Neuaufbaus gegenüberstehen. Wobei vor allem „das Gefühl des ‚Überstülpens‘ eines vorhandenen Systems und die fehlende Einbeziehung in die Gestaltung neuer Strukturen“ zum Ausdruck gebracht wurde. „Die Ausdehnung der bundesdeutschen Gewerkschaftsstrukturen wird aufgrund der Rahmenbedingungen und der schnellen Ereignisfolge aus heutiger Perspektive überwiegend als notwendig und unvermeidlich dargestellt.“²

Der von Christian Hall vorgelegte Abschlussbericht zum o.g. Zeitzeugenprojekt (Projekt-Nr. S-2012-526-5) steht als Download auf der Homepage der Hans-Böckler-Stiftung zur Verfügung: (http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2012-526-5-1.pdf).

Birgid Leske

¹ Siehe <http://www.boeckler.de/11145.htm?projekt=S-2012-526-5%20F>.

² Ebenda.

Rolf Hecker/Angelika Limmroth (Hrsg.): Jenny Marx. Die Briefe, Karl Dietz Verlag, Berlin 2014, 608 S., Abb. ISBN 978-3-320-02297-6.

Angelika Limmroth: Jenny Marx. Die Biographie, Karl Dietz Verlag, Berlin 2014, 304 S., Abb. ISBN 978-3-320-02296-9. Buchpaket: ISBN 978-3-320-02298-3.

Im analogen Zeitalter galten Briefe als „der schönste und unmittelbarste Lebenshauch“ (Goethe). Heute verdrängt die schnelllebige Kommunikation via Smartphone und Facebook zunehmend die handgeschriebene (romantische?) Briefkultur. Paradoxerweise genießen aufwändig edierte „Gesammelte Briefe“ vielleicht gerade deshalb als Zeugnisse der Gutenberggalaxis die nachhaltige Gunst des literarischen Publikums. Der Berliner Karl Dietz Verlag war also gut beraten, den vom großen Feuilleton verschlafenen 200. Geburtstag der Johanna Bertha Julie Jenny von Westphalen mit einem originellen Buchpaket zu würdigen. Es besteht aus zwei opulent ausgestatteten Bänden und vereint die überlieferte Korrespondenz der Marx-Gattin mit einer neuen Biografie der einstigen Trierer Ballkönigin. Betrachten wir zunächst das imposante Konvolut „Jenny Marx. Die Briefe“: Rolf Hecker und Angelika Limmroth präsentieren insgesamt 329 Briefe, Briefentwürfe, Fragmente, Denksprüche, finanzielle und erbschaftsrechtliche Aufstellungen aus bereits vorliegenden Veröffentlichungen (vor allem MEW, MEGA, Heinrich Gemkow, Renate Schack und Wolfgang Schröder) und verschiedenen europäischen Archiven, hauptsächlich Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam und Russländisches Staatliches Archiv für Sozial- und Politikgeschichte Moskau. Dass es sich in 113 Fällen um Erstveröffentlichungen handelt, ist eine kleine Sensation. Wer hätte acht bisher unveröffentlichte Briefe an Engels erwartet? Ebenso erstaunlich sind 13 erstmals

abgedruckte Schreiben an Tochter Eleanor und fünf Briefe von Tochter Laura. Zu den Erstveröffentlichungen gehören auch Briefe von und an Tochter Jenny, deren Schwiegermutter Félicitas Longuet, Halbbruder Ferdinand (1850–1858 Innenminister Preußens), den Altachtundvierziger Johann Philipp Becker, die Opernsängerin Anna Bochkoltz-Falconi, den amerikanischen Journalisten Charles Anderson Dana und Otto Schilys berühmten Vorfahren Victor Schily. Die englische und französische Korrespondenz ist ins Deutsche übertragen, die Rechtschreibung und Zeichensetzung generell behutsam modernisiert worden. Wie von einem erfahrenen Editor wie Hecker nicht anders zu erwarten ist, werden Sachverhalte erläutert, die das Textverständnis erleichtern. Hier zählt sich der Forschungsvorlauf der MEGA aus. Ein guter Kommentar sollte sich ähnlich verhalten wie ein aufmerksamer Diener, nämlich zur Stelle sein, wo man seiner bedarf, aber sich nicht aufdrängen, wenn nicht nach ihm verlangt wird. Und so geschieht es, wenn auch nicht immer ohne didaktischen Überschwang wie z. B. auf Seite 463. Summa summarum – eine vorzügliche Edition, zu der wir allen Beteiligten, den Bearbeitern, ihrer beträchtlichen Helferschar, dem Verlag und der Rosa-Luxemburg-Stiftung als generöser Förderin nur gratulieren können.

Nun kommt die Biografin Limmroth ins Spiel. Sie kann als erste aus dem beträchtlich erweiterten Quellenfundus des Editorenduos Hecker/Limmroth schöpfen, und sie tut es mit Augenmaß, beträchtlichem Gewinn und prägnanter Sprache. Die Heinrich Gemkow, dem Nestor der ostdeutschen Marx-Engels-Biografik, gewidmete Darstellung versteht sich als Versuch, „das Leben und Wirken der Jenny von Westphalen, verheiratete Marx, lebendig und nachvollziehbar werden zu lassen, sich ihr zu nähern, ihr gerecht zu werden, ohne Heroisierung, ohne Zuweisung der Opferrolle oder die der idealisierten liebenden Ehefrau“ (S. 12). Limmroth schildert den ungewöhnlichen Lebensweg einer, wie

die Autorin betont, auch nach unseren heutigen Maßstäben, äußerst modernen, gebildeten, geistig eigenständigen, selbstbewussten und mutigen Frau. Sie pointiert die Metapher von der starken Frau hinter jedem großen Mann: Jenny Marx stand nicht hinter, sondern neben ihrem Mann. Gemeinsam bewältigten sie die Herausforderungen jahrzehntelangen Emigrantenlebens, die Geburt von sieben Kindern, von denen vier starben, Lebenskrisen, schwere Erkrankungen, nicht zu vergessen die Geburt von Frederic Demuth, dem unehelichen Sohn von Marx und der Haushälterin und Familienfreundin Helena Demuth, jahrzehntelang eines der am besten gehüteten Geheimnisse der marxistisch-leninistisch-stalinistischen Tristesse.

Die Autorin ergründet, wie Jenny von Westphalen Sozialistin wurde und warum sie sich in der Emanzipationsbewegung der europäischen Arbeiter und linken Intellektuellen engagiert hat. Limmroth porträtiert sie als Marx' erste kritische Leserin und zeigt, wie sie mit Verlegern verhandelt, lektoriert, redigiert, die nicht jedermann zumutbare Handschrift ihres Mannes in lesbare Druckvorlagen verwandelt. „Hätte ich eine Geheimrätin und Sekretärin wie Freund Marx an Herz und Hand, dann würde ich es wohl auch aushalten können bis an's Ende der Welt“, lautet eines der schönsten Komplimente Johann Philipp Beckers. (Die Briefe. S. 411.)

Wer weiß schon noch, dass die Gattin des bärtigen Welterklärers im Feuilleton der „Frankfurter Zeitung und Handelsblatt“, einer Vorgängerin der FAZ, aus dem Londoner Theaterleben berichtet hat. Selten ist der Spagat zwischen den mentalen Prägungen einer adeligen Herkunftsfamilie und dem frei gewählten Leben an der Seite einer der wirkungsmächtigsten Gestalten der neueren Geschichte so eindringlich beschrieben worden.

Nichts sei wünschenswerter, so lautet ein selten zitiertes Aperçu des Trierer Meisterdenkers aus den frühen 1850ern, als dass die Leute, die an der Spitze der Bewegungs-Partei standen, „endlich einmal mit derben

rembrandtschen Farben geschildert werden, in ihrer ganzen Lebendigkeit. Die bisherigen Darstellungen malen uns diese Persönlichkeiten nie in ihrer wirklichen, nur in ihrer offiziellen Gestalt, mit dem Kothurn am Fuß und der Aureole um den Kopf. In diesen verhimmelten raphael'schen Bildern geht alle Wahrheit der Darstellung verloren.“ (MEGA I/10. S. 275/276.) Angelika Limmroth hat mit „rembrandtschen Farben“ keineswegs gespart.

Manfred Neuhaus

ROSA LUXEMBURG. GESAMMELTE WERKE, Bd. 6: 1893 bis 1906. Herausgegeben von Annelies Laschitzka und Eckhard Müller. Mit einem Vorwort von Annelies Laschitzka, Karl Dietz Verlag, Berlin 2014, 990 S. ISBN 978-3-320-02301-0.

Unsere beiden langjährigen Vereinsmitglieder haben mit dem obigen Editionsband einen wichtigen Beitrag zur Ergänzung und Vervollständigung der „Gesammelten Werke“ Rosa Luxemburgs geleistet. Dazu gratulieren wir Annelies Laschitzka und Eckhard Müller!

Bekanntlich waren die Bände 1 bis 5 bereits im Zeitraum 1970 bis 1975 vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegeben und unter redaktioneller Verantwortung von Günter Radczun von einem Editoren-Team erarbeitet worden, das dem Forschungsbereich „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis 1917/18“, von Annelies Laschitzka seit Anfang der 1960er Jahre geleitet, angehörte. Diese erste umfassende Werkausgabe enthielt alle wesentlichen, in deutscher Sprache erschienenen Arbeiten Rosa Luxemburgs und einige ihrer übersetzten international bedeutsamen Publikationen. Sie fand weit über die DDR hinaus positive Aufnahme.

In ihrem profunden, 48 Seiten langen Vorwort zum Band 6 arbeitet A. Laschitzka überzeugend die Gründe und Umstände heraus, die in der DDR eine vollständige Gesamtausgabe des Luxemburgischen Werkes unmöglich machten. Sie schildert die sich schrittweise herausbildenden Voraussetzungen und Impulse für die Komplettierung einer solchen Werkausgabe. Erwähnt seien hier vor allem die vielfältigen Studien und Begegnungen der Luxemburg-Forscher aus aller Welt (vorrangig initiiert von der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen), die Herausgabe der „Gesammelten Briefe“ in 6 Bänden durch A. Laschitzka sowie ihrer Rosa-Luxemburg-Biografie „Im Lebensrausch, trotz alledem“ im Jahre 1996. Es bedurfte weiterer intensiver Bemühungen und der Unterstützung der zentralen Rosa-Luxemburg-Stiftung, um schließlich 2010 mit der Arbeit an der Ergänzung der „Gesammelten Werke“ beginnen zu können.

Das Vorwort erschließt dem Leser nicht nur den Reichtum des hier vorgestellten neuen Editionsbandes, es beleuchtet erstmals die Geschichte der Luxemburgischen Werkausgabe. Eingang in den Band fanden neue Forschungsergebnisse - so über Rosa Luxemburg als Journalistin. Sichtbar werden die unterschiedlichen Phasen ihrer journalistischen Entwicklung und deren Besonderheiten in den Jahren 1893 bis 1906. Der Band 6 umfasst 270 Dokumente. Bemerkenswert: Die Mehrzahl von ihnen - es handelt sich vorwiegend um deutsche Schriften - wird erstmals nach dem Tod von Rosa Luxemburg veröffentlicht. Die Texte stammen überwiegend aus sozialdemokratischen Presseorganen und handschriftlichen behördlichen Überwachungsakten, vor allem der Politischen Polizei und des Preußischen Ministeriums des Innern. Von hoher politischer Brisanz sind Rosa Luxemburgs Reden in Volks- und Wahlversammlungen, vor Hunderten und Tausenden Zuhörern. Zusammengefasst

werden im Band 21 Reden, einige informative Notizen über ihre öffentlichen Auftritte sowie Beiträge auf Parteitagen und anderen innerparteilichen Zusammenkünften dokumentiert.

Durch umfangreiche Studien und aufwendige Recherchen in Archiven und Bibliotheken konnten völlig unbekannte Zeugnisse zutage gefördert werden. Sie belegen beispielsweise, dass die junge Rosa Luxemburg bereits in das Visier der deutschen Polizeibehörden geriet, als sie - noch vor ihrer Übersiedlung nach Deutschland - in der Schweiz mit ihrer Promotion befasst war. In diesem Zusammenhang sei auf die Erstveröffentlichung bisher unbekannter handschriftlicher Notizen Rosa Luxemburgs zu ihrem Promotionsverfahren an der Universität Zürich 1897 verwiesen. Sie befanden sich im Nachlass von Jürgen Kuczynski. Aufschlussreich sind auch die veröffentlichten Dokumente zur Leitungs- und Redaktionstätigkeit Rosa Luxemburgs bei großen Parteiblättern der SPD: als Chefredakteurin der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ (1898 in Dresden), der „Leipziger Volkszeitung“ (mit Franz Mehring, 1902) sowie des „Vorwärts“ (ab 1905). Insgesamt dokumentiert der Band eindrucksvoll, wie sich Rosa Luxemburg in jenen Jahren zur Wortführerin des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie entwickelte.

Gegenwärtig arbeiten beide Editoren am Band 7 der Luxemburg-Werk-Ausgabe. Er wird die Zeit von 1907 bis 1918 umfassen und etwa den gleichen Umfang wie der Band 6 haben. Die Vorbereitung des Bandes 8 der „Gesammelten Werke“ hat Holger Politt übernommen. Darin werden all jene Arbeiten Aufnahme finden, die Rosa Luxemburg in polnischer Sprache verfasste. Mit der Herausgabe der Bände 7 und 8 in den nächsten Jahren erwirbt sich der Berliner Karl Dietz Verlag das Verdienst, der Öffentlichkeit eine Gesamtausgabe aller erhalten gebliebenen Texte Rosa Luxemburgs, einschließlich ihrer handschriftlichen Zeugnisse

unterschiedlicher Art, zu präsentieren. Damit wird ein Traum aller Luxemburg-Forscher in Erfüllung gehen.

Wir sind überzeugt, dass der neue, mit einem umfangreichen wissenschaftlichen Apparat versehene Rosa-Luxemburg-Editionsband, ebenfalls eine beachtliche nationale und internationale Resonanz finden wird.

Rainer Holze/Birgid Leske

Torsten Körner: *Die Familie Brandt*, S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt/Main, 2013, 510 S. ISBN 978-3-10-040407-7.

Peter Brandt: *Mit anderen Augen*. Versuch über den Politiker und Privatmann Willy Brandt, Verlag J.W.H. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2013, 279 S.

ISBN 978-3-8012-0441-9.

Rechtzeitig zum 100. Geburtstag Willy Brandts erschienen zwei Publikationen, die nicht den Vorgaben üblicher Politikerbiografien folgen, sondern tiefer zum Ureigenen der Persönlichkeit Willy Brandt vorzudringen suchen. Der im biografischen Genre bewanderte Körner tut dies, indem er nicht nur – wie der Titel vermuten lässt – der Familiengeschichte nachgeht, sondern darüber hinaus das gesamte Umfeld auslotet, mit den Willy Brandt umgebenden angetrauten und nicht angetrauten Frauen, mit seinen in der Familie aufwachsenden drei Söhnen und der bei der Mutter in Norwegen lebenden Tochter, mit Bekannten und Nachbarn, mit ihm nahen Weggefährten – und das waren nicht alles Leute mit sozialdemokratischem Stallgeruch – wie auch mit ihn bedrängenden persönlichen Gegnern. Nicht nachvollziehen lässt sich, wieso Brandts letzte Ehefrau Brigitte Seebacher-Brandt nur beiläufig erwähnt wird und die zum Ärgernis vieler SPD-Genossen zu seiner Pressesprecherin ernannte Margarita Mathiopoulos überhaupt nicht auftaucht. Auf eine strenge Chronologie wird verzichtet, dafür ist viel Psychologie im Spiele.

Wenn es ein zentrales Anliegen dieses Buches gibt, so besteht es wohl darin, dem Charisma des Willy Brandt auf die Spur zu kommen. Der Autor hat mit großem Eifer und sicherem Gespür viele neue, bisher nicht genutzte schriftliche Quellen erschlossen und zahlreiche Zeitzeugen interviewt, immer auf der Suche nach dem Individuellen und Subjektiven. Damit befriedigt er auch manche auf Intimes und Skandalträchtiges abzielende Leserneugier, aber er vermag überzeugend vorzutragen, wie prägend Persönliches auch auf ein Politikerleben einwirkt, und wie unmittelbar sich Privates und Öffentliches in der Vita Brandt durchdringen, einander ergänzend oder auch entgegensetzend. Demgegenüber bleiben viele jener ökonomischen, politischen und kulturellen Prozesse wie auch die internationalen Konstellationen, die das Wirkungsfeld und die Handlungsspielräume Brandts bestimmten, ausgeblendet. Für den in politischer Geschichte versierten Historiker sind vor allem Brandts Beziehungen zu anderen Politikern relevant, zu seinem Widerpart Franz Neumann, zu Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Hans-Dieter Genscher und anderen. Manchen gängigen Überhöhungen oder Fehldeutungen wirkt Körner entgegen, so wenn er Brandts vielgerühmtes „Mehr Demokratie wagen“ als ein Projekt von oben charakterisiert und an den Radikalenerlass erinnert, oder wenn er sich an die Seite jener Interpreten stellt, für die der „Fall Guillaume“ nicht der eigentliche Rücktrittsgrund des Bundeskanzlers war. Angesichts der Fülle der in diesem Buch dargebotenen Episoden, Impressionen und Erinnerungen an Brandt lässt sich fragen, ob dies wirklich alles unser Interesse verdient. Das ist eine Frage, die sich jeder Leser selbst beantworten muss.

Peter Brandt, Willy Brandts ältester Sohn, kann und will demgegenüber den objektivierenden, in analytischem Denken geschulten Sozialwissenschaftler nicht verleugnen und filtert seine persönlichen Erinnerungen mit dem „professionell-distanzierenden

Blick“ des Fachhistorikers. Er verweist den Leser im Vorwort darauf, dass sein Buch „aus der Spannung zweier in meinem Kopf nebeneinander und wechselseitig existierender Perspektiven“ lebt (S. 7). Das Wesentliche von dem, was Körner detailliert weit auf-fächert und mit sich teilweise wiederholenden Interpretationen versieht, finden wir bei Peter Brandt konzentriert, gleichwohl anschaulich dargestellt. Seine Schilderung zeichnet sich dadurch aus, dass er den sozialgeschichtlichen und politischen Hintergrund des Wirkens seines Vaters ausleuchtet, gravierende Tatbestände und Abläufe benennt. Wer wie der Rezensent den kalten Krieg auf der anderen Seite erlebt hat, wird allerdings das Agieren des Westblocks in weniger mildem Lichte sehen. Aufschlussreich sind auch die am Ende des Buches dargebotenen Sichten auf die drei Weggefährten Egon Bahr, Herbert Wehner und Helmut Schmidt. Bei Peter Brandt erfahren wir viel über den Werdegang der Überzeugungen, Optionen und Handlungen Willy Brandts zunächst in der Arbeiterbewegung, dann in der deutschen und schließlich in der internationalen Politik. Obwohl der Autor auch kritische Akzente setzt, identifiziert er sich doch in beträchtlichem Maße mit der Politik seines Vaters und relativiert damit manche Ansichten seiner eigenen Sturm-und Drang-Periode.

Der Höhepunkt des Einflusses und der Gestaltungskraft der Nachkriegs-SPD ist zweifelsfrei unlöslich mit der Person Willy Brandt, mit „neuer Ostpolitik“ und „Mehr Demokratie wagen!“ verbunden. Die Ursachen des darauf folgenden Abstiegs der deutschen Sozialdemokratie – manifestiert im Bedeutungsverlust während der Ära Kohl, in ihrer eine Position nach der anderen aufgebenden Nebenrolle im deutschen Einigungsprozess und später in ihrer Vorreiterrolle bei der neoliberalen Aushöhlung des Sozialstaates – finden wir hier nicht thematisiert, und sie sind ja auch nicht primär Willy Brandt anzulasten. „Jetzt wächst zusammen, was zusam-

mengehört“ ist der am tiefsten in der kollektiven Erinnerung verankerte Spruch des Altbundeskanzlers. Peter Brandt zufolge, wurde damit „das Ziel der deutschen Einheit unaggressiv, eingängig und populär“ formuliert (S. 217). Der vielzitierte Satz lässt sich aber auch anders interpretieren – als Hoffnung auf Selbstlauf. Ich fände es besser, wenn sich ein Politiker mit der Autorität Willy Brandts als unermüdlicher und unüberhörbarer Warner vor konservativem roll back, vor Rechtsruck und rabiater kapitalistischer Restauration in unser Gedächtnis eingetragen hätte.

Günter Benser

Dietmar Lange: Massenstreik und Schießbefehl. Generalstreik und Märzkämpfe in Berlin 1919, edition assemblage, Münster 2012, 176 S. Abb.
ISBN 978-3-942885-14-0.

Mittlerweile hat die Revolution zu Beginn der Weimarer Republik wieder verstärkt das Interesse von Historikern geweckt. Zu den neueren Publikationen zählt auch das Erstlingswerk von Dietmar Lange, das ursprünglich als Magisterarbeit angefertigt wurde. Es behandelt den Berliner Generalstreik im März 1919 und die damit eng verbundenen militärischen Auseinandersetzungen.

Sehr plastisch führt der Autor in die historische Szenerie ein. Die Anschaulichkeit unterstützen noch Fotos, Plakate und Karten. Ausführlich werden die Aktivitäten innerhalb der Räteorgane als Träger der Bewegung dargestellt. Parallel behandelt L. die bewaffneten Kämpfe und den Terror durch Freikorps-einheiten. Dabei stützt sich L. primär auf die

dreibändige Edition der Räteprotokolle.¹ Ergänzend wurden vor allem Archivbestände und Tageszeitungen ausgewertet. Zu nennen wären hierbei u. a. die Nachlässe von Paul Levi und Emil Barth im AdsD, von Walde-
mar Pabst im Militärarchiv des Bundesarchivs, einige verstreute Akten der SAPMO und des Landesarchivs Berlin sowie Archivalien von Reichskanzlei, Informationsstelle der Reichsregierung und Reichsarbeitsamt.

Absolut zutreffend konstatiert L., die Berliner Ereignisse würden bisher in ihrer Tragweite unterschätzt. Das unterstreichen allein schon die große Beteiligung am Streik und die Opferzahl von weit über tausend Toten. Zu den Forderungen gehörten insbesondere eine umfassende Militärreform und die Anerkennung der Räte.

Der Autor hält fest, die Streikleitung „erwies sich als unfähig, den hereinbrechenden Ereignissen, insbesondere der militärischen Konfrontation, eine wirksame Strategie entgegenzusetzen“ (S.161). Aber: Inwiefern hätte sie denn in dieser Situation anders agieren können? Alle ihre Deeskalationsversuche wurden konsequent abgeblockt. Und die vonseiten der KPD vorgeschlagene Alternative, selbst die Führung der Berliner Garnison in die Hand zu nehmen, war schlicht unrealistisch. Hinzu kam die Pressekampagne gegen die Aufständischen, die den Konflikt erheblich anheizte. Der entscheidende Fehler der Rätegremien lag damit woanders: Sie versäumten es im Vorfeld, eine wirksame Koordination mit den anderen Streikzentren wie dem Ruhrgebiet und Mitteldeutschland herzustellen. Das war der unglücklichen Strategie geschuldet, statt auf einen Generalstreik auf einen neuen Rätekongress zu setzen.

Sehr eindringlich machen die präsentierten Quellen die Gewalt während und mehr noch nach den Kämpfen im Berliner Osten deutlich. Darüber hinaus belegt der Autor

überzeugend, dass diese Eskalation keineswegs, wie in Teilen der Forschung behauptet, auf Missverständnisse zurückgeführt werden kann. Vielmehr suchten die verantwortlichen Offiziere gezielt, eine solche Auseinandersetzung herzustellen. Aber auch die Regierung, und hier insbesondere Gustav Noske, trifft eine erhebliche Mitverantwortung, denn sie setzten in den innenpolitischen Auseinandersetzungen mit der unzufriedenen Arbeiterschaft viel zu sehr auf eine militärische Lösung. Damit verbitterte sie weite Teile ihrer Anhängerschaft und ermöglichte zugleich das Erstarken der gegenrevolutionären Kräfte.

Neben der Rekonstruktion der Ereignisse in den Räteorganen tritt die Analyse ihrer Funktionsweise allzu sehr in den Hintergrund. So muss offen bleiben, worin die spezifischen Möglichkeiten und Grenzen des Räteystems bestanden: War es grundsätzlich ein geeignetes Mittel zur Artikulation und Durchsetzung politischer Ziele? War sein Scheitern inhärenten oder äußeren Faktoren geschuldet? Inwiefern konnten sich Impulse der Basis im Räteystem direkter auswirken als in Parteien und Gewerkschaften? Zu diesem Zweck wäre es sicher hilfreich gewesen, eingehender die Situation in den Betrieben und die Interaktion zwischen Basis und Führung zu thematisieren.

Einige kleine Fehler unterliefen dem Autor in seiner ansonsten zuverlässigen Darstellung. Der Vf. eines referierten Artikels aus der Zeitschrift „Der Arbeiter-Rat“ ist deren Hrsg. Artur Kreft, der von L. genannte Wilhelm Krest dagegen ist in der Berliner Rätebewegung nicht nachweisbar. Reichsarbeitsminister war im März 1919 Gustav Bauer, nicht der Austromarxist Otto Bauer. Das „Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr“ wurde von der Nationalversammlung schon am 27. Februar beschlossen, nicht erst während des Streiks am 6.

¹ Gerhard Engel/Bärbel Holtz/Ingo Materna (Hrsg.): Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Re-

volution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates, Akademie-Verlag, Berlin 1993, 1997, 2002.

März. Zu diesem Datum trat es vielmehr mit Verkündung im Reichsgesetzblatt in Kraft.

Der Fokus des Bandes auf die Ereignisgeschichte ist zugleich seine Stärke und Schwäche: Er ermöglicht ein hohes Maß an Anschaulichkeit. Die tiefer gehende Analyse kommt dabei aber etwas zu kurz. Dennoch ist der Band über ein bisher wenig erforschtes Thema sehr lesenswert.

Axel Weipert

Horst Groschopp: Der ganze Mensch. Die DDR und der Humanismus - Ein Beitrag zur deutschen Kulturgeschichte, Tectum Verlag, Marburg 2013, 559 S. ISBN 978-3-8288-3163-6.

Die Studie versucht zu zeigen, welche Bestandteile einer modernen Auffassung vom Humanismus in den Debatten der Zeit in der DDR aufscheinen, was jeweils unter Humanismus verstanden wurde und welche historischen Repliken dabei festzustellen sind. Groschopp will nicht alle Dimensionen erfassen, die in der Kommunikation der Akteure vorkamen, auch nicht alle in der DDR. Es geht ihm um grundsätzliche, einflussreiche Überlegungen, solche, die der Macht nahestanden oder diese beeinflussen wollten. Den Schwerpunkt der Betrachtung legt er deshalb auf die Programmbildung in der SED.

Der vom Autor präferierte Humanismus-Begriff wird auf den bayrischen Philosophen, Schulreformer und Philosophen Friedrich Immanuel Niethammer zurückgeführt, der sich gegen einen idealistischen Humanismus, reserviert für Eliten, wandte und den Begriff des Humanismus in bildungspolitische Debatten einführte, womit auch zu theoretischen Ansätzen bei Karl Marx hinübergeleitet wurde. Die SED habe versucht, diesen Humanismus mit Wirtschaftspolitik und einer neuen Volkskultur zu verbinden. Sie habe sich deshalb bewusst gegen jede Fortführung des „dritten Humanismus“ gewandt, der in der Bundesrepublik weiterlebte.

Groschopp behandelt differenziert und quellen gesättigt die Humanismus-Diskurse beginnend bei Karl Marx, über Eugen Varga und Alfred Kurella bis zu Erhard John, um nur einige Persönlichkeiten zu nennen, mit denen sich Groschopp auseinandersetzt. Die Volksfrontdebatten 1935-39 und die Verfassungsdebatten 1947-49 und 1967-68 bilden Schwerpunkte. Die DDR-Geschichte wird von Groschopp in zwei große Perioden gegliedert, den „Kultursozialismus“ der Ulbricht-Zeit und den „Konsumsozialismus“ der Honecker-Zeit. Im „Kultursozialismus“ sei es um den „ganzen Menschen“ gegangen, um die „Einheit des Körperlichen und Geistigen“, weshalb beim Breitensport „Körperkultur“ intendiert war. Es ging um „regelmäßiges körperliches Üben und Trainieren“ zum Zwecke der „physischen Vervollkommenung“. Ulbricht selbst habe nach dieser Devise gehandelt und 1959 die Losung „Jede Woche einmal Sport“ ausgegeben, die 1968 erweitert wurde: „Mehrere Male in der Woche Sport.“ Die „Trimm-Bewegung“ sei im Westen am 16. März 1970 gestartet worden. In der Periode des „Konsumsozialismus“ sei der Begriff des Humanismus auch wieder zur Sprache gekommen, jedoch habe eine ernsthafte Humanismus-Debatte nicht stattgefunden. Es fehlte das Geschichtliche, das Antike, das Sprachliche – also so ziemlich alles, was die Idee des Humanismus „transportiert“. Als soziale Kraft habe die Arbeiterklasse gegolten, aber nicht die wirkliche, sondern eine aus imaginierten Angehörigen gebildete Wunschklasse. Der spezielle DDR-Humanismus verlor sein Subjekt, das ihn tragen sollte.

Groschopp führt einen Beleg dafür an, dass „wahre Humanität“ Wirkung zeigte. Beim friedlichen Ende der DDR hätten das Regime und seine Gegner auf den Gebrauch von Schusswaffen verzichtet. Alles in allem seien sie human – jedenfalls so menschlich, wie eine Revolution nur sein kann – miteinander umgegangen. Es werde wohl außer dem

von den Kirchen beklagten „Volksatheismus“ auch einen „Volkshumanismus“ gegeben haben, denn eine „Umerziehung“ der Bevölkerung sei nach 1990 nicht nötig gewesen.

Groschopp hat eine Studie mit bemerkenswertem Tiefgang vorgelegt, die unser Wissen über die Zeitgeschichte wesentlich bereichert. Nur an wenigen Stellen fordert der Autor zum Widerspruch heraus, so z.B. wenn er die Gründung des Kulturbundes an einer Stelle auf den 4. Juli 1945 (S.48) verlegt und an anderer Stelle richtig am 3. Juli 1945 (S.236) stattfinden lässt. Irrtümlich wird auch davon ausgegangen, dass die SED schon im August 1959 erkannt habe, dass die Bundesrepublik nur noch kulturell überholt werden könne, und sie deshalb die Losung „Überholen ohne einzuholen“ ausgegeben habe. Das war erst in der zweiten Hälfte der 60er Jahre der Fall. Das am 1. Oktober 1959 von der Volkskammer verabschiedete Gesetz über den Siebenjahrplan bestimmte das Ein- und Überholen der Bundesrepublik auf dem Gebiete der Arbeitsproduktivität zur Hauptaufgabe.

Siegfried Prokop

Peter Joachim Lapp: Grenzregime der DDR. Helios Verlags- und Buchgesellschaft Aachen 2013, 617 S.
ISBN 978-3-86933-087-7.

Lapp, langjähriger politischer Redakteur des Deutschlandfunks und Lehrbeauftragter an den Universitäten Hamburg und Köln, verfasste zahlreiche Sachbücher über die DDR, vor allem zur Grenze, sowie von Biografien über Vincenz Müller (Stabschef der NVA), Georg Dertinger (Außenminister) und Gerald Götting (CDU-Vorsitzender). Der vorliegende Titel fasst seine Forschungen zum Thema Grenzregime der DDR zusammen. Er enthält das Basiswissen (auch übersichtlich zusammengefasst in 68 Tabellen) zu diesem Thema und bietet eine lückenlose Analyse

der Beschlüsse der Sicherheitskommission des ZK der SED, des Nationalen Verteidigungsrates und des Kommandos der Grenztruppen. Ergänzt wird die Darstellung durch einen Anhang mit einer Auswahlbibliografie, einer kurzen Chronologie des SBZ- und DDR-Grenzregimes und ein umfassendes Verzeichnis der Abkürzungen, das für die Entschlüsselung der auch von Lapp genutzten „Grenzregime-Spezial-sprache“ unverzichtbar ist. Lapp betont, dass seine Publikation keine Abrechnungsschrift mit den Menschen ist, die für das Grenzregime der DDR in irgendeiner Weise tätig waren. Er wolle vielmehr aufzeigen, wie das System beschaffen war und funktionierte.

Zum Thema „Ausbringung von Minenfeldern“ spart Lapp den Brief von Marschall Iwan S. Konew vom 14. September 1961 nicht aus. Darin war gefordert worden, dass zur Schaffung von Pioniersperren ein Geländestreifen von 30 m Breite auszuweisen sei, der bis zu einem Kilometer von der Grenze entfernt sein sollte. In diesem Streifen waren, so die Auflage Konews, Drahtsperrren, Minenfelder, Signalvorrichtungen, Beobachtungstürme und Kontroll- und Patrouillenstreifen anzulegen. Dem Brief lag ein „Grundschema des pioniermäßigen und technischen Ausbaus“ bei.

Die 60er Jahre forderten nicht nur die meisten Opfer an der Grenze, sondern verzeichneten auch die gefährlichsten „Zwischenfälle“. Lapp nennt das „Besondere Vorkommen“ an der thüringisch-hessischen Grenze vom 14. August 1962, wo ein Beamter des Bundesgrenzschutzes den Hauptmann der NVA-Grenztruppe, Rudi Arnstadt, durch einen Schuss tödlich verletzte.

Mitte Oktober ereignete sich auf der Elbe eine Konfrontation zwischen Ost und West. Auf dem Abschnitt zwischen Schnackenburg und Lauenburg gerieten NVA-Grenztruppen mit dem westdeutschen Zoll, dem Bundesgrenzschutz und der britischen Besatzungsmacht aneinander. Die Briten ver-

traten die Ansicht, dass die Grenze am Ostufer der Elbe verlaufe, während die DDR vom Grenzverlauf in der Mitte des Flusses ausging; von einem Waffeneinsatz sei man nicht weit entfernt gewesen.

Die Zahl der Grenzdurchbrüche durch „Sperrbrecher“ (Westbezeichnung) bzw. „Grenzverletzer“ (DDR-Bezeichnung) verringerte sich im Verlaufe der Jahre deutlich. Waren es 1961 noch 14.268, so ging die Zahl bis 1987 auf 210 zurück. Insgesamt waren es von 1961 bis 1988 40.101. Die „Grenzordnung“ vom 19. März 1964, die bis 1972 mehrmals durch „Anordnungen“ geändert und ergänzt wurde, wurde am 25. März 1982 durch das Gesetz über die Staatsgrenze der DDR“ aufgehoben. Lapp beleuchtet den § 27 über „Anwendung von Schusswaffen“, der die „Gewaltanwendung gegenüber Personen“ erlaubte und den Waffeneinsatz gegen Flüchtlinge vorsah, „wenn die körperliche Einwirkung ohne oder mit Hilfsmitteln erfolglos blieb“. Obwohl der Paragraph zwar nichts an den vorhandenen Schusswaffengebrauchsvorschriften geändert habe, hätten sich die Verantwortlichen nun mit dem neuen Gesetz völkerrechtlich auf der sicheren Seite geglaubt, behauptet Lapp. Hingewiesen wird auch auf Reformer innerhalb der Grenztruppen, die Ende der 80er Jahre zwar das Grenzregime nicht abschaffen wollten, aber bestrebt waren, künftig Grenzverletzer ohne Waffeneinwirkung festzunehmen, was zur Humanisierung des Regimes wesentlich beigetragen hätte. Mit dem Fall der Mauer sei das Grenzregime der DDR de facto verschwunden. Lapp bewegt sich im Rahmen der vorherrschenden Geschichtspolitik, wenn er die Staatsgrenze zwischen den beiden deutschen Staaten durchweg als „innerdeutsche Grenze“ bzw. als DL (Demarkationslinie) bezeichnet.

Siegfried Prokop

Wolfgang Harich: An der Ideologischen Front. Hegel zwischen Feuerbach und Marx.

Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs. Band 5. Mit weiteren Dokumenten und Materialien herausgegeben von Andreas Heyer. Tectum Verlag Marburg 2013. 815 S. ISBN 978-3-8288-3156-8.

Herausgeber des Nachlasses von Wolfgang Harich, ist der 1974 geborene Andreas Heyer, der um die Jahrhundertwende an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ein Studium der Politik- und Rechtswissenschaften absolvierte und 2003 bei Iring Fetscher mit einer Arbeit über Diderots politische Philosophie promovierte. Bald machte er mit dem zweibändigen Lehrbuch „Die französische Aufklärung um 1750“ und den „Sozialutopien der Neuzeit“ auf sich aufmerksam. In jüngster Zeit konzentrierte er sich auf die Geschichte der DDR-Philosophie. Er fand dabei ein besonderes Verhältnis zu den Schriften Harichs. Derzeit ist Heyer Lehrbeauftragter an der Universität Braunschweig.

Der Band 5 des Nachlasses, mit dem die elfbändige Ausgabe des Nachlasses startet, ist der Hegeldebatte gewidmet. Leider versäumte es der Verlag, einen inhaltlichen Überblick über die anderen Bände aufzunehmen, so dass sich der Leser mit den gelegentlichen Hinweisen in den Texten des Herausgebers begnügen muss.

Eingeleitet wird der Band durch einen ausführlichen Essay des Herausgebers über die frühe DDR-Philosophie, die wesentlich durch einen Streit um die Bewertung der Philosophie Hegels geprägt wurde. Gestützt auf ein Diktum Jossif W. Stalins, wofür seinerzeit allerdings kein schriftlicher Beleg angeführt werden konnte, das 1947 jedoch von Shdanow erneut vorgetragen worden war, sei die Philosophie Hegels die aristokratische Reaktion auf den französischen Materialismus und die französische Revolution gewesen. So wollten es auch parteitreue, überwiegend autodidaktisch gebildete Philosophen der DDR wie Ernst Hoffmann und Klaus

Schröckel sehen. In dem Band werden Harichs Texte dieser Zeit überwiegend erstmals abgedruckt, die davon zeugen, wie dieser gestützt auf die Schriften von Ernst Bloch und Georg Lukacs sich mit der dogmatischen Verfälschung der Philosophie Hegels auseinandersetzte. Für den bedeutendsten Fund im Nachlass hält Heyer das Manuskript der Hegel-Vorlesung von 1951, das 1956 überarbeitet wurde. Mit dem Abdruck dieser Texte wird ein Stück Wissenschaftsgeschichte der frühen DDR greifbar. Auch die in den Band aufgenommene und an des Politbüromitglied Fred Oelßner gerichtete Hegel-Denkschrift (1952) offenbart Harichs Streben nach einer undogmatischen Bewertung von Hegel und der klassischen deutschen Philosophie des Idealismus. Weitere Dokumente dieser Kontroverse wurden in den Band aufgenommen. Hervorzuheben sind zwei Manuskripte, die Harich nach seiner Haftentlassung anfertigte, und mit denen er aus inzwischen gewonnener Reife zu den Themen der 50er Jahre noch einmal zurückkehrte. Die Edition präsentiert ferner Aufsätze von Harich zu Heine, Feuerbach und Marx, die mit den Hegelstudien in engem Zusammenhang stehen.

In dem Schlussteil versucht der Herausgeber, die einzelnen Dokumente einer spezifischen Analyse und Wertung zu unterziehen. Zusammenfassend stellt er fest, dass Harichs Werdegang exemplarisch für die Emanzipation der DDR-Intellektuellen von der Führung der SED ist: „Seine Biographie zeigt deutlich den Kampf gegen Bevormundung und für die Freiheit der Kunst sowie des Individuums als Produzent und Rezipient von Kunst.“ (S.789)

Mit dem Band 5 des Harich-Nachlasses ist Heyer ein guter Start gelungen. Der Leser darf gespannt sein auf den folgenden Band.

Abschließend, auch mit Blick auf die noch vorzulegenden Bände, noch zwei Bemerkungen: Unbedingt zu unterstützen sind Heyers Bemühungen, die Meinungsbildung

in der Hegel-Debatte im Falle Kurt Hagers differenziert darzustellen. Sicher habe Hager versucht, die Deutsche Zeitschrift für Philosophie unter die Kontrolle der SED zu bringen. Aber er war es auch, der ihre ursprüngliche Autonomie unter Bloch und Harich absegnete. Hager kritisierte Hegel und lobte Blochs positives Hegel-Verständnis. Er eröffnete die Logik-Debatte, weil er die Position Ernst Hoffmanns nicht mehr stützen wollte. Heyer schlussfolgert richtig, dass sich in Hagers Handeln während der Frühphase der DDR-Philosophie Momente des Suchens abzeichneten. Am Beginn war die Hegel-Diskussion noch nicht dogmatisiert. Unterschiedliche Sichtweisen konnten diskutiert werden. Klar sei dabei, dass Hager später als „Aparatschik reinsten Wassers“ endete. Ergänzt werden sollte, dass Hager 1956 nach einer 12-tägigen Polenreise im Sekretariat des ZK und im Politbüro der SED begeistert und zustimmend über die Reformen im Nachbarland berichtet hatte. 1957 musste er im vertraulichen Teil der 33. ZK-Tagung gleich zweimal Selbstkritik üben. Hager sagte: „Ich habe in der polnischen Frage Unklarheiten gehabt, die, wenn man will, in einzelnen Dingen zu Schwankungen kamen. Ich habe in Bezug auf die Methode der Zerschlagung der Studentendemonstration (bezieht sich auf die Studenten der Veterinärmedizin an der HUB - S.P.) damals vorübergehend eine andere Auffassung gehabt. Ich habe in Bezug auf Bloch zu lange gezögert.“¹ Diese Selbstkritik markierte zweifellos eine Zäsur im politischen Leben von Kurt Hager.

Widerspruch ist zu Heyers Meinung anzumelden, Bloch habe Harichs „Vademekum“ (1956) nicht gekannt. (S.72) Es war in dieser Zeit üblich, dass die Druckerei in Gräfenhainichen vor Erscheinen der Zeitschrift die Korrektur-Bögen jedem Redaktionsmitglied direkt zuschickte, während der Vertreter des MfS sich sein Exemplar bei der Redaktionssekretärin Traudel K. abholte.

Siegfried Prokop

¹ SAPMO-BArch, DY 30, IV2/2/1/187, Bl.96.

DAS ARCHIV. Magazin für Kommunikationsgeschichte, Heft 3/2012, Kontrolle und Überwachung, Frankfurt/Main, 140 S.¹

Wer zum ersten Mal ein oder mehrere Hefte des „Archiv“ in der Hand hält, kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus. Das 1953 gegründete und Anfang der 2000er Jahre komplett runderneuerte Magazin ist gut gemacht und enthält in der Regel flott geschriebene Beiträge. Es ist das Mitgliedermagazin der Deutschen Gesellschaft für Post- und Telekommunikationsgeschichte (DGPT), dem nach Eigenangaben größten historischen Verein in Deutschland! Es hat 12.000 Exemplare Auflage und ist... ein durchgehend vierfarbig gestaltetes Magazin, das thematisch und vom historischen Zugriff her breit aufgestellt ist: Disziplinär finden sich sozial-, technik- und mentalitätsgeschichtliche, ja sogar nennenswert geschlechtergeschichtliche Zugriffe. Thematisch ist das Spektrum sehr breit. Es reicht von der Staatssicherheit über Arbeitsschutz bei der Post, vom Postzug und Postgebäuden bis zu Feldpost und den vielen Aspekten des Internet. Selbstverständlich wird auch klassisch über Post- und Fernmeldegebäude oder seltene Briefmarken berichtet. In der Mehrheit geht es aber mehr als nur zwischen den Zeilen um Menschen, (ihre) Arbeit, um Hierarchien, Konflikte, technischen und sozialen Wandel. Einen Eindruck geben die älteren Ausgaben, deren Inhaltsverzeichnisse alle online² (samt vieler Volltext-Lese-proben) einsehbar sind. Das Abonnement kostet für vier Hefte 22 EUR pro Jahr...

Es drängt sich die Frage auf, warum „die Arbeiterbewegung“ oder die Gewerkschaften nicht über solch ein Magazin verfü-

gen, oder auch nur jemals in den letzten Jahrzehnten verfügten, Themen gäbe es ja mehr als genug.

Jedes Heft enthält Berichte aus der regionalen Arbeit der vielen lokalen „Postgeschichtsvereine“ und Berichte, die den Kommunikationsmuseen in Berlin, Nürnberg und Frankfurt zugeordnet sind. Das Museum in Hamburg wurde im Herbst 2009 geschlossen. Über andere Museen bzw. deren Sonder-Ausstellungen wird ebenfalls regelmäßig berichtet.

Das aktuelle, schon vor der NSA-Affäre konzipierte Heft ist anlässlich der Ausstellung „Außer Kontrolle? Leben in einer über-wachten Welt“ entstanden, die ab 1. Oktober 2013 im Frankfurter Museum für Kommunikation und dann ab März 2014 im Berliner zu sehen sein wird. Es enthält unter anderem Artikel von Josef Foscith zur Fernmelde- und Postüberwachung in der frühen Bundesrepublik, zu Videoüberwachung und Biometrie, zu Postzensur in den beiden Weltkriegen und einen über den Anwalt Rolf Gössner als Ziel staatlicher Überwachung, v.a. durch den Verfassungsschutz.

DAS ARCHIV ist in sehr vielen Universitätsbibliotheken vorhanden.

Bernd Hüttner

¹ Gekürzter Nachdruck aus den Online-Nachrichten der RLS vom 15.09.2013.

² Siehe <http://www.dgpt.org/de/heftinhalt>.